

MEMORIAL

Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg



MEMORIAL

Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par la loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 442

2 mars 2010

SOMMAIRE

Avery Dennison Management GmbH	21198	Nord Européenne d'Investissement S.A.	21200
Bali Funding Luxembourg Limited	21193	Parfid S.A.	21192
Baltic Enviro S.A.	21215	Pomelos S.à r.l.	21203
BANA Swiss Funding S.à r.l. Limited	21193	Presco Investments II S.A.	21202
Canadian Inter-Trust Equities S.à r.l.	21199	PW Gestion Immobilière S.A.	21197
Choucas S.A.	21201	Restaurant-Pizzeria B.M.P. S.à r.l.	21214
Claudias Investments S.à r.l.	21197	Sasa S.A.	21199
DEXIA Insurance Services Finance	21198	Satisfactory	21200
EFG Thema Advisory Company S.A.	21199	Skype Communications	21203
Emera Sicav	21195	Skype Technologies	21202
First Chemical (Luxembourg) S.à r.l.	21190	Société Générale de Couverture des Risques Financiers S.A.	21213
FR Dolphin Lux Holdings S. à r.l.	21191	Springboard Finance Holdco S.à r.l.	21203
Greenstock	21192	Springboard Finance S.à r.l.	21203
HAWK Group S.A.	21215	StaGe Mezzanine	21195
International Paper Investments (Luxembourg) S.à r.l.	21196	Terra Nomis S.à r.l.	21201
JEB Consulting & Investment S.A.	21216	Tethys S. à r.l.	21194
Joost Holdings S.à r.l.	21193	Thistle S.A.	21203
Lamar S.à r.l.	21191	Torno Global Contracting S.A.	21202
L'Equerre	21197	Trada Holding SA	21191
Lion/Rally Lux 3	21196	Transport BD S.A.	21216
Lion/Rally Lux 4	21196	Tugata Investments S.à r.l.	21202
LU PC II S.à r.l.	21200	Variolabel Sicav	21170
Lux-Investment Advisors	21195	Vecap S.A.	21192
Lux-World Fund Advisory S.A. Holding	21194	Vicolux	21197
MSCGL Finance Company S.à r.l.	21201	Waste Eco Oil S.A.	21204
Multi Units Luxembourg	21198		

Variolabel Sicav, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-1470 Luxembourg, 69, route d'Esch.

R.C.S. Luxembourg B 111.805.

Im Jahre zweitausendundzehn, den fünften Februar.

Vor dem Unterzeichneten, Maître Henri Hellinckx, Notar mit Amtssitz in Luxemburg,

wurde eine außerordentliche Hauptversammlung der Aktionäre der VARIOLABEL SICAV (nachfolgend die "Gesellschaft"), eine Aktiengesellschaft mit eingetragenem Sitz in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg (R.C.S. Luxembourg B 111.805) abgehalten.

Die Gesellschaft wurde am 20. April 2005 durch notarielle Beurkundung von Maître Henri Hellinckx, damals Notar mit Amtssitz in Mersch, Großherzogtum Luxemburg, gegründet, welche am 2. Dezember 2005 im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations (das "Mémorial") Nummer 1317 veröffentlicht wurde.

Die Hauptversammlung wurde um 15.00 Uhr unter dem Vorsitz von Martin Hermanns-Couturier, Rechtsanwalt, geschäftsansässig in Luxemburg eröffnet.

Der Vorsitzende ernannte Christian Konietzko, Privatangestellter, geschäftsansässig in Esch-sur-Alzette, zum Protokollführer.

Die Hauptversammlung wählte Gerard Pirsch, Privatangestellter, geschäftsansässig in Esch-sur-Alzette, zum Stimmzähler.

Nachdem der Vorsitz der Hauptversammlung ordnungsgemäß bestimmt wurde, erklärte der Vorsitzende und beauftragte den Notar, folgendes festzustellen:

- Die gegenwärtige Versammlung wurde durch Mitteilungen, die die Tagesordnung der Versammlung enthielt und mittels eingeschriebenen Briefes am 28. Januar 2010 an alle Aktionäre der Gesellschaft (die "Aktionäre") geschickt wurde, einberufen.

- Die Aktionäre sowie deren etwaige bevollmächtigte Vertreter, sind unter der Stückzahl der vertretenen Aktien auf einer Anwesenheitsliste eingetragen. Diese Anwesenheitsliste, von den Mitgliedern des Verwaltungsvorstandes und dem instrumentierenden Notar „ne varietur“ unterzeichnet, bleibt ebenso wie die von den Parteien und dem instrumentierenden Notar „ne varietur“ unterzeichneten etwaigen Vollmachten der vertretenen Aktionäre, gegenwärtigem Protokolle, mit welchem sie registriert werden, als Anlage beigefügt.

- Aus dieser Anwesenheitsliste geht hervor, dass 609.102 von insgesamt 1.102.093,314 ausstehenden Aktien in gegenwärtiger Versammlung vertreten sind.

- Dass somit die Versammlung befugt ist, über nachstehende Tagesordnung, welche den Aktionären bekannt ist, zu beschließen.

- Die Tagesordnung der Hauptversammlung lautet wie folgt:

*Tagesordnung
Einzigster Beschluss:*

Ersetzen der englischen Version der Satzung durch die deutsche Übersetzung, die maßgeblich sein soll, und Änderung der nunmehr deutschsprachigen Satzung wie folgt zum 23. Februar 2010:

1. Streichung der Wörter „jeglicher Art“ und Ersetzen des Wortes „Werte“ durch „Vermögenswerte“ im ersten Absatz von Artikel 3 der Satzung, Neufassung des zweiten Absatzes von Artikel 3:

Die Gesellschaft kann alle Maßnahmen ergreifen und Geschäfte tätigen, welche sie für die Erfüllung und Entwicklung ihres Gegenstandes im Rahmen des luxemburgischen Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen in seiner jeweils gültigen Fassung, (das "Gesetz von 2002") für nützlich erachtet.

2. Streichung des Wortes „militärische“ im zweiten Absatz des Artikels 4, Ersetzen der Worte "diese vorläufige Maßnahme hat" durch "solche vorläufigen Maßnahmen haben" im zweiten Absatz des Artikels 4 und Neufassung des ersten Absatzes des Artikels 4:

Der Gesellschaftssitz befindet sich in der Gemeinde Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg. Durch Beschluss des Verwaltungsrats kann der Gesellschaftssitz innerhalb Luxemburg-Stadt verlegt werden sowie zusätzliche Zweigstellen oder Büros sowohl in Luxemburg als auch im Ausland errichtet werden. Sofern und soweit gesetzlich zulässig, kann der Verwaltungsrat beschließen, den Gesellschaftssitz in eine andere Gemeinde im Großherzogtum Luxemburg zu verlegen.

3. Neufassung des zweiten Absatzes des Artikels 5:

Das Mindestkapital der Gesellschaft beträgt 1.250.000 Euro (eine Million zweihundertfünfzigtausend Euro).

4. Einfügen eines neuen vierten Absatzes in Artikel 5:

Ferner kann der Verwaltungsrat die vorhandenen Aktien in eine größere Anzahl von Aktien unterteilen unter dem Vorbehalt, dass der gesamte Nettoinventarwert der neuen Aktien nicht höher sein darf als der Nettoinventarwert der unterteilten Aktien.

5. Ersetzen der Wörter „Geschäftsträger“ durch „Geschäftsführer“ und „auszustellen“ durch „auszugeben“ im jetzt fünften Absatz des Artikels 5.

6. Neufassung des vorletzten Absatzes des Artikels 5:

Diese Aktien können nach Wahl des Verwaltungsrats verschiedenen Kategorien angehören, und der Erlös der Ausgabe einer jeden Kategorie wird gemäß Artikel 3 der vorliegenden Satzung in Wertpapiere, Geldmarktinstrumente oder sonstige zulässige Vermögenswerte angelegt, welche solchen geographischen Zonen, Industriesektoren, Währungszonen oder solchen spezifischen Arten von Aktien oder Obligationen entsprechen, wie sie jeweils vom Verwaltungsrat für jede einzelne Aktienkategorie bestimmt werden. Darüber hinaus können sich Aktien solcher Aktienkategorien durch andere Eigenschaften unterscheiden (beispielsweise durch eine bestimmte Gebührenstruktur, Ausschüttungspolitik oder Absicherungspolitik), falls der Verwaltungsrat so entscheidet.

7. Neufassung der Sätze 2 und 4 des ersten Absatzes des Artikels 6 der Satzung:

In Bezug auf Inhaberaktien werden Zertifikate in der vom Verwaltungsrat beschlossenen Form ausgestellt. [...] Der Verwaltungsrat hat das Recht zu entscheiden, ob Zertifikate für Namensaktien ausgegeben werden oder nicht. Falls der Verwaltungsrat entschieden hat, Zertifikate für Namensaktien auszugeben und ein Aktionär nicht ausdrücklich Zertifikate zu erhalten wünscht, wird ihm anstelle dieser Zertifikate eine Bestätigung seines Aktieneigentums ausgehändigt.

8. Neufassung des vierten Absatzes von Artikel 6:

Sämtliche von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien, mit Ausnahme der Inhaberaktien, werden in das von der Gesellschaft oder von einer oder mehreren damit beauftragten Person(en) geführte Aktienregister eingetragen, welches den Namen eines jeden Inhabers von Namensaktien, seinen Wohnsitz oder sein Wahlmizil, letzteres soweit der Gesellschaft bekanntgegeben, die Anzahl und Kategorie der in seinem Besitz befindlichen Aktien und den für die einzelnen Aktien gezahlten Preis enthält. Jede Übertragung einer Aktie, mit Ausnahme von Inhaberaktien, wird in das Aktienregister eingetragen.

9. Ersetzen des Wortes „Übertragungsurkunden“ durch „Übertragungsdokumenten“ im fünften Absatz des Artikels 6, Streichung des letzten Satzes des Artikels und Neufassung der Sätze 1 und 4 im letzten Absatz:

Falls die Zahlung des Zeichners zur Ausgabe von Aktienbruchteilen führt, werden diese in das Aktienregister eingetragen. [...] Jede Restzahl von Inhaberaktien, für welche kein Zertifikat ausgestellt werden kann, sowie Bruchteile von solchen Aktien, können, je nach Entscheidung des Verwaltungsrats von Zeit zu Zeit, entweder in Form von Namensaktien ausgestellt werden oder die dementsprechende Zahlung wird dem Aktionär zurückerstattet.

10. Ersetzen der Wörter „zur Genüge beweisen“ durch „zu ihrer vollsten Befriedigung den Beweis erbringen“ im ersten Satz von Artikel 7, Ersetzen des Wortes „umgehend“ durch „unverzüglich“ im zweiten Absatz.

11. Neufassung der Abschnitte a) und b) des Artikels 8:

a) die Ausgabe jedweder Aktie, sowie die Eintragung jedweder Aktienübertragung verweigern, sofern diese Eintragung oder Übertragung ihres Erachtens ein wirtschaftliches Interesse des Eigentums an einer solchen Aktie für einen U.S. Staatsangehörigen darstellt;

b) jederzeit jede Person, deren Name im Aktienregister eingetragen ist oder welche die Eintragung einer Aktienübertragung beantragt, auffordern, ihr sämtliche eidesstattlich abgegebenen Auskünfte zu erteilen, welche ihres Erachtens für die Feststellung notwendig sind, ob ein U.S. Staatsangehöriger wirtschaftlicher Eigentümer dieser Aktien ist oder zukünftig sein wird; und

12. Neufassung der ersten drei Sätze des Abschnitts c) 1) von Artikel 8:

Die Gesellschaft versendet an den Aktionär, welcher im Aktienregister als Eigentümer der zu kaufenden Aktien eingetragen ist, eine Anzeige (im folgenden die "Kaufanzeige" genannt), in der die zu kaufenden Aktien, der Kaufpreis und der Ort, an welchem der Kaufpreis für die besagten Aktien zahlbar ist, vermerkt ist. Diese Anzeige kann dem Aktionär per Einschreibebrief an seine letztbekannte oder an die im Aktienregister der Gesellschaft eingetragene Adresse versandt werden. Daraufhin ist der besagte Aktionär verpflichtet, der Gesellschaft das oder die in der Kaufanzeige bezeichnete(n) Aktienzertifikat(e) auszuhändigen.

13. Neufassung des Abschnitts c) 2) von Artikel 8:

Der Preis, zu welchem die in der Kaufanzeige angegebenen Aktien gekauft werden (im folgenden der "Kaufpreis" genannt), entspricht dem gemäß Artikel 21 der vorliegenden Satzung festgelegten Rückkaufpreis der Gesellschaftsaktien abzüglich der eventuell angefallenen Kosten. Falls aufgrund der Situation des Aktionärs, die Zahlung des Rückkaufpreises durch die Gesellschaft, einer ihrer Vertreter und / oder anderen Mittelsperson, entweder die Gesellschaft, einen ihrer Vertreter und / oder eine andere Mittelsperson gegenüber einer ausländischen Autorität für die Zahlung von Steuern oder anderen Verwaltungskosten verpflichtet, kann die Gesellschaft einen ausreichenden Betrag des Rückkaufpreises einbehalten oder zurückhalten oder einem ihrer Vertreter und / oder einer anderen Mittelsperson erlauben, einen ausreichenden Betrag einzubehalten oder zurückzuhalten, um eine mögliche Haftung abzudecken, bis zum Zeitpunkt an dem der Aktionär der Gesellschaft, einem ihrer Vertreter und / oder anderen Mittelsperson ausreichende Versicherungen gibt, dass ihre Haftung nicht geltend gemacht werden kann, wobei zu bemerken ist, (i) dass in einigen Fällen der so einbehaltene oder zurückbehaltene Betrag möglicherweise an die betreffende ausländische Autorität gezahlt werden muss, in diesem Fall kann dieser Betrag nicht vom Aktionär zurückgefordert werden, und (ii) die abzudeckende mögliche Haftung

sich auch auf jeglichen Schaden, welche die Gesellschaft, einer ihrer Vertreter und / oder anderen Mittelsperson aufgrund der Pflicht, sich den Anforderungen der Schweigepflicht zu unterwerfen, erlitten hat, erstreckt.

14. Ersetzen des Wortes „Guthaben“ durch „Vermögenswerte“ in Abschnitt c) 3) von Artikel 8.

15. Neufassung des Abschnitts d) des Artikels 8:

jedem U.S. Staatsangehörigen in einer Versammlung der Aktionäre das Stimmrecht untersagen.

Für den Zweck der vorliegenden Satzung hat der Begriff "U.S. Staatsangehöriger" die gleiche Bedeutung wie in "Regulation S", in ihrer abgeänderten Form, des "United States Securities Act" von 1933, in seiner abgeänderten Form ("das 1933er Gesetz") oder wie in jeder anderen Verordnung oder jedem anderen Gesetz, welche(s) in den Vereinigten Staaten von Amerika in Kraft treten wird und welche(s) zukünftig "Regulation S" oder das. 1933er Gesetz ersetzen wird. Der Verwaltungsrat soll den Begriff "U.S. Staatsangehöriger" auf Grundlage dieser Bestimmungen definieren und diese Definition in den Verkaufsdokumenten der Gesellschaft veröffentlichen.

Außerdem kann die Gesellschaft die Ausgabe und die Übertragung der Aktien einer bestimmten Kategorie auf institutionelle Investoren, gemäß Artikel 129 des Gesetzes von 2002 ("institutionelle(r) Investor(en)") beschränken. Die Gesellschaft kann, nach eigenem Ermessen, die Annahme eines Unterzeichnungsantrags für Aktien einer bestimmten Kategorie, welche ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, bis zu jenem Zeitpunkt aussetzen, an dem die Gesellschaft über die nötigen Beweise verfügt, dass der Antragsteller ein institutioneller Investor ist. Falls sich zu irgendeinem Zeitpunkt herausstellt, dass ein Aktionär einer Kategorie, die ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, kein institutioneller Investor ist, wird die Gesellschaft die betreffenden Aktien in Aktien einer Kategorie, die nicht ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, umwandeln (unter der Voraussetzung, dass eine Kategorie mit ähnlichen Bedingungen existiert), oder Rückkäufe der betreffenden Aktien in Übereinstimmung mit denen in diesem Artikel erläuterten Bestimmungen zwangsweise vornehmen. Die Gesellschaft wird die Gültigkeit einer Aktienübertragung ablehnen und daher die Eintragung einer solchen Aktienübertragung im Aktienregister verweigern, sofern eine solche Übertragung zur Folge hätte, dass Aktien einer Aktienkategorie, die ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, nach einer solchen Übertragung von einer Person gehalten werden, welche den Kriterien an einen institutionellen Investor nicht entspricht.

Zusätzlich zu der Haftung gemäß den anwendbaren Gesetzen muss jeder Aktionär, der nicht als institutioneller Investor gilt, und welcher Aktien in einer Kategorie hält, die ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, die Gesellschaft, den Verwaltungsrat, die anderen Aktionäre der betreffenden Kategorie und die Vertreter der Gesellschaft für jeden Schaden, jeglichen Verlust und Kosten entschädigen oder schadlos halten, die aus einer solchen Haltung resultieren oder damit zusammenhängen, falls der jeweilige Aktionär täuschende oder falsche Dokumente hinterlegt hat, oder irreführende oder falsche Darstellungen gemacht hat, um fälschlicherweise als institutioneller Investor zu gelten, oder der es versäumt hat, die Gesellschaft schriftlich über den Verlust eines solchen Status in Kenntnis zu setzen.

16. Ersetzen des Wortes "Die" am Anfang vom Artikel 9 durch "Jede".

17. Streichung des Verweises auf die jährliche Generalversammlung im Jahr 2007 in Artikel 10 der Satzung sowie Streichung der Worte „in Luxemburg“ im zweiten Satz des Artikels und Streichung der Worte „oder Inhaber von Aktien einer gegebenen Klasse“ im letzten Satz des Artikels.

18. Neufassung der Absätze 2 und 3 von Artikel 11:

Jede Aktie berechtigt zu einer Stimme, unabhängig von ihrer Kategorie und ihrem Nettoinventarwert. Die Aktionäre können sich in jeder Versammlung der Aktionäre von einer anderen Person vertreten lassen, die sie hierzu schriftlich oder durch Fernschreiben, Telegramm, Telex oder Telefax oder jedes andere elektronische Mittel, das geeignet ist, eine derartige Bevollmächtigung zu beweisen, bevollmächtigen. Aktionäre können bei jeder Versammlung der Aktionäre auch durch Videokonferenz oder jedes andere Telekommunikationsmittel teilnehmen, das ihre Identifikation erlaubt. Diese Mittel müssen den Aktionären eine effektive Beteiligung an der Versammlung der Aktionäre ermöglichen. Das Protokoll der Versammlung muss fortlaufend übertragen werden.

Sofern nicht anders vom Gesetz vorgeschrieben oder in der vorliegenden Satzung festgelegt, werden die Beschlüsse in den ordnungsgemäß einberufenen Versammlungen der Aktionäre mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Als abgegebene Stimmen gelten jedoch nicht Stimmen von auf der Versammlung vertretenen Aktien, die nicht an der Abstimmung teilgenommen oder sich enthalten haben oder für die ein leerer oder ungültiger Stimmzettel abgegeben wurde.

19. Neufassung des zweiten Absatzes von Artikel 12:

Falls Inhaberaktien ausgegeben wurden, wird zusätzlich eine Mitteilung im Luxemburger Mémorial, Recueil Spécial des Sociétés et Associations, in einer luxemburgischen Zeitung soweit nach luxemburgischem Recht erforderlich, und in sonstigen vom Verwaltungsrat zu bestimmenden Zeitungen veröffentlicht.

20. Einfügen der Worte „und Zeitpunkt“ nach den Worten „angegebenen Ort“ in Absatz 1 des Artikels 14, Einfügen der Worte „oder sein Stellvertreter“ nach „Der Vorsitzende“ am Anfang des zweiten Absatzes des Artikels, Klarstellung in Absatz 4 des Artikels, dass Einladungen zu Verwaltungsratssitzungen nicht nur schriftlich, sondern auch auf anderem gesetzlich zulässigem Wege erfolgen dürfen; Ersetzen der Worte „in welchem Falle die Art“ durch „in denen die Gründe“ im gleichen Absatz. Klarstellung im fünften Absatz von Artikel 14, dass die Verwaltungsratsmitglieder dem Verzicht auf

das Einberufungsschreiben mit jedem „Mittel, das geeignet ist, eine derartige Zustimmung zu beweisen,“ zustimmen können. Neufassung des sechsten Absatzes des Artikels 14:

Jedes Verwaltungsratsmitglied ist berechtigt, sich in den Verwaltungsratssitzungen durch ein anderes Verwaltungsratsmitglied vertreten zu lassen, sofern das andere Verwaltungsratsmitglied hierzu schriftlich, per Fernschreiben, per Telegramm, Telex oder Telefax oder jedes andere Mittel, das geeignet ist, eine derartige Bevollmächtigung zu beweisen, bevollmächtigt wird. Ein Verwaltungsratsmitglied kann bei jeder Verwaltungsratssitzung auch durch Videokonferenz oder jedes andere Telekommunikationsmittel teilnehmen, das seine Identifikation erlaubt. Diese Mittel müssen dem Verwaltungsratsmitglied eine effektive Beteiligung an der Verwaltungsratssitzung ermöglichen. Das Protokoll der Sitzung muss fortlaufend übertragen werden.

21. Einfügen der folgenden Worte am Ende des neunten Absatzes des Artikels 14:

oder im Falle seiner Abwesenheit, die seines Stellvertreters. Im Falle der Abwesenheit des Vorsitzenden und seines Stellvertreters, entscheidet die Stimme des vorläufigen Vorsitzenden.

22. Streichung der Absätze 11 bis Ende des Artikels 14 und Einfügen des Absatzes:

Falls die Verwaltungsratsmitglieder einstimmig per Zirkularbeschluss verfahren, ist es ihnen erlaubt, ihre Zustimmung in einer oder mehreren getrennten Ausfertigung(en) per Schreiben, Telex, Fernschreiben, Telegramm, Telefax oder durch ein anderes gesetzlich zugelassenes Mittel und per Telefon mitzuteilen. Das Datum eines solchen Beschlusses ist, sofern im Zirkularbeschluss nicht anders dargelegt, das Datum an dem die letzte Unterschrift erfolgt.

23. Neufassen des Artikels 16 ab dem zweiten Absatz einschließlich:

Der Verwaltungsrat legt die Beschränkungen, die von Zeit zu Zeit auf die Gesellschaftsanlagen anwendbar sind, gemäß Teil I des Gesetzes von 2002, fest.

Der Verwaltungsrat kann beschließen, dass Anlagen der Gesellschaft vorwiegend bestehen aus:

- a) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die auf einem geregelten Markt notiert bzw. gehandelt werden;
- b) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die auf einem anderen Markt, der anerkannt, geregelt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union gehandelt werden;
- c) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die an einer Wertpapierbörse oder auf einem anderen Markt, der anerkannt, geregelt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, eines Staates in Europa, Asien, Ozeanien, Afrika und des Amerikanischen Kontinents zur amtlichen Notierung zugelassen sind bzw. gehandelt werden;
- d) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten aus Neuemissionen, sofern die Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthält, die Zulassung zur amtlichen Notierung bzw. zum Handel an einer oben erwähnten Wertpapierbörse bzw. an einem oben erwähnten geregelten Markt zu beantragen und diese Zulassung innerhalb eines Jahres nach der Emission erfolgt;
- e) Sonstigen Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder anderen Vermögenswerten gemäß den vom Verwaltungsrat im Einklang mit den anwendbaren Gesetzen und Verordnungen festgelegten Beschränkungen, wie sie in den Verkaufsunterlagen der Gesellschaft offen gelegt werden.

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft ist nach dem Grundsatz der Risikostreuung berechtigt, bis zu 100% der Vermögenswerte einer Aktienkategorie der Gesellschaft in unterschiedliche Wertpapiere und Geldmarktinstrumente anzulegen, welche von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, seinen Gebietskörperschaften, einem Drittstaat, wenn er von der luxemburgischen Aufsichtsbehörde anerkannt ist und in den Verkaufsunterlagen der Gesellschaft offen gelegt ist oder von internationalen Organismen öffentlich rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union angehören oder von jedem anderen Staat der OECD, begeben oder garantiert werden, sofern jede betreffende Aktienkategorie Wertpapiere von mindestens sechs verschiedenen Emittenten erhalten muss und die Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente eines jeden Emittenten 30% des Nettovermögens einer Aktienkategorie nicht übersteigen dürfen.

Der Verwaltungsrat kann beschließen, Anlagen der Gesellschaft in abgeleitete Finanzinstrumente, einschließlich gleichwertige bar abgerechnete Instrumente, die an einem geregelten Markt im Sinne des Gesetzes von 2002 gehandelt werden und/oder in abgeleitete Finanzinstrumente, die nicht an einer Börse gehandelt werden ("OTC-Derivate") zu tätigen, sofern es sich bei den Basiswerten um Instrumente im Sinne des Artikels 41 (1) des Gesetzes von 2002, Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, in die die Gesellschaft gemäß ihren Anlagezielen investieren darf und in den Verkaufsunterlagen offen gelegt werden.

Der Verwaltungsrat kann ferner beschließen, Aktienkategorien auszugeben, deren Vermögenswerte die Zusammensetzung eines Finanzindexes nachbilden, sofern die Zusammensetzung des Index hinreichend diversifiziert ist, der Index eine adäquate Bezugsgrundlage für den Markt, auf den er sich bezieht, darstellt, der Index in angemessener Weise veröffentlicht wird und von der luxemburgischen Aufsichtsbehörde anerkannt wird.

Die Gesellschaft wird grundsätzlich nicht mehr als 10% der Nettoinventarwerte einer Aktienkategorie in Organismen für gemeinsame Anlagen gemäß Artikel 41 (1) (e) des Gesetzes von 2002 anlegen, der Verwaltungsrat kann jedoch für alle oder einzelne Aktienkategorien höhere Grenzwerte festlegen.

24. Neufassung des ersten Satzes von Artikel 17:

Zwischen der Gesellschaft und einer anderen Gesellschaft oder einem anderen Unternehmen abgeschlossene Verträge oder Geschäfte können durch die Tatsache, dass ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder Geschäftsführer der

Gesellschaft ein Interesse an einer anderen Gesellschaft oder einem anderen Unternehmen haben oder Verwaltungsratsmitglied, Gesellschafter, Geschäftsführer oder Angestellter dieser Gesellschaft oder Unternehmen sind, weder beeinträchtigt noch ungültig werden.

25. Ersetzen des Begriffs „Firma“ durch „ein Unternehmen“ im zweiten Satz von Artikel 17, Ersetzen der Worte „widersprüchliches“ durch „persönliches“, „betreffenden“ durch „betroffenen“ und „nächstfolgenden“ durch „darauffolgenden“ im zweiten Absatz des Artikels, Neufassung des letzten Absatzes des Artikels:

Der oben verwendete Begriff "persönliches Interesse" gilt nicht für die Beziehung zu oder das Interesse in irgendeiner Angelegenheit, Position oder einer Transaktion im Zusammenhang mit jeglichen an der Auflegung der Gesellschaft beteiligten juristischen Personen oder irgendeiner ihrer Zweigstellen oder Tochtergesellschaften, oder mit einer sonstigen Gesellschaft oder Einheit wie vom Verwaltungsrat nach eigenem Ermessen von Zeit zu Zeit festgelegt.

26. Neufassung des Artikels 18:

Die Gesellschaft kann jedes Verwaltungsratsmitglied oder jeden Geschäftsführer, deren Erben, Testamentvollstrecker und Vermögensverwalter für alle Ausgaben entschädigen, welche diese im Zusammenhang mit jedweden Verfahren, Prozessen und Gerichtsverfahren aufgrund ihrer Eigenschaft als gegenwärtige oder ehemalige Verwaltungsratsmitglieder oder als Geschäftsführer der Gesellschaft hatten, oder, auf deren Antrag, jedweder anderen Gesellschaft, in welcher die Gesellschaft Aktionär oder Gläubiger ist und von welcher sie keine Entschädigung beanspruchen können, es sei denn, es handelt sich um solche Angelegenheiten, für welche sie in solchen Verfahren, Prozessen oder Gerichtsverfahren letztendlich für grobe Fahrlässigkeit oder vorsätzliches Fehlverhalten für haftbar erklärt werden. Im Falle eines Vergleiches wird eine Entschädigung nur im Zusammenhang mit den Angelegenheiten gezahlt, welche den Vergleich umfassen und dies ausschließlich in Fällen in denen der Berater der Gesellschaft bestätigt hat, dass die zu entschädigende Person keine solche Pflichtverletzung begangen hat. Das vorgenannte Recht auf Entschädigung schließt andere Rechte nicht aus, auf welche er einen Anspruch haben kann.

27. Neufassung des Artikels 21 ab dem zweiten Absatz:

Jeder Aktionär kann den Rückkauf aller oder eines Teils seiner Aktien durch die Gesellschaft beantragen. Rücknahmeanträge werden jeweils zum darauffolgenden Bewertungsstichtag (wie in Artikel 22 näher beschrieben) abgerechnet, sofern der Rücknahmeantrag innerhalb der vom Verwaltungsrat festgelegten Frist eingeht, ansonsten zum übernächsten Bewertungsstichtag. Der Rückkaufspreis wird spätestens sieben Bankgeschäftstage nach dem betreffenden Bewertungsstichtag ausgezahlt. Der Rückkaufspreis entspricht dem gemäß den Bestimmungen von Artikel 23 der vorliegenden Satzung festgelegten Nettoinventarwert der Aktien der betreffenden Kategorie, abzüglich der vom Verwaltungsrat bestimmten Rückkaufsgebühren und abzüglich der Summe, die der Verwaltungsrat als angemessene Provision für Steuern und Kosten (inklusive Stempel und anderen Steuern, Taxen und behördliche Kosten, Maklerkosten, Bankkosten, Überweisungskosten, Eintragungs- und Zertifikatskosten und anderen ähnlichen Kosten) ("Handelskosten") erachtet, welche anfallen würden, wenn das sich im Besitz der Gesellschaft befindliche Vermögen zu den in einer Schätzung angenommenen Preisen verkauft werden müsste, unter der zusätzlichen Berücksichtigung aller anderen Faktoren, welche nach Meinung des gutgläubigen und sorgfältig handelnden Verwaltungsrats, berücksichtigt werden müßten; dieser Preis wird dann zu Gunsten der Gesellschaft zur nächsten ganzen Einheit der Währung, in der die bezügliche Kategorie berechnet wird, abgerundet.

Die Auszahlung des Rückkaufspreises kann in den folgenden Fällen für einen im Verkaufsprospekt näher zu bestimmenden Zeitraum zur Gänze ausgesetzt werden:

a) wenn auf Grund der besonderen Gegebenheiten eines oder mehrerer Märkte, auf denen ein wesentlicher Teil der Anlagen einer Aktienkategorie investiert ist, Anlagepositionen kurzfristig nicht zu ihrem tatsächlichen Wert veräußert werden können;

b) die Rücknahmeanträge eine Aktienkategorie betreffen, welche im Einklang mit ihrer Anlagepolitik sensitive Anlagepositionen hält, wie bspw. Aktien von Unternehmen im "Small-Cap-Bereich", die im Interesse der Aktionäre ohne Wertverlust für das Nettovermögen der Aktienkategorie nicht sofort veräußert werden können;

c) die Rücknahmeanträge eine Aktienkategorie betreffen, welche im Einklang mit ihrer Anlagepolitik größere Positionen in Anlagen hält, welche in verschiedenen Zeitzonen und verschiedenen Währungen oder welche in Währungen, deren Handelbarkeit eingeschränkt sein kann, gehandelt werden.

Der Verwaltungsrat wird die Entscheidung zur verzögerten Auszahlung des Rückkaufspreises in den oben genannten Fällen unter Berücksichtigung der Interessen aller Aktionäre an dieser Aktienkategorie treffen. Die Rückkehr zur normalen Auszahlungspolitik wird schrittweise erfolgen, um zu gewährleisten, dass die Auszahlung die chronologische Reihenfolge der Rücknahmeanträge widerspiegelt.

Auf Anfrage des betreffenden Aktionärs und unter der Verantwortung des Verwaltungsrats können Naturalrücknahmen ausgeführt werden. Dem Verwaltungsrat steht es frei, solche Naturalrücknahmen abzulehnen und eine Barauszahlung des Rücknahmegeldes in der Währung der betreffenden Aktienkategorie oder der betreffenden Aktienklasse vorzunehmen. Wenn Aktionäre eine Naturalrücknahme anfragen und der Verwaltungsrat sein Einverständnis hierzu erklärt, erhält der betreffende Aktionär, soweit die möglich ist, eine repräsentative Auswahl des jeweiligen Aktienkategorievermögens in Vermögenswerten und Bargeld, welche der Anzahl der zurückgenommenen Anteile entspricht. Der Verwaltungsrat wird in diesem Rahmen dem Erfordernis der Gleichbehandlung sämtlicher Aktionäre Rechnung tragen. Der Wert der Naturalrücknahme wird durch den Wirtschaftsprüfer, im Einklang mit dem luxemburgischen Gesetz, bestätigt. Sämtliche

im Zusammenhang mit Naturalrücknahmen entstehenden Kosten (dies beinhaltet auch die Kosten und Gebühren des Wirtschaftsprüfers) werden durch den betroffenen Aktionär getragen.

Alle Rückkaufsanträge müssen vom betreffenden Aktionär in schriftlicher Form am Gesellschaftssitz in Luxemburg oder bei jedweder anderen von der Gesellschaft als ihren Agenten für den Aktienrückkauf ernannten Person oder Gesellschaft eingereicht werden; gleichzeitig müssen das oder die Aktienzertifikat(e) (sofern solche ausgestellt wurden) zusammen mit ausreichenden Beweisen der Übertragung oder Abtretung ordnungsgemäß ausgehändigt werden.

Jeder Rückkaufsantrag ist, außer im Falle einer Rückkaufsaussetzung gemäß Artikel 22 der vorliegenden Satzung, unwiderruflich. Mangels Widerrufs erfolgt der Rückkauf am ersten Bewertungsstichtag nach Beendigung der Aussetzung.

Die von der Gesellschaft zurückgekauften Aktien werden annulliert.

Jeder Aktionär kann durch einen Antrag den Umtausch aller oder eines Teils seiner Aktien in Aktien einer anderen Kategorie zum jeweiligen Nettoinventarwert der entsprechenden Kategorie beantragen, berichtigt durch die jeweiligen Handelskosten und durch das Auf- und Abrunden, wie vom Verwaltungsrat entschieden. Der Verwaltungsrat kann unter anderem im Hinblick auf die Häufigkeit des Umtauschs Beschränkungen auferlegen und für den Umtausch eine nach Gutdünken, im Interesse der Gesellschaft und des gesamten Aktionariates, festgelegte Gebühr in Rechnung stellen.

Soweit nicht eine anderweitige Entscheidung des Verwaltungsrates ergangen ist, erfolgt kein Rückkauf oder Umtausch durch einen einzigen Aktionär für einen Betrag von EURO 2.500 oder dessen Gegenwert in einer anderen Währung oder die Zahl von 5 Aktien oder jedweden anderen vom Verwaltungsrat festzulegenden Betrag oder Zahl unterschreitet.

Für den Fall, dass ein Rückkauf oder ein Umtausch oder ein Verkauf von Aktien den Wert des Aktienbestands einer Kategorie eines einzelnen Aktionärs auf weniger als den in den Verkaufsdokumenten für eine Kategorie festgelegten Mindestbetrag oder auf einen niedrigeren vom Verwaltungsrat festzulegenden Betrag reduziert, wird angenommen, dass der betreffende Aktionär den Rückkauf oder den Umtausch seiner sämtlichen Aktien dieser Kategorie beantragt hat.

Falls Rückkaufsanträge für Aktien in einer Kategorie, die an einem Bewertungsstichtag auszuführen wären, mehr als 5% des Nettovermögens dieser Aktienkategorie ausmachen, kann die Gesellschaft im Interesse der Aktionäre beschließen, die jeweiligen Rücknahmeanträge anteilig zum entsprechenden Bewertungsstichtag nur insoweit auszuführen, dass nicht mehr als 5% des Nettoinventarwertes der jeweiligen Aktienkategorie am Bewertungsstichtag betroffen sind.

Soweit Rücknahmeanträge eines Bewertungsstichtages aufgrund dieser Beschränkung nicht vollständig ausgeführt worden sind, wird der nicht ausgeführte Teil wie ein Rücknahmeantrag des nächsten Bewertungsstichtages behandelt. Ein solcher Rücknahmeantrag wird gegenüber Rücknahmeanträgen, die erst zu diesem zweiten Bewertungsstichtag gestellt worden sind, vorrangig behandelt. Der Verwaltungsrat kann beschließen, auch auf den folgenden Bewertungsstichtagen die 5% Beschränkung anzuwenden. Der Verwaltungsrat der Gesellschaft kann beschließen, falls zu irgendeinem Zeitpunkt der Nettoinventarwert aller Aktien einer Kategorie weniger als den Gegenwert von EURO 10.000.000 oder einen anderen vom Verwaltungsrat festgelegten und in den Verkaufsdokumenten der Gesellschaft offengelegten Betrag unterschreitet, sämtliche Aktien der betreffenden Kategorie zu dem am Tage, an welchem sämtliche zu dieser Kategorie gehörenden Guthaben realisiert wurden, anwendbaren Inventarwert zurückzukaufen.

28. Neufassen des zweiten Absatzes sowie der Abschnitte a) und b) des Artikels 22:

Die Gesellschaft kann die Bestimmung des Nettoinventarwertes der Aktien jeder Kategorie, die Ausgabe und den Rückkauf der Aktien dieser Kategorie, sowie den Umtausch von und in Aktien einer jeden Kategorie aussetzen:

a) wenn eine oder mehrere Börsen oder andere Märkte, die für einen wesentlichen Teil des Gesamtvermögens einer bestimmten Kategorie die Verwertungsgrundlage darstellen, außerhalb der üblichen Feiertage geschlossen sind oder der Handel ausgesetzt wird oder wenn diese Börsen und Märkte Einschränkungen oder kurzfristig beträchtlichen Kursschwankungen unterworfen sind;

b) im Falle einer Notlage, infolge welcher sich die Verfügbarkeit oder die Bestimmung der auf eine solche Aktienkategorie bezogenen Bewertung der Vermögenswerte der Aktienkategorie als unmöglich erweist; oder

29. Ersetzen der Worte „laufenden“ durch „für die dann gültigen“, „jedweder“ durch „einer“ und „gebrauchten“ durch „angewandten“ in Abschnitt c) des Artikels 22, Ersetzen der Worte „bewerkstelligen“ durch „durchführen“, „jedwede“ durch „jede“ und „Kauf durch „Erwerb“ in Abschnitt d) des Artikels; Neufassung der beiden letzten Absätze des Artikels:

Sofern es angebracht ist, wird eine vorübergehende Aussetzung von der Gesellschaft bekanntgegeben und den Aktionären, welche den Rückkauf ihrer Aktien durch die Gesellschaft beantragen, bei der schriftlichen Antragstellung hinsichtlich des Rückkaufs, wie in Artikel 21 der vorliegenden Satzung angegeben, mitgeteilt.

Die vorübergehende Aussetzung bezüglich einer Aktienkategorie wird keinen Einfluss auf die Festlegung des Nettoinventar-, Ausgabe-, Rückkaufs- und Umtauschpreises der anderen Aktienkategorien haben.

30. Ersetzen der Artikel 23 bis 25 durch die folgenden Artikel 23, 23 bis und 24 sowie Anpassung der weiteren Nummerierung:

Art. 23. Der Nettoinventarwert der Aktien einer jeden Aktienkategorie der Gesellschaft wird in der Währung der entsprechenden Aktienkategorie als Pro-Aktie-Wert ausgedrückt und an jedem Bewertungsstichtag ermittelt, indem das Gesamtvermögen der entsprechenden Aktienkategorie, welches dem am besagten Datum auf die entsprechende Kategorie bezogenen Wert des Vermögens der Gesellschaft zurechenbaren Vermögenswerten abzüglich der dieser Aktienkategorie zurechenbaren Verbindlichkeiten entspricht und zum angeblichen Bewertungsstichtag berechnet wurde,

durch die Anzahl der ausgegebenen Aktien der entsprechenden Kategorie geteilt und das Ergebnis auf die nächste Währungseinheit ab- oder aufgerundet wird.

A. Die Vermögenswerte der Gesellschaft umfassen:

- a) sämtliche Bar- oder Kontoguthaben, einschließlich der aufgelaufenen Zinsen;
- b) sämtliche Wechsel, Schuldscheine und fällige Forderungen (einschließlich des Erlöses von verkauften jedoch nicht gelieferten Wertpapieren);
- c) sämtliche Obligationen, Nachsichtwechsel, Anteile/Aktien an Organismen für gemeinsame Anlagen, Aktien, Beteiligungsrechte, Anleihen, Wandel- und Schuldverschreibungen, Bezugsrechte, Optionsscheine, Optionen, Geldmarktinstrumente und sonstigen Anlagen und Wertpapiere, welche sich im Eigentum der Gesellschaft befinden oder für ihre Rechnung gekauft worden sind;
- d) sämtliche der Gesellschaft geschuldeten Aktien, Wertpapierdividenden, Bardividenden und Barausschüttungen (vorausgesetzt, die Gesellschaft kann Berichtigungen im Hinblick auf die durch den Handel mit Ex-Dividenden, Ex-Bezugsrechten oder ähnliche Praktiken bedingten Schwankungen des Marktwertes der Wertpapiere vornehmen);
- e) sämtliche auf den von der Gesellschaft gehaltenen verzinslichen Wertpapieren aufgelaufene Zinsen, außer wenn diese Zinsen im Nennwert des entsprechenden Wertpapiers einbegriffen oder wiedergegeben sind;
- f) die Gründungskosten der Gesellschaft, insofern diese nicht abgeschrieben wurden; und
- g) alle sonstigen Vermögenswerte jedweder Art, einschließlich der Rechnungsabgrenzungsposten.

Der Wert dieser Vermögenswerte wird folgendermaßen bestimmt:

Der Wert der Bar- oder Kontoguthaben, Wechsel, Schuldscheine und fälligen Forderungen, Rechnungsabgrenzungsposten, Bardividenden und wie vorerwähnt festgesetzten oder aufgelaufenen jedoch noch nicht vereinnahmten Zinsen wird als Gesamtbetrag betrachtet, es sei denn, es besteht die Möglichkeit dass dieser Betrag nicht voll bezahlt oder vereinnahmt werden kann; in diesem Falle wird der Wert errechnet durch Abzug eines Betrages, den die Gesellschaft für angemessen erachtet, um den tatsächlichen Wert der Vermögenswerte widerzuspiegeln.

Der Wert sämtlicher an einer Wertpapierbörse notierten oder gehandelten Wertpapiere und/oder derivativen Finanzinstrumente basiert auf dem letzten Kurs am Tage vor dem Bewertungsstichtag, mit der Ausnahme von ostasiatischen Wertpapieren und/oder derivativen Finanzinstrumenten, deren Wert sich in Anwendung der Bestimmungen des nachfolgenden Abschnitts nach dem zuletzt bekannten Kurs zum Zeitpunkt der Bewertung am Bewertungsstichtag bemisst.

Der Wert der an anderen geregelten Märkten gehandelten Wertpapiere und/oder derivativen Finanzinstrumente wird auf der Grundlage des letzten Kurses am Tag vor dem Bewertungsstichtag ermittelt.

Falls im Portefeuille der Gesellschaft befindliche Wertpapiere und/oder derivative Finanzinstrumente am betreffenden Bewertungsstichtag weder an einer Börse noch auf einem anderen geregelten Markt notiert oder gehandelt werden oder falls der gemäß den Abschnitten 2) und 3) ermittelte Preis nicht dem realen Wert der an einer Börse oder einem anderen geregelten Markt notierten oder gehandelten Wertpapiere und/oder derivativen Finanzinstrumente entspricht, so wird der Wert dieser Wertpapiere und/oder derivativen Finanzinstrumente nach dem Grundsatz von Treu und Glauben auf der Grundlage eines nach vernünftigen Maßstäben anzunehmenden Verkaufspreises ermittelt.

Bei festverzinslichen bzw. variabelverzinslichen Geldmarktpapieren und Wertpapieren mit einer Restlaufzeit von weniger als 12 Monaten, kann ausgehend vom Nettoerwerbskurs und unter Beibehaltung der sich daraus ergebenden Rendite der Bewertungskurs sukzessive dem Rücknahmekurs angeglichen werden. Der so berechnete Bewertungskurs kann daher vom tatsächlichen Marktkurs abweichen, insofern sichergestellt wird, dass sich keine wesentliche Abweichung zwischen dem tatsächlichen Wert des Wertpapiers und dem angeglichenen Bewertungskurs ergibt. Bei wesentlichen Änderungen der Marktverhältnisse erfolgt eine Anpassung der Bewertungsgrundlage der einzelnen Anlagen an die neuen Markttrenditen.

Anteile oder Aktien an Organismen für gemeinsame Anlagen werden zu ihrem zuletzt verfügbaren Nettoinventarwert bewertet.

Für den Fall, dass die oben genannten Bewertungsmethoden unangemessen oder irreführend sind, kann der Verwaltungsrat den Wert der Anlagen anpassen oder die Verwendung einer anderen Bewertungsmethode für die Vermögenswerte der Gesellschaft erlauben.

In Fällen, in denen die Interessen der Gesellschaft oder ihrer Aktionäre es rechtfertigen (z.B. zur Vermeidung von Market Timing) kann der Verwaltungsrat angemessene Maßnahmen, wie z.B. die Anwendung des Fair Value-Ansatzes, durchführen, um den Wert der Vermögenswerte der Gesellschaft wie in den Verkaufsdokumenten der Gesellschaft näher beschrieben, anzupassen.

B. Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft umfassen:

- a) sämtliche Darlehen, Wechselverbindlichkeiten und Verpflichtungen;
- b) sämtliche aufgelaufenen oder zahlbaren Verwaltungsausgaben (einschließlich der Anlageberatungsgebühren, der Depotbankgebühren und der Vergütung des Administrators);
- c) sämtliche gegenwärtigen und zukünftigen bekannten Verbindlichkeiten, einschließlich sämtlicher fällig gewordenen vertraglichen Verpflichtungen für Geld- oder Vermögenszahlungen, einschließlich des Betrags der von der Gesellschaft

festgesetzten, aber noch nicht ausgeschütteten Dividenden, sofern der Bewertungsstichtag mit dem Stichtag für die Feststellung der dividendenberechtigten Personen übereinstimmt oder diesem folgt.

d) eine von Zeit zu Zeit vom Verwaltungsrat festgelegte angemessene Rückstellung für bis zum Bewertungsstichtag aufgelaufene Steuern auf das Gesellschaftskapital und den Erträgen sowie sonstige gegebenenfalls vom Verwaltungsrat genehmigte Rückstellungen, ferner etwaige vom Verwaltungsrat als angemessen erachtete Rückstellungen für Eventualverpflichtungen;

e) sämtliche sonstigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft jedweder Art, mit Ausnahme der durch Gesellschaftsaktien verkörperten Verbindlichkeiten. Bei der Ermittlung der Höhe dieser Verbindlichkeiten hat die Gesellschaft sämtliche von der Gesellschaft zu zahlenden Ausgaben zu berücksichtigen; diese Ausgaben umfassen die Gründungskosten, die Vergütungen für die Verwaltungsgesellschaft (soweit anwendbar), für Anlageberater, Anlageverwalter, Wirtschaftsprüfer, die Depotbank und deren Korrespondenzbanken, Domizil-, Register- und Transferstelle und Übertragungsstellen, sämtliche Zahlstellen und ständigen Vertreter an den Registrierungsorten, sämtliche anderen Vertreter der Gesellschaft, Honorare für Dienstleistungen von Anwälten und Wirtschaftsprüfern, die Verkaufs-, Druck-, Berichtserstellungs- und Veröffentlichungskosten, einschließlich der Werbekosten, der Kosten für die Erstellung, die Übersetzung und den Druck von Verkaufsprospekten, erläuternden Memoranden oder Registrierungsanträgen, die Steuern oder anderen erhobenen Gebühren und sämtliche sonstigen Betriebskosten, einschließlich der Kosten für den Kauf und den Verkauf von Vermögenswerten, Zinsen, Bank- und Courtagegebühren, Versandkosten, Telefon- und Telexgebühren. Die Gesellschaft kann die Verwaltungskosten und sonstige regelmäßig wiederkehrende Kosten im Voraus für ein Jahr oder jede andere Periode veranschlagen und diese gleichmäßig über diese Zeitspanne verteilen.

C. Für jede Aktienkategorie wird eine Vermögensmasse wie folgt gebildet:

(a) der Erlös aus der Emission jeder Aktienkategorie wird in den Gesellschaftsbüchern der für diese Kategorie von Aktien gebildeten Masse zugeteilt und die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie die Einkünfte und Ausgaben werden gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Artikels der entsprechenden Masse zugeordnet;

(b) falls sich ein Vermögenswert aus einem anderen Vermögenswert ableitet, so wird dieser abgeleitete Vermögenswert in den Gesellschaftsbüchern derselben Masse zugeordnet wie die Vermögenswerte, aus dem sie sich ableiten; bei jeder Neubewertung eines Vermögenswertes wird die Werterhöhung oder die Wertminderung der entsprechenden Masse zugeordnet;

(c) sofern die Gesellschaft eine Verbindlichkeit eingeht, die in Verbindung mit einem Vermögenswert einer bestimmten Masse oder mit irgendeiner Handlung im Zusammenhang mit einem Vermögenswert einer bestimmten Masse steht, so wird die betreffende Verbindlichkeit der entsprechenden Masse zugeordnet;

(d) wenn ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit der Gesellschaft keiner bestimmten Masse zugeordnet werden kann, so wird der betreffende Vermögenswert oder die Verbindlichkeit gleichmäßig auf sämtliche Massen verteilt oder, soweit aufgrund der Betragshöhe gerechtfertigt, der Verbindlichkeit, anteilmäßig zum Nettoinventarwert der entsprechenden Masse verteilt.

(e) nach dem Tag, der für die Bestimmung der Personen maßgeblich ist, die hinsichtlich der für eine Kategorie erklärten Ausschüttungen berechtigt sind, vermindert sich der Nettoinventarwert der jeweiligen Aktienkategorie um den entsprechenden Dividendenbetrag.

D. Jede Masse von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten besteht aus einem Portfolio von übertragbaren Wertpapieren und anderen Vermögenswerten, in welche die Gesellschaft investieren darf und der Anspruch jeder von der Gesellschaft ausgegebenen Aktienkategorie in Verbindung mit dieser Masse wird sich entsprechend der unten erwähnten Regeln ändern.

Darüber hinaus können in einer Masse kategoriespezifische Vermögenswerte für eine oder mehrere spezifischen Aktienkategorien gehalten werden; diese werden vom gemeinsamen Portfolio aller Aktienkategorien einer solchen Masse getrennt gehalten wobei spezifische Verbindlichkeiten für jede Aktienkategorie oder Aktienkategorien eingetragen werden.

Der einer Aktienkategorie zugewiesene Anteil im gemeinsamen Portfolio aller Aktienkategorien einer gleichen Masse, wird durch Berücksichtigung der Ausgaben, Rückkäufen, Ausschüttungen, als auch Zahlungen von kategoriespezifischen Ausgaben, Einkommensbeiträgen oder Verkaufserlösen von kategoriespezifischen Vermögenswerten, wobei die unten aufgeführten Bewertungsregeln mutatis mutandis angewendet werden.

Der Prozentsatz des Nettoinventarwertes des gemeinsamen Portfolios einer solchen Masse, die jeder Aktienkategorie zugewiesen wird, wird wie folgt bestimmt:

1) Zunächst einmal steht zum Zeitpunkt der ersten Emission von Aktien einer neuen Kategorie der jeder Aktienkategorie zugewiesene Prozentsatz der Nettoinventarwerte des gemeinsamen Portfolios im Verhältnis zu der entsprechenden Anzahl von Aktien einer Kategorie;

2) Der nach der Emission einer spezifischen Aktienkategorie erhaltene Emissionserlös, wird dem gemeinsamen Portfolio zugewiesen und führt zu einer Vergrößerung des Anteiles im gemeinsamen Portfolio der betreffenden Aktienkategorie;

3) Sofern die Gesellschaft für eine bestimmte Aktienkategorie spezifische Vermögenswerte erwirbt oder kategoriespezifische Ausgaben tätigt (aber die von den anderen Aktienkategorien zu tätigen Ausgaben hinaus) oder spezifische

Ausschüttungen vornimmt oder den Rückkaufpreis von Aktien einer spezifischen Kategorie bezahlt, so wird der Anteil dieser Kategorie am gemeinsamen Portfolio um die Kosten kategoriespezifischer Vermögenswerte, die Zahlung kategoriespezifischer Ausgaben, die betreffend die Aktien einer solchen Kategorie vorgenommenen Ausschüttungen oder die Zahlung des Rückkaufpreises nach Rückkauf von Aktien einer solchen Kategorie reduziert.

4) Der Wert kategoriespezifischer Vermögenswerte und die Summe kategoriespezifischer Verbindlichkeiten werden lediglich derjenigen Aktienkategorie zugewiesen, die in Verbindung mit solchen Vermögenswerten oder Schulden stehen; dementsprechend wird der Nettoinventarwert pro Aktie einer solchen spezifischen Aktienkategorie oder Aktienkategorien erhöht oder gemindert

E. Zum Zwecke des vorliegenden Artikels gilt folgendes:

a) die gemäß Artikel 21 der vorliegenden Satzung zurückzukaufenden Aktien gelten bis unmittelbar nach Geschäftsschluss an dem im vorliegenden Artikel bezeichneten Bewertungsstichtag als bestehend und werden als solche berücksichtigt; ab diesem Tag und bis zur Zahlung des Preises gelten sie als Verbindlichkeit der Gesellschaft;

b) aufgrund von erhaltenen Zeichnungsanträgen auszugebende Aktien der Gesellschaft gelten ab Geschäftsschluss des Bewertungsstichtages, an dem der Ausgabepreis errechnet wurde, als ausgegeben; dieser Preis wird, bis er von der Gesellschaft erhalten worden ist, als Forderung der Gesellschaft angesehen;

c) sämtliche Anlagen, flüssige Mittel und sonstige Vermögenswerte der Gesellschaft, welche nicht in der Währung des Nettoinventarwertes der entsprechenden Kategorie ausgedrückt sind, werden unter Berücksichtigung des am Bewertungsstichtag des Nettoinventarwertes der Aktien geltenden Wechselkurses bewertet, wobei

d) die an einem Bewertungsstichtag von der Gesellschaft an diesem Bewertungsstichtag abgeschlossenen Käufe oder Verkäufe von Wertpapieren, soweit durchführbar, berücksichtigt werden.

Art. 23bis.

1) Der Verwaltungsrat kann die für jede Aktienkategorie gemäß Absatz C des Artikels 23 gebildeten Vermögensmassen (nachstehend eine "Teilnehmende Vermögensmasse") auf der Basis eines Pools ganz oder teilweise anlegen und verwalten. Eine solche erweiterte Vermögensmasse (eine "Erweiterte Vermögensmasse") wird dadurch gebildet, indem Barbeträge oder (vorbehaltlich der unten erwähnten Beschränkungen) andere Vermögenswerte durch jede Teilnehmende Vermögensmasse an sie überwiesen werden. Danach kann der Verwaltungsrat jederzeit weitere Überweisungen an die Erweiterte Vermögensmasse tätigen. Der Verwaltungsrat kann ebenfalls Vermögenswerte von der Erweiterten Vermögensmasse an eine Teilnehmende Vermögensmasse überweisen; eine solche Überweisung ist jedoch auf die Höhe der Beteiligung der betreffenden Teilnehmenden Vermögensmasse an der Erweiterten Vermögensmasse begrenzt. Andere Vermögenswerte, außer Bargeld, können an eine Erweiterte Vermögensmasse nur überwiesen werden, wenn diese Vermögenswerte für den Anlagebereich der betreffenden Erweiterten Vermögensmasse geeignet sind.

2) Die Vermögenswerte der Erweiterten Vermögensmasse, zu denen jede Teilnehmende Vermögensmasse berechtigt ist, werden nach den Vermögenszuweisungen und -entnahmen durch diese Teilnehmenden Vermögensmasse und den Zuweisungen und Entnahmen zugunsten der anderen Teilnehmenden Vermögensmassen bestimmt.

3) Die aufgrund der Vermögenswerte in einer Erweiterten Vermögensmasse erhaltenen Dividenden, Zinsen und anderen den Einnahmen ähnlichen Ausschüttungen werden bei Erhalt der Teilnehmenden Vermögensmassen im Verhältnis zu ihren jeweiligen Anspruchsrechten am Vermögen der Erweiterten Vermögensmasse gutgeschrieben.

Art. 24. Sobald die Gesellschaft Aktien zur Zeichnung anbietet, entspricht der Preis pro Aktie, zu welchem diese Aktien angeboten und verkauft werden, dem vorbezeichneten Nettoinventarwert für die entsprechende Aktienkategorie, zusätzlich einer vom Verwaltungsrat festgelegten Gebühr für Steuern und Kosten (inklusive Stempel und andere Steuern, Taxen, behördliche Kosten, Maklerkosten, Bankkosten, Überweisungskosten, Eintragungs- und Zertifikatskosten und andere ähnliche Kosten) ("Handelskosten"), welche anfallen würden, wenn das sich im Besitz der Gesellschaft befindliche Vermögen, zu den in einer Schätzung angenommenen Preisen und unter der zusätzlichen Berücksichtigung aller anderen Faktoren, die nach Meinung des Verwaltungsrates berücksichtigt werden müssen, zuzüglich der in den Verkaufsdokumenten festgelegten Verkaufsgebühr. Dieser Preis ist dann aufzurunden zu der nächsten ganzen Einheit der Währung, in welcher der Nettoinventarwert dieser Aktie berechnet wird. Die Vergütung jedes mit dem Verkauf dieser Aktien beauftragten Agenten wird aus dieser Gebühr bezahlt. Die Zahlung des Ausgabepreises muss während der jeweiligen Erstzeichnungsfrist einer Aktienkategorie / Aktienklasse innerhalb von sieben Bankgeschäftstagen nach dem Lancierungsdatum der Aktienkategorie / Aktienklasse bei der Gesellschaft eingehen. Für Zeichnungen, die nach Ablauf der Erstzeichnungsfrist erfolgen, muss die jeweilige Zahlung ebenfalls innerhalb von sieben Bankgeschäftstagen nach dem entsprechenden Bewertungsstichtag bei der Gesellschaft eingehen, jedoch kann vom Verwaltungsrat von Zeit zu Zeit eine kürzere Zeitspanne bestimmt werden.

31. Neufassung der Artikel 26 (vormals 27) bis 30 (vormals 31):

Art. 26. Die Verteilung der jährlichen Gewinne sowie sämtliche sonstige Ausschüttungen werden von der jährlichen Hauptversammlung auf Vorschlag des Verwaltungsrates festgelegt.

Jeder Beschluss einer Hauptversammlung der Aktionäre betreffend die Ausschüttung von Dividenden oder andere Ausschüttungen an die Aktionäre einer Aktienkategorie, unterliegt darüber hinaus der vorherigen Abstimmung, gemäß dem oben erwähnten Mehrheitsprinzip der Aktionäre dieser Aktienkategorie.

Auf Beschluss des Verwaltungsrates und in Übereinstimmung mit den Gesetzen können aus den Vermögenswerten einer Aktienkategorie Zwischendividenden auf Aktien dieser Kategorie gezahlt werden. Auf thesaurierende Aktien erfolgt keine Ausschüttung. Die Halter thesaurierender Aktien nehmen ebenso an den Gewinnen und Verlusten der Gesellschaft teil, da ihre Anteile am Ergebnis der Gesellschaft jeweils in ihrem Nettoinventarwert widerspiegelt werden.

Es wird keine Ausschüttung von Dividenden getätigt, wenn diese Ausschüttung das Kapital der Gesellschaft unter das vom Gesetz von 2002 festgelegte Minimum fallen lassen würde. Es werden keine Ausschüttungen auf den Thesaurierungsanteilen vorgenommen. Die Inhaber dieser Aktien nehmen im gleichen Maße an dem Ergebnis der Gesellschaft teil, da sich ihr prorata-Anteil an den Ergebnissen in ihrem Nettoinventarwert widerspiegelt.

Festgesetzte Dividenden werden in den vom Verwaltungsrat festgesetzten Währungen und an dem festgesetzten Ort und Zeitpunkt ausgezahlt.

Die Dividenden einer jeden Aktienkategorie können gegebenenfalls eine Zuteilung auf ein Ausgleichskonto, welches für jede Aktienkategorie eingerichtet wird, mit sich bringen; in diesem Falle wird diese Zuteilung bei der Emission von Aktien der entsprechenden Aktienkategorie gutgeschrieben und im Falle des Aktienrückkaufs der entsprechenden Aktienkategorie belastet; die Zuteilung wird dabei unter Hinweis auf die bisher hinsichtlich dieser Aktien aufgelaufenen Dividenden berechnet.

Art. 27. Die Gesellschaft kann mit einer gemäß Kapitel 13 des Gesetzes von 2002 zugelassenen Verwaltungsgesellschaft einen Verwaltungsdienstleistungsvertrag eingehen, um der Gesellschaft Dienstleistungen betreffend Anlageverwaltung, administrative Tätigkeiten und Vertrieb zur Verfügung zu stellen.

Die Gesellschaft wird einen Vertrag mit einer gemäß dem luxemburgischen Gesetz von 2002, zur Ausübung von Bankgeschäften berechtigten Bank ("die Depotbank"), eingehen. Sämtliche Barbestände und Wertpapiere der Gesellschaft werden von der Depotbank oder zu ihren Gunsten verwahrt, welche gemäß der Gesetzgebung gegenüber der Gesellschaft und den Aktionären haftet.

Wünscht die Depotbank vom Vertrag zurückzutreten, so hat sich der Verwaltungsrat um eine neue Gesellschaft zu bemühen, die die Funktion der Depotbank übernehmen wird. Die Verwaltungsratsmitglieder dürfen die Depotbank nicht ihres Amtes entheben, bevor eine Nachfolgebank gemäß dieser Vorschrift ernannt wurde, um deren Amt zu übernehmen.

Art. 28. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erfolgt die Liquidation durch einen oder mehrere Liquidator(en) (welche natürliche oder juristische Personen sein können) und von der diese Auflösung beschließenden Versammlung der Aktionäre ernannt werden, die ebenso seine/ihre Befugnisse und ihre Vergütung festlegt. Der Nettoerlös der Auflösung bezüglich jeder Aktienkategorie wird durch die Liquidatoren an den Halter dieser Aktien proportional zu seinem Eigentum in der entsprechenden Aktienkategorie gezahlt.

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft kann entscheiden eine Aktienkategorie zu liquidieren falls der Gesamtinventarwert einer solchen Kategorie unter 10 Millionen Euro fallen oder falls eine die Aktienkategorie betreffende Änderung der wirtschaftlichen oder politischen Lage eine Liquidation rechtfertigt. Diese Entscheidung wird vor dem wirksamen Datum der Liquidation von der Gesellschaft veröffentlicht und die Veröffentlichung wird die Gründe und die Vorgehensweise der Liquidation beschreiben. Die Aktionäre der betreffenden Kategorie können weiterhin den Rückkauf oder den Umtausch ihrer Aktien verlangen, es sei denn, der Verwaltungsrat entscheidet im Interesse der Aktionäre oder um die Gleichbehandlung der Aktionäre zu gewährleisten, dass dies nicht erlaubt ist. Vermögenswerte, welche bei Abschluss der Liquidation der betreffenden Kategorie nicht ausgeschüttet werden konnten, werden bei der "Caisse de Consignation" im Namen der Berechtigten hinterlegt.

Die vorgenannten Bestimmungen finden auf Aktienklassen entsprechende Anwendung.

Unter denselben Umständen wie im vorhergehenden Abschnitt angeführt, kann der Verwaltungsrat entscheiden, eine Aktienkategorie oder -klasse durch Einbringen in eine andere Aktienkategorie oder -klasse aufzulösen. Außerdem kann ein solcher Zusammenschluss durch den Verwaltungsrat entschieden werden, wenn dies im Interesse der Aktionäre der betreffenden Aktienkategorien oder -klassen ist. Diese Entscheidung wird, wie im vorhergehenden Abschnitt vorgesehen, veröffentlicht und die Veröffentlichung wird außerdem Informationen über die neue Aktienkategorie/Aktienklasse beinhalten. Diese Veröffentlichung wird mindestens einen Monat vor dem Tag des Inkrafttretens des Zusammenschlusses erfolgen, um den Aktionären zu ermöglichen, den kostenlosen Rückkauf ihrer Aktien vor diesem Inkrafttreten zu verlangen.

Unter denselben Umständen wie oben angeführt, kann der Verwaltungsrat ebenfalls entscheiden, eine Aktienkategorie durch Einbringen in andere Organismen für gemeinsame Anlagen, die durch die Gesetze des Großherzogtums Luxemburg geregelt sind, aufzulösen. Darüber hinaus kann ein solcher Zusammenschluss durch den Verwaltungsrat entschieden werden, wenn dies im Interesse der Aktionäre der betreffenden Kategorie ist. Diese Entscheidung wird, wie oben angeführt, veröffentlicht und die Veröffentlichung wird außerdem Informationen über den betreffenden Organismus für gemeinsame Anlagen beinhalten. Diese Veröffentlichung wird mindestens einen Monat vor dem Tag des Inkrafttretens des Zusammenschlusses erfolgen, um den Aktionären zu ermöglichen den kostenlosen Rückkauf ihrer Aktien vor diesem Inkrafttreten zu verlangen. Im Fall einer Fusion mit einem Organismus für gemeinsame Anlagen, welcher die Form eines "fonds commun de placement" hat, wird die Fusion nur für die Aktionäre der betreffenden Kategorie bindend, welche der Fusion ausdrücklich zustimmen werden.

Die Umgestaltung einer Aktienkategorie durch eine Aufteilung in zwei oder mehrere Kategorien kann vom Verwaltungsrat entschieden werden, falls der Verwaltungsrat feststellt, dass die Interessen der Aktionäre der betreffenden Kategorie dies verlangen oder eine die Aktienkategorie betreffende Änderung der wirtschaftlichen oder politischen Lage dies rechtfertigt. Eine solche Entscheidung wird, wie oben erwähnt, veröffentlicht und die Veröffentlichung wird außerdem Informationen über die zwei oder mehr neuen Kategorien beinhalten. Diese Veröffentlichung wird mindestens einen Monat vor dem Tag des Inkrafttretens der Umgestaltung erfolgen, um den Aktionären den kostenlosen Rückkauf ihrer Aktien vor diesem Inkrafttreten zu ermöglichen.

Sofern eine Fusion, Unterteilung oder Teilung, die Zuteilung von Aktienbruchstücken an Aktionäre zur Folge hat und die betroffenen Aktien zur Abwicklung in einem "Clearing-System" zugelassen sind, welches gemäß seinen Betriebsregeln die Abwicklung und Glattstellung von Aktienbruchstücken nicht zulässt oder der Verwaltungsrat beschlossen hat, keine Aktienbruchstücke in der betreffenden Kategorie aufzulegen, so ist der Verwaltungsrat ermächtigt, den betreffenden Aktienbruchteil zurückzukaufen. Der Nettoinventarwert des zurückgekauften Bruchteils wird an die jeweiligen Aktionäre ausgeschüttet, es sei denn, er beträgt weniger als 17 Euro oder einen anderen Betrag, der vom Verwaltungsrat festgelegt werden kann (oder den Gegenwert einer anderen Währung der Aktienkategorie). Dieser Betrag wird den Aktiva der betreffenden Aktienkategorie gutgeschrieben.

Die Generalversammlung der Aktionäre einer Aktienkategorie ist auf Vorschlag des Verwaltungsrates berechtigt die Auflösung dieser Aktienkategorie sowie die Einbringung dieser Aktienkategorie in eine andere Aktienkategorie oder einen anderen luxemburgischen Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren unter den Bedingungen des Artikels 29 dieser Satzung zu entscheiden.

Art. 29. Die vorliegende Satzung kann von einer gemäß den luxemburgischen Gesetzen hinsichtlich der Beschlussfähigkeit und der Stimmabgabe ordnungsgemäß einberufenen Aktionärsversammlung von Zeit zu Zeit geändert werden. Jegliche Änderung bezüglich der Rechte der Aktionäre einer bestimmten Kategorie gegenüber Aktien einer anderen Kategorie unterliegt desweiteren den Beschlussfähigkeits- und Stimmabgabenbestimmungen der betreffenden Aktienkategorien.

Art. 30. Sämtliche nicht in der vorliegenden Satzung vorgesehenen Angelegenheiten unterliegen dem Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften sowie dem Gesetz von 2002, jeweils in ihrer gültigen Fassung.

32. Ersetzen der Worte „Klasse“ bzw. „Unterklasse“ durch „Kategorie“ sowie „Nettovermögenswert“ durch „Nettoinventarwert“ in sämtlichen Artikeln.

33. Allgemeine Änderung der Satzung um Rechtschreib-, Grammatik- und Formfehler zu beheben.

Nach eingehender Beratung fasste die Hauptversammlung mit 609.102 Stimmen dafür und keiner Stimme dagegen, folgenden Beschluss:

Einzigter Beschluss

Ersetzen der englischen Version der Satzung durch die deutsche Übersetzung, die maßgeblich sein soll, und Änderung der nunmehr deutschsprachigen Satzung wie folgt zum 23. Februar 2010:

1. Streichung der Wörter „jeglicher Art“ und Ersetzen des Wortes „Werte“ durch „Vermögenswerte“ im ersten Absatz von Artikel 3 der Satzung, Neufassung des zweiten Absatzes von Artikel 3:

Die Gesellschaft kann alle Maßnahmen ergreifen und Geschäfte tätigen, welche sie für die Erfüllung und Entwicklung ihres Gegenstandes im Rahmen des luxemburgischen Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen in seiner jeweils gültigen Fassung, (das "Gesetz von 2002") für nützlich erachtet.

2. Streichung des Wortes „militärische“ im zweiten Absatz des Artikels 4, Ersetzen der Worte "diese vorläufige Maßnahme hat" durch "solche vorläufigen Maßnahmen haben" im zweiten Absatz des Artikels 4 und Neufassung des ersten Absatzes des Artikels 4:

Der Gesellschaftssitz befindet sich in der Gemeinde Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg. Durch Beschluss des Verwaltungsrats kann der Gesellschaftssitz innerhalb Luxemburg-Stadt verlegt werden sowie zusätzliche Zweigstellen oder Büros sowohl in Luxemburg als auch im Ausland errichtet werden. Sofern und soweit gesetzlich zulässig, kann der Verwaltungsrat beschließen, den Gesellschaftssitz in eine andere Gemeinde im Großherzogtum Luxemburg zu verlegen.

3. Neufassung des zweiten Absatzes des Artikels 5:

Das Mindestkapital der Gesellschaft beträgt 1.250.000 Euro (eine Million zweihundertfünfzigtausend Euro).

4. Einfügen eines neuen vierten Absatzes in Artikel 5:

Ferner kann der Verwaltungsrat die vorhandenen Aktien in eine größere Anzahl von Aktien unterteilen unter dem Vorbehalt, dass der gesamte Nettoinventarwert der neuen Aktien nicht höher sein darf als der Nettoinventarwert der unterteilten Aktien.

5. Ersetzen der Wörter „Geschäftsträger“ durch „Geschäftsführer“ und „auszustellen“ durch „auszugeben“ im jetzt fünften Absatz des Artikels 5.

6. Neufassung des vorletzten Absatzes des Artikels 5:

Diese Aktien können nach Wahl des Verwaltungsrats verschiedenen Kategorien angehören, und der Erlös der Ausgabe einer jeden Kategorie wird gemäß Artikel 3 der vorliegenden Satzung in Wertpapiere, Geldmarktinstrumente oder sons-

tige zulässige Vermögenswerte angelegt, welche solchen geographischen Zonen, Industriesektoren, Währungszonen oder solchen spezifischen Arten von Aktien oder Obligationen entsprechen, wie sie jeweils vom Verwaltungsrat für jede einzelne Aktienkategorie bestimmt werden. Darüber hinaus können sich Aktien solcher Aktienkategorien durch andere Eigenschaften unterscheiden (beispielsweise durch eine bestimmte Gebührenstruktur, Ausschüttungspolitik oder Absicherungspolitik), falls der Verwaltungsrat so entscheidet.

7. Neufassung der Sätze 2 und 4 des ersten Absatzes des Artikels 6 der Satzung:

In Bezug auf Inhaberaktien werden Zertifikate in der vom Verwaltungsrat beschlossenen Form ausgestellt. [...] Der Verwaltungsrat hat das Recht zu entscheiden, ob Zertifikate für Namensaktien ausgegeben werden oder nicht. Falls der Verwaltungsrat entschieden hat, Zertifikate für Namensaktien auszugeben und ein Aktionär nicht ausdrücklich Zertifikate zu erhalten wünscht, wird ihm anstelle dieser Zertifikate eine Bestätigung seines Aktieneigentums ausgehändigt.

8. Neufassung des vierten Absatzes von Artikel 6:

Sämtliche von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien, mit Ausnahme der Inhaberaktien, werden in das von der Gesellschaft oder von einer oder mehreren damit beauftragten Person(en) geführte Aktienregister eingetragen, welches den Namen eines jeden Inhabers von Namensaktien, seinen Wohnsitz oder sein Wahlmizil, letzteres soweit der Gesellschaft bekanntgegeben, die Anzahl und Kategorie der in seinem Besitz befindlichen Aktien und den für die einzelnen Aktien gezahlten Preis enthält. Jede Übertragung einer Aktie, mit Ausnahme von Inhaberaktien, wird in das Aktienregister eingetragen.

9. Ersetzen des Wortes „Übertragungsurkunden“ durch „Übertragungsdokumenten“ im fünften Absatz des Artikels 6, Streichung des letzten Satzes des Artikels und Neufassung der Sätze 1 und 4 im letzten Absatz:

Falls die Zahlung des Zeichners zur Ausgabe von Aktienbruchteilen führt, werden diese in das Aktienregister eingetragen. [...] Jede Restzahl von Inhaberaktien, für welche kein Zertifikat ausgestellt werden kann, sowie Bruchteile von solchen Aktien, können, je nach Entscheidung des Verwaltungsrats von Zeit zu Zeit, entweder in Form von Namensaktien ausgestellt werden oder die dementsprechende Zahlung wird dem Aktionär zurückerstattet.

10. Ersetzen der Wörter „zur Genüge beweisen“ durch „zu ihrer vollsten Befriedigung den Beweis erbringen“ im ersten Satz von Artikel 7, Ersetzen des Wortes „umgehend“ durch „unverzüglich“ im zweiten Absatz.

11. Neufassung der Abschnitte a) und b) des Artikels 8:

a) die Ausgabe jedweder Aktie, sowie die Eintragung jedweder Aktienübertragung verweigern, sofern diese Eintragung oder Übertragung ihres Erachtens ein wirtschaftliches Interesse des Eigentums an einer solchen Aktie für einen U.S. Staatsangehörigen darstellt;

b) jederzeit jede Person, deren Name im Aktienregister eingetragen ist oder welche die Eintragung einer Aktienübertragung beantragt, auffordern, ihr sämtliche eidesstattlich abgegebenen Auskünfte zu erteilen, welche ihres Erachtens für die Feststellung notwendig sind, ob ein U.S. Staatsangehöriger wirtschaftlicher Eigentümer dieser Aktien ist oder zukünftig sein wird; und

12. Neufassung der ersten drei Sätze des Abschnitts c) 1) von Artikel 8: Die Gesellschaft versendet an den Aktionär, welcher im Aktienregister als

Eigentümer der zu kaufenden Aktien eingetragen ist, eine Anzeige (im folgenden die "Kaufanzeige" genannt), in der die zu kaufenden Aktien, der Kaufpreis und der Ort, an welchem der Kaufpreis für die besagten Aktien zahlbar ist, vermerkt ist. Diese Anzeige kann dem Aktionär per Einschreibebrief an seine letztbekannte oder an die im Aktienregister der Gesellschaft eingetragene Adresse versandt werden. Daraufhin ist der besagte Aktionär verpflichtet, der Gesellschaft das oder die in der Kaufanzeige bezeichnete(n) Aktienzertifikat(e) auszuhändigen.

13. Neufassung des Abschnitts c) 2) von Artikel 8:

Der Preis, zu welchem die in der Kaufanzeige angegebenen Aktien gekauft werden (im folgenden der "Kaufpreis" genannt), entspricht dem gemäß Artikel 21 der vorliegenden Satzung festgelegten Rückkaufpreis der Gesellschaftsaktien abzüglich der eventuell angefallenen Kosten. Falls aufgrund der Situation des Aktionärs, die Zahlung des Rückkaufpreises durch die Gesellschaft, einer ihrer Vertreter und / oder anderen Mittelsperson, entweder die Gesellschaft, einen ihrer Vertreter und / oder eine andere Mittelsperson gegenüber einer ausländischen Autorität für die Zahlung von Steuern oder anderen Verwaltungskosten verpflichtet, kann die Gesellschaft einen ausreichenden Betrag des Rückkaufpreises einbehalten oder zurückhalten oder einem ihrer Vertreter und / oder einer anderen Mittelsperson erlauben, einen ausreichenden Betrag einzubehalten oder zurückzuhalten, um eine mögliche Haftung abzudecken, bis zum Zeitpunkt an dem der Aktionär der Gesellschaft, einem ihrer Vertreter und / oder anderen Mittelsperson ausreichende Versicherungen gibt, dass ihre Haftung nicht geltend gemacht werden kann, wobei zu bemerken ist, (i) dass in einigen Fällen der so einbehaltene oder zurückbehaltene Betrag möglicherweise an die betreffende ausländische Autorität gezahlt werden muss, in diesem Fall kann dieser Betrag nicht vom Aktionär zurückgefordert werden, und (ii) die abzudeckende mögliche Haftung sich auch auf jeglichen Schaden, welche die Gesellschaft, einer ihrer Vertreter und / oder anderen Mittelsperson aufgrund der Pflicht, sich den Anforderungen der Schweigepflicht zu unterwerfen, erlitten hat, erstreckt.

14. Ersetzen des Wortes „Guthaben“ durch „Vermögenswerte“ in Abschnitt c) 3) von Artikel 8.

15. Neufassung des Abschnitts d) des Artikels 8:

jedem U.S. Staatsangehörigen in einer Versammlung der Aktionäre das Stimmrecht untersagen.

Für den Zweck der vorliegenden Satzung hat der Begriff "U.S. Staatsangehöriger" die gleiche Bedeutung wie in "Regulation S", in ihrer abgeänderten Form, des "United States Securities Act" von 1933, in seiner abgeänderten Form ("das 1933er Gesetz") oder wie in jeder anderen Verordnung oder jedem anderen Gesetz, welche(s) in den Vereinigten Staaten von Amerika in Kraft treten wird und welche(s) zukünftig "Regulation S" oder das 1933er Gesetz ersetzen wird. Der Verwaltungsrat soll den Begriff "U.S. Staatsangehöriger" auf Grundlage dieser Bestimmungen definieren und diese Definition in den Verkaufsdokumenten der Gesellschaft veröffentlichen.

Außerdem kann die Gesellschaft die Ausgabe und die Übertragung der Aktien einer bestimmten Kategorie auf institutionelle Investoren, gemäß Artikel 129 des Gesetzes von 2002 ("institutionelle(r) Investor(en)") beschränken. Die Gesellschaft kann, nach eigenem Ermessen, die Annahme eines Unterzeichnungsantrags für Aktien einer bestimmten Kategorie, welche ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, bis zu jenem Zeitpunkt aussetzen, an dem die Gesellschaft über die nötigen Beweise verfügt, dass der Antragsteller ein institutioneller Investor ist. Falls sich zu irgendeinem Zeitpunkt herausstellt, dass ein Aktionär einer Kategorie, die ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, kein institutioneller Investor ist, wird die Gesellschaft die betreffenden Aktien in Aktien einer Kategorie, die nicht ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, umwandeln (unter der Voraussetzung, dass eine Kategorie mit ähnlichen Bedingungen existiert), oder Rückkäufe der betreffenden Aktien in Übereinstimmung mit denen in diesem Artikel erläuterten Bestimmungen zwangsweise vornehmen. Die Gesellschaft wird die Gültigkeit einer Aktienübertragung ablehnen und daher die Eintragung einer solchen Aktienübertragung im Aktienregister verweigern, sofern eine solche Übertragung zur Folge hätte, dass Aktien einer Aktienkategorie, die ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, nach einer solchen Übertragung von einer Person gehalten werden, welche den Kriterien an einen institutionellen Investor nicht entspricht.

Zusätzlich zu der Haftung gemäß den anwendbaren Gesetzen muss jeder Aktionär, der nicht als institutioneller Investor gilt, und welcher Aktien in einer Kategorie hält, die ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, die Gesellschaft, den Verwaltungsrat, die anderen Aktionäre der betreffenden Kategorie und die Vertreter der Gesellschaft für jeden Schaden, jeglichen Verlust und Kosten entschädigen oder schadlos halten, die aus einer solchen Haltung resultieren oder damit zusammenhängen, falls der jeweilige Aktionär täuschende oder falsche Dokumente hinterlegt hat, oder irreführende oder falsche Darstellungen gemacht hat, um fälschlicherweise als institutioneller Investor zu gelten, oder der es versäumt hat, die Gesellschaft schriftlich über den Verlust eines solchen Status in Kenntnis zu setzen.

16. Ersetzen des Wortes "Die" am Anfang vom Artikel 9 durch "Jede".

17. Streichung des Verweises auf die jährliche Generalversammlung im Jahr 2007 in Artikel 10 der Satzung sowie Streichung der Worte „in Luxemburg“ im zweiten Satz des Artikels und Streichung der Worte „oder Inhaber von Aktien einer gegebenen Klasse“ im letzten Satz des Artikels.

18. Neufassung der Absätze 2 und 3 von Artikel 11:

Jede Aktie berechtigt zu einer Stimme, unabhängig von ihrer Kategorie und ihrem Nettoinventarwert. Die Aktionäre können sich in jeder Versammlung der Aktionäre von einer anderen Person vertreten lassen, die sie hierzu schriftlich oder durch Fernschreiben, Telegramm, Telex oder Telefax oder jedes andere elektronische Mittel, das geeignet ist, eine derartige Bevollmächtigung zu beweisen, bevollmächtigen. Aktionäre können bei jeder Versammlung der Aktionäre auch durch Videokonferenz oder jedes andere Telekommunikationsmittel teilnehmen, das ihre Identifikation erlaubt. Diese Mittel müssen den Aktionären eine effektive Beteiligung an der Versammlung der Aktionäre ermöglichen. Das Protokoll der Versammlung muss fortlaufend übertragen werden.

Sofern nicht anders vom Gesetz vorgeschrieben oder in der vorliegenden Satzung festgelegt, werden die Beschlüsse in den ordnungsgemäß einberufenen Versammlungen der Aktionäre mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Als abgegebene Stimmen gelten jedoch nicht Stimmen von auf der Versammlung vertretenen Aktien, die nicht an der Abstimmung teilgenommen oder sich enthalten haben oder für die ein leerer oder ungültiger Stimmzettel abgegeben wurde.

19. Neufassung des zweiten Absatzes von Artikel 12:

Falls Inhaberaktien ausgegeben wurden, wird zusätzlich eine Mitteilung im Luxemburger Mémorial, Recueil Spécial des Sociétés et Associations, in einer luxemburgischen Zeitung soweit nach luxemburgischem Recht erforderlich, und in sonstigen vom Verwaltungsrat zu bestimmenden Zeitungen veröffentlicht.

20. Einfügen der Worte „und Zeitpunkt“ nach den Worten „angegebenen Ort“ in Absatz 1 des Artikels 14, Einfügen der Worte „oder sein Stellvertreter“ nach „Der Vorsitzende“ am Anfang des zweiten Absatzes des Artikels, Klarstellung in Absatz 4 des Artikels, dass Einladungen zu Verwaltungsratssitzungen nicht nur schriftlich, sondern auch auf anderem gesetzlich zulässigem Wege erfolgen dürfen; Ersetzen der Worte „in welchem Falle die Art“ durch „in denen die Gründe“ im gleichen Absatz. Klarstellung im fünften Absatz von Artikel 14, dass die Verwaltungsratsmitglieder dem Verzicht auf das Einberufungsschreiben mit jedem „Mittel, das geeignet ist, eine derartige Zustimmung zu beweisen,“ zustimmen können. Neufassung des sechsten Absatzes des Artikels 14:

Jedes Verwaltungsratsmitglied ist berechtigt, sich in den Verwaltungsratssitzungen durch ein anderes Verwaltungsratsmitglied vertreten zu lassen, sofern das andere Verwaltungsratsmitglied hierzu schriftlich, per Fernschreiben, per Telegramm, Telex oder Telefax oder jedes andere Mittel, das geeignet ist, eine derartige Bevollmächtigung zu beweisen, bevollmächtigt wird. Ein Verwaltungsratsmitglied kann bei jeder Verwaltungsratssitzung auch durch Videokonferenz oder jedes andere Telekommunikationsmittel teilnehmen, das seine Identifikation erlaubt. Diese Mittel müssen dem Verwal-

tungsratsmitglied eine effektive Beteiligung an der Verwaltungsratssitzung ermöglichen. Das Protokoll der Sitzung muss fortlaufend übertragen werden.

21. Einfügen der folgenden Worte am Ende des neunten Absatzes des Artikels 14:

oder im Falle seiner Abwesenheit, die seines Stellvertreters. Im Falle der Abwesenheit des Vorsitzenden und seines Stellvertreters, entscheidet die Stimme des vorläufigen Vorsitzenden.

22. Streichung der Absätze 11 bis Ende des Artikels 14 und Einfügen des Absatzes:

Falls die Verwaltungsratsmitglieder einstimmig per Zirkularbeschluss verfahren, ist es ihnen erlaubt, ihre Zustimmung in einer oder mehreren getrennten Ausfertigung(en) per Schreiben, Telex, Fernschreiben, Telegramm, Telefax oder durch ein anderes gesetzlich zugelassenes Mittel und per Telefon mitzuteilen. Das Datum eines solchen Beschlusses ist, sofern im Zirkularbeschluss nicht anders dargelegt, das Datum an dem die letzte Unterschrift erfolgt.

23. Neufassen des Artikels 16 ab dem zweiten Absatz einschließlich:

Der Verwaltungsrat legt die Beschränkungen, die von Zeit zu Zeit auf die Gesellschaftsanlagen anwendbar sind, gemäß Teil I des Gesetzes von 2002, fest.

Der Verwaltungsrat kann beschließen, dass Anlagen der Gesellschaft vorwiegend bestehen aus:

- a) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die auf einem geregelten Markt notiert bzw. gehandelt werden;
- b) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die auf einem anderen Markt, der anerkannt, geregelt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union gehandelt werden;
- c) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die an einer Wertpapierbörse oder auf einem anderen Markt, der anerkannt, geregelt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, eines Staates in Europa, Asien, Ozeanien, Afrika und des Amerikanischen Kontinents zur amtlichen Notierung zugelassen sind bzw. gehandelt werden;
- d) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten aus Neuemissionen, sofern die Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthält, die Zulassung zur amtlichen Notierung bzw. zum Handel an einer oben erwähnten Wertpapierbörse bzw. an einem oben erwähnten geregelten Markt zu beantragen und diese Zulassung innerhalb eines Jahres nach der Emission erfolgt;
- e) Sonstigen Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder anderen Vermögenswerten gemäß den vom Verwaltungsrat im Einklang mit den anwendbaren Gesetzen und Verordnungen festgelegten Beschränkungen, wie sie in den Verkaufsunterlagen der Gesellschaft offen gelegt werden.

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft ist nach dem Grundsatz der Risikostreuung berechtigt, bis zu 100% der Vermögenswerte einer Aktienkategorie der Gesellschaft in unterschiedliche Wertpapiere und Geldmarktinstrumente anzulegen, welche von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, seinen Gebietskörperschaften, einem Drittstaat, wenn er von der luxemburgischen Aufsichtsbehörde anerkannt ist und in den Verkaufsunterlagen der Gesellschaft offen gelegt ist oder von internationalen Organismen öffentlich rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union angehören oder von jedem anderen Staat der OECD, begeben oder garantiert werden, sofern jede betreffende Aktienkategorie Wertpapiere von mindestens sechs verschiedenen Emittenten erhalten muss und die Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente eines jeden Emittenten 30% des Nettovermögens einer Aktienkategorie nicht übersteigen dürfen.

Der Verwaltungsrat kann beschließen, Anlagen der Gesellschaft in abgeleitete Finanzinstrumente, einschließlich gleichwertige bar abgerechnete Instrumente, die an einem geregelten Markt im Sinne des Gesetzes von 2002 gehandelt werden und/oder in abgeleitete Finanzinstrumente, die nicht an einer Börse gehandelt werden ("OTC-Derivate") zu tätigen, sofern es sich bei den Basiswerten um Instrumente im Sinne des Artikels 41 (1) des Gesetzes von 2002, Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, in die die Gesellschaft gemäß ihren Anlagezielen investieren darf und in den Verkaufsunterlagen offen gelegt werden.

Der Verwaltungsrat kann ferner beschließen, Aktienkategorien auszugeben, deren Vermögenswerte die Zusammensetzung eines Finanzindexes nachbilden, sofern die Zusammensetzung des Index hinreichend diversifiziert ist, der Index eine adäquate Bezugsgrundlage für den Markt, auf den er sich bezieht, darstellt, der Index in angemessener Weise veröffentlicht wird und von der luxemburgischen Aufsichtsbehörde anerkannt wird.

Die Gesellschaft wird grundsätzlich nicht mehr als 10% der Nettoinventarwerte einer Aktienkategorie in Organismen für gemeinsame Anlagen gemäß Artikel 41 (1) (e) des Gesetzes von 2002 anlegen, der Verwaltungsrat kann jedoch für alle oder einzelne Aktienkategorien höhere Grenzwerte festlegen.

24. Neufassung des ersten Satzes von Artikel 17:

Zwischen der Gesellschaft und einer anderen Gesellschaft oder einem anderen Unternehmen abgeschlossene Verträge oder Geschäfte können durch die Tatsache, dass ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder Geschäftsführer der Gesellschaft ein Interesse an einer anderen Gesellschaft oder einem anderen Unternehmen haben oder Verwaltungsratsmitglied, Gesellschafter, Geschäftsführer oder Angestellter dieser Gesellschaft oder Unternehmen sind, weder beeinträchtigt noch ungültig werden.

25. Ersetzen des Begriffs „Firma“ durch „ein Unternehmen“ im zweiten Satz von Artikel 17, Ersetzen der Worte „widersprüchliches“ durch „persönliches“, „betreffenden“ durch „betroffenen“ und „nächstfolgenden“ durch „darauffolgenden“ im zweiten Absatz des Artikels, Neufassung des letzten Absatzes des Artikels:

Der oben verwendete Begriff "persönliches Interesse" gilt nicht für die Beziehung zu oder das Interesse in irgendeiner Angelegenheit, Position oder einer Transaktion im Zusammenhang mit jeglichen an der Auflegung der Gesellschaft beteiligten juristischen Personen oder irgendeiner ihrer Zweigstellen oder Tochtergesellschaften, oder mit einer sonstigen Gesellschaft oder Einheit wie vom Verwaltungsrat nach eigenen Ermessen von Zeit zu Zeit festgelegt.

26. Neufassung des Artikels 18:

Die Gesellschaft kann jedes Verwaltungsratsmitglied oder jeden Geschäftsführer, deren Erben, Testamentvollstrecker und Vermögensverwalter für alle Ausgaben entschädigen, welche diese im Zusammenhang mit jedweden Verfahren, Prozessen und Gerichtsverfahren aufgrund ihrer Eigenschaft als gegenwärtige oder ehemalige Verwaltungsratsmitglieder oder als Geschäftsführer der Gesellschaft hatten, oder, auf deren Antrag, jedweder anderen Gesellschaft, in welcher die Gesellschaft Aktionär oder Gläubiger ist und von welcher sie keine Entschädigung beanspruchen können, es sei denn, es handelt sich um solche Angelegenheiten, für welche sie in solchen Verfahren, Prozessen oder Gerichtsverfahren letztendlich für grobe Fahrlässigkeit oder vorsätzliches Fehlverhalten für haftbar erklärt werden. Im Falle eines Vergleiches wird eine Entschädigung nur im Zusammenhang mit den Angelegenheiten gezahlt, welche den Vergleich umfassen und dies ausschließlich in Fällen in denen der Berater der Gesellschaft bestätigt hat, dass die zu entschädigende Person keine solche Pflichtverletzung begangen hat. Da vorgenannte Recht auf Entschädigung schließt andere Rechte nicht aus, auf welche er einen Anspruch haben kann.

27. Neufassung des Artikels 21 ab dem zweiten Absatz:

Jeder Aktionär kann den Rückkauf aller oder eines Teils seiner Aktien durch die Gesellschaft beantragen. Rücknahmeanträge werden jeweils zum darauffolgenden Bewertungsstichtag (wie in Artikel 22 näher beschrieben) abgerechnet, sofern der Rücknahmeantrag innerhalb der vom Verwaltungsrat festgelegten Frist eingeht, ansonsten zum übernächsten Bewertungsstichtag. Der Rückkaufspreis wird spätestens sieben Bankgeschäftstage nach dem betreffenden Bewertungsstichtag ausgezahlt. Der Rückkaufspreis entspricht dem gemäß den Bestimmungen von Artikel 23 der vorliegenden Satzung festgelegten Nettoinventarwert der Aktien der betreffenden Kategorie, abzüglich der vom Verwaltungsrat bestimmten Rückkaufsgebühren und abzüglich der Summe, die der Verwaltungsrat als angemessene Provision für Steuern und Kosten (inklusive Stempel und anderen Steuern, Taxen und behördliche Kosten, Maklerkosten, Bankkosten, Überweisungskosten, Eintragungs- und Zertifikatskosten und anderen ähnlichen Kosten) ("Handelskosten") erachtet, welche anfallen würden, wenn das sich im Besitz der Gesellschaft befindliche Vermögen zu den in einer Schätzung angenommenen Preisen verkauft werden müsste, unter der zusätzlichen Berücksichtigung aller anderen Faktoren, welche nach Meinung des gutgläubigen und sorgfältig handelnden Verwaltungsrats, berücksichtigt werden müssten; dieser Preis wird dann zu Gunsten der Gesellschaft zur nächsten ganzen Einheit der Währung, in der die bezügliche Kategorie berechnet wird, abgerundet.

Die Auszahlung des Rückkaufspreises kann in den folgenden Fällen für einen im Verkaufsprospekt näher zu bestimmenden Zeitraum zur Gänze ausgesetzt werden:

a) wenn auf Grund der besonderen Gegebenheiten eines oder mehrerer Märkte, auf denen ein wesentlicher Teil der Anlagen einer Aktienkategorie investiert ist, Anlagepositionen kurzfristig nicht zu ihrem tatsächlichen Wert veräußert werden können;

b) die Rücknahmeanträge eine Aktienkategorie betreffen, welche im Einklang mit ihrer Anlagepolitik sensitive Anlagepositionen hält, wie bspw. Aktien von Unternehmen im "Small-Cap-Bereich", die im Interesse der Aktionäre ohne Wertverlust für das Nettovermögen der Aktienkategorie nicht sofort veräußert werden können;

c) die Rücknahmeanträge eine Aktienkategorie betreffen, welche im Einklang mit ihrer Anlagepolitik größere Positionen in Anlagen hält, welche in verschiedenen Zeitzonen und verschiedenen Währungen oder welche in Währungen, deren Handelbarkeit eingeschränkt sein kann, gehandelt werden.

Der Verwaltungsrat wird die Entscheidung zur verzögerten Auszahlung des Rückkaufspreises in den oben genannten Fällen unter Berücksichtigung der Interessen aller Aktionäre an dieser Aktienkategorie treffen. Die Rückkehr zur normalen Auszahlungspolitik wird schrittweise erfolgen, um zu gewährleisten, dass die Auszahlung die chronologische Reihenfolge der Rücknahmeanträge widerspiegelt.

Auf Anfrage des betreffenden Aktionärs und unter der Verantwortung des Verwaltungsrats können Naturalrücknahmen ausgeführt werden. Dem Verwaltungsrat steht es frei, solche Naturalrücknahmen abzulehnen und eine Barauszahlung des Rücknahmegeldes in der Währung der betreffenden Aktienkategorie oder der betreffenden Aktienklasse vorzunehmen. Wenn Aktionäre eine Naturalrücknahme anfragen und der Verwaltungsrat sein Einverständnis hierzu erklärt, erhält der betreffende Aktionär, soweit dies möglich ist, eine repräsentative Auswahl des jeweiligen Aktienkategorievermögens in Vermögenswerten und Bargeld, welche der Anzahl der zurückgenommenen Anteile entspricht. Der Verwaltungsrat wird in diesem Rahmen dem Erfordernis der Gleichbehandlung sämtlicher Aktionäre Rechnung tragen. Der Wert der Naturalrücknahme wird durch den Wirtschaftsprüfer, im Einklang mit dem luxemburgischen Gesetz, bestätigt. Sämtliche im Zusammenhang mit Naturalrücknahmen entstehenden Kosten (dies beinhaltet auch die Kosten und Gebühren des Wirtschaftsprüfers) werden durch den betroffenen Aktionär getragen.

Alle Rückkaufsanträge müssen vom betreffenden Aktionär in schriftlicher Form am Gesellschaftssitz in Luxemburg oder bei jedweder anderen von der Gesellschaft als ihren Agenten für den Aktienrückkauf ernannten Person oder Gesellschaft eingereicht werden; gleichzeitig müssen das oder die Aktienzertifikat(e) (sofern solche ausgestellt wurden) zusammen mit ausreichenden Beweisen der Übertragung oder Abtretung ordnungsgemäß ausgehändigt werden.

Jeder Rückkaufsantrag ist, außer im Falle einer Rückkaufsaussetzung gemäß Artikel 22 der vorliegenden Satzung, unwiderruflich. Mangels Widerrufs erfolgt der Rückkauf am ersten Bewertungsstichtag nach Beendigung der Aussetzung.

Die von der Gesellschaft zurückgekauften Aktien werden annulliert.

Jeder Aktionär kann durch einen Antrag den Umtausch aller oder eines Teils seiner Aktien in Aktien einer anderen Kategorie zum jeweiligen Nettoinventarwert der entsprechenden Kategorie beantragen, berichtigt durch die jeweiligen Handelskosten und durch das Auf- und Abrunden, wie vom Verwaltungsrat entschieden. Der Verwaltungsrat kann unter anderem im Hinblick auf die Häufigkeit des Umtauschs Beschränkungen auferlegen und für den Umtausch eine nach Gutdünken, im Interesse der Gesellschaft und des gesamten Aktionariates, festgelegte Gebühr in Rechnung stellen.

Soweit nicht eine anderweitige Entscheidung des Verwaltungsrates ergangen ist, erfolgt kein Rückkauf oder Umtausch durch einen einzigen Aktionär für einen Betrag von EURO 2.500 oder dessen Gegenwert in einer anderen Währung oder die Zahl von 5 Aktien oder jedweden anderen vom Verwaltungsrat festzulegenden Betrag oder Zahl unterschreitet.

Für den Fall, dass ein Rückkauf oder ein Umtausch oder ein Verkauf von Aktien den Wert des Aktienbestands einer Kategorie eines einzelnen Aktionärs auf weniger als den in den Verkaufsdokumenten für eine Kategorie festgelegten Mindestbetrag oder auf einen niedrigeren vom Verwaltungsrat festzulegenden Betrag reduziert, wird angenommen, dass der betreffende Aktionär den Rückkauf oder den Umtausch seiner sämtlichen Aktien dieser Kategorie beantragt hat.

Falls Rückkaufsanträge für Aktien in einer Kategorie, die an einem Bewertungsstichtag auszuführen wären, mehr als 5% des Nettovermögens dieser Aktienkategorie ausmachen, kann die Gesellschaft im Interesse der Aktionäre beschließen, die jeweiligen Rücknahmeanträge anteilig zum entsprechenden Bewertungsstichtag nur insoweit auszuführen, dass nicht mehr als 5% des Nettoinventarwertes der jeweiligen Aktienkategorie am Bewertungsstichtag betroffen sind.

Soweit Rücknahmeanträge eines Bewertungsstichtages aufgrund dieser Beschränkung nicht vollständig ausgeführt worden sind, wird der nicht ausgeführte Teil wie ein Rücknahmeantrag des nächsten Bewertungsstichtages behandelt. Ein solcher Rücknahmeantrag wird gegenüber Rücknahmeanträgen, die erst zu diesem zweiten Bewertungsstichtag gestellt worden sind, vorrangig behandelt. Der Verwaltungsrat kann beschließen, auch auf den folgenden Bewertungsstichtagen die 5% Beschränkung anzuwenden. Der Verwaltungsrat der Gesellschaft kann beschließen, falls zu irgendeinem Zeitpunkt der Nettoinventarwert aller Aktien einer Kategorie weniger als den Gegenwert von EURO 10.000.000 oder einen anderen vom Verwaltungsrat festgelegten und in den Verkaufsdokumenten der Gesellschaft offengelegten Betrag unterschreitet, sämtliche Aktien der betreffenden Kategorie zu dem am Tage, an welchem sämtliche zu dieser Kategorie gehörenden Guthaben realisiert wurden, anwendbaren Inventarwert zurückzukaufen.

28. Neufassen des zweiten Absatzes sowie der Abschnitte a) und b) des Artikels 22:

Die Gesellschaft kann die Bestimmung des Nettoinventarwerts der Aktien jeder Kategorie, die Ausgabe und den Rückkauf der Aktien dieser Kategorie, sowie den Umtausch von und in Aktien einer jeden Kategorie aussetzen:

a) wenn eine oder mehrere Börsen oder andere Märkte, die für einen wesentlichen Teil des Gesamtvermögens einer bestimmten Kategorie die Verwertungsgrundlage darstellen, außerhalb der üblichen Feiertage geschlossen sind oder der Handel ausgesetzt wird oder wenn diese Börsen und Märkte Einschränkungen oder kurzfristig beträchtlichen Kursschwankungen unterworfen sind;

b) im Falle einer Notlage, infolge welcher sich die Verfügbarkeit oder die Bestimmung der auf eine solche Aktienkategorie bezogenen Bewertung der Vermögenswerte der Aktienkategorie als unmöglich erweist; oder

29. Ersetzen der Worte „laufenden“ durch „für die dann gültigen“, „jedweder“ durch „einer“ und „gebrauchten“ durch „angewandten“ in Abschnitt c) des Artikels 22, Ersetzen der Worte „bewerbstelligen“ durch „durchführen“, „jedwede“ durch „jede“ und „Kauf durch „Erwerb“ in Abschnitt d) des Artikels; Neufassung der beiden letzten Absätze des Artikels:

Sofern es angebracht ist, wird eine vorübergehende Aussetzung von der Gesellschaft bekanntgegeben und den Aktionären, welche den Rückkauf ihrer Aktien durch die Gesellschaft beantragen, bei der schriftlichen Antragstellung hinsichtlich des Rückkaufs, wie in Artikel 21 der vorliegenden Satzung angegeben, mitgeteilt.

Die vorübergehende Aussetzung bezüglich einer Aktienkategorie wird keinen Einfluss auf die Festlegung des Nettoinventar-, Ausgabe-, Rückkaufs- und Umtauschpreises der anderen Aktienkategorien haben.

30. Ersetzen der Artikel 23 bis 25 durch die folgenden Artikel 23, 23 bis und 24 sowie Anpassung der weiteren Nummerierung:

Art. 23. Der Nettoinventarwert der Aktien einer jeden Aktienkategorie der Gesellschaft wird in der Währung der entsprechenden Aktienkategorie als Pro-Aktie-Wert ausgedrückt und an jedem Bewertungsstichtag ermittelt, indem das Gesamtvermögen der entsprechenden Aktienkategorie, welches dem am besagten Datum auf die entsprechende Kategorie bezogenen Wert des Vermögens der Gesellschaft zurechenbaren Vermögenswerten abzüglich der dieser Aktienkategorie zurechenbaren Verbindlichkeiten entspricht und zum angeblichen Bewertungsstichtag berechnet wurde, durch die Anzahl der ausgegebenen Aktien der entsprechenden Kategorie geteilt und das Ergebnis auf die nächste Währungseinheit ab- oder aufgerundet wird.

A. Die Vermögenswerte der Gesellschaft umfassen:

a) sämtliche Bar- oder Kontoguthaben, einschließlich der aufgelaufenen Zinsen;

b) sämtliche Wechsel, Schuldscheine und fällige Forderungen (einschließlich des Erlöses von verkauften jedoch nicht gelieferten Wertpapieren);

c) sämtliche Obligationen, Nachsichtwechsel, Anteile/Aktien an Organismen für gemeinsame Anlagen, Aktien, Beteiligungsrechte, Anleihen, Wandel- und Schuldverschreibungen, Bezugsrechte, Optionsscheine, Optionen, Geldmarktinstrumente und sonstigen Anlagen und Wertpapiere, welche sich im Eigentum der Gesellschaft befinden oder für ihre Rechnung gekauft worden sind;

d) sämtliche der Gesellschaft geschuldeten Aktien, Wertpapierdividenden, Bardividenden und Barausschüttungen (vorausgesetzt, die Gesellschaft kann Berichtigungen im Hinblick auf die durch den Handel mit Ex-Dividenden, Ex-Bezugsrechten oder ähnliche Praktiken bedingten Schwankungen des Marktwertes der Wertpapiere vornehmen);

e) sämtliche auf den von der Gesellschaft gehaltenen verzinslichen Wertpapieren aufgelaufene Zinsen, außer wenn diese Zinsen im Nennwert des entsprechenden Wertpapiers einbegriffen oder wiedergegeben sind;

f) die Gründungskosten der Gesellschaft, insofern diese nicht abgeschrieben wurden; und

g) alle sonstigen Vermögenswerte jedweder Art, einschließlich der Rechnungsabgrenzungsposten.

Der Wert dieser Vermögenswerte wird folgendermaßen bestimmt:

Der Wert der Bar- oder Kontoguthaben, Wechsel, Schuldscheine und fälligen Forderungen, Rechnungsabgrenzungsposten, Bardividenden und wie vorerwähnt festgesetzten oder aufgelaufenen jedoch noch nicht vereinnahmten Zinsen wird als Gesamtbetrag betrachtet, es sei denn, es besteht die Möglichkeit dass dieser Betrag nicht voll bezahlt oder vereinnahmt werden kann; in diesem Falle wird der Wert errechnet durch Abzug eines Betrages, den die Gesellschaft für angemessen erachtet, um den tatsächlichen Wert der Vermögenswerte widerzuspiegeln.

Der Wert sämtlicher an einer Wertpapierbörse notierten oder gehandelten Wertpapiere und/oder derivativen Finanzinstrumente basiert auf dem letzten Kurs am Tage vor dem Bewertungsstichtag, mit der Ausnahme von ostasiatischen Wertpapieren und/oder derivativen Finanzinstrumenten, deren Wert sich in Anwendung der Bestimmungen des nachfolgenden Abschnitts nach dem zuletzt bekannten Kurs zum Zeitpunkt der Bewertung am Bewertungsstichtag bemisst.

Der Wert der an anderen geregelten Märkten gehandelten Wertpapiere und/oder derivativen Finanzinstrumente wird auf der Grundlage des letzten Kurses am Tag vor dem Bewertungsstichtag ermittelt.

Falls im Portefeuille der Gesellschaft befindliche Wertpapiere und/oder derivative Finanzinstrumente am betreffenden Bewertungsstichtag weder an einer Börse noch auf einem anderen geregelten Markt notiert oder gehandelt werden oder falls der gemäß den Abschnitten 2) und 3) ermittelte Preis nicht dem realen Wert der an einer Börse oder einem anderen geregelten Markt notierten oder gehandelten Wertpapiere und/oder derivativen Finanzinstrumente entspricht, so wird der Wert dieser Wertpapiere und/oder derivativen Finanzinstrumente nach dem Grundsatz von Treu und Glauben auf der Grundlage eines nach vernünftigen Maßstäben anzunehmenden Verkaufspreises ermittelt.

Bei festverzinslichen bzw. variabelverzinslichen Geldmarktpapieren und Wertpapieren mit einer Restlaufzeit von weniger als 12 Monaten, kann ausgehend vom Nettoerwerbkurs und unter Beibehaltung der sich daraus ergebenden Rendite der Bewertungskurs sukzessive dem Rücknahmekurs angeglichen werden. Der so berechnete Bewertungskurs kann daher vom tatsächlichen Marktkurs abweichen, insofern sichergestellt wird, dass sich keine wesentliche Abweichung zwischen dem tatsächlichen Wert des Wertpapiers und dem angeglichenen Bewertungskurs ergibt. Bei wesentlichen Änderungen der Marktverhältnisse erfolgt eine Anpassung der Bewertungsgrundlage der einzelnen Anlagen an die neuen Marktrenditen.

Anteile oder Aktien an Organismen für gemeinsame Anlagen werden zu ihrem zuletzt verfügbaren Nettoinventarwert bewertet.

Für den Fall, dass die oben genannten Bewertungsmethoden unangemessen oder irreführend sind, kann der Verwaltungsrat den Wert der Anlagen anpassen oder die Verwendung einer anderen Bewertungsmethode für die Vermögenswerte der Gesellschaft erlauben.

In Fällen, in denen die Interessen der Gesellschaft oder ihrer Aktionäre es rechtfertigen (z.B. zur Vermeidung von Market Timing) kann der Verwaltungsrat angemessene Maßnahmen, wie z.B. die Anwendung des Fair Value-Ansatzes, durchführen, um den Wert der Vermögenswerte der Gesellschaft wie in den Verkaufsdokumenten der Gesellschaft näher beschrieben, anzupassen.

B. Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft umfassen:

a) sämtliche Darlehen, Wechselverbindlichkeiten und Verpflichtungen;

b) sämtliche aufgelaufenen oder zahlbaren Verwaltungsausgaben (einschließlich der Anlageberatungsgebühren, der Depotbankgebühren und der Vergütung des Administrators);

c) sämtliche gegenwärtigen und zukünftigen bekannten Verbindlichkeiten, einschließlich sämtlicher fällig gewordenen vertraglichen Verpflichtungen für Geld- oder Vermögenszahlungen, einschließlich des Betrags der von der Gesellschaft festgesetzten, aber noch nicht ausgeschütteten Dividenden, sofern der Bewertungsstichtag mit dem Stichtag für die Feststellung der dividendenberechtigten Personen übereinstimmt oder diesem folgt.

d) eine von Zeit zu Zeit vom Verwaltungsrat festgelegte angemessene Rückstellung für bis zum Bewertungsstichtag aufgelaufene Steuern auf das Gesellschaftskapital und den Erträgen sowie sonstige gegebenenfalls vom Verwaltungsrat genehmigte Rückstellungen, ferner etwaige vom Verwaltungsrat als angemessen erachtete Rückstellungen für Eventualverpflichtungen;

e) sämtliche sonstigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft jedweder Art, mit Ausnahme der durch Gesellschaftsaktien verkörperten Verbindlichkeiten. Bei der Ermittlung der Höhe dieser Verbindlichkeiten hat die Gesellschaft sämtliche von

der Gesellschaft zu zahlenden Ausgaben zu berücksichtigen; diese Ausgaben umfassen die Gründungskosten, die Vergütungen für die Verwaltungsgesellschaft (soweit anwendbar), für Anlageberater, Anlageverwalter, Wirtschaftsprüfer, die Depotbank und deren Korrespondenzbanken, Domizil-, Register- und Transferstelle und Übertragungsstellen, sämtliche Zahlstellen und ständigen Vertreter an den Registrierungsstellen, sämtliche anderen Vertreter der Gesellschaft, Honorare für Dienstleistungen von Anwälten und Wirtschaftsprüfern, die Verkaufs-, Druck-, Berichtserstellungs- und Veröffentlichungskosten, einschließlich der Werbekosten, der Kosten für die Erstellung, die Übersetzung und den Druck von Verkaufsprospekten, erläuternden Memoranden oder Registrierungsanträgen, die Steuern oder anderen erhobenen Gebühren und sämtliche sonstigen Betriebskosten, einschließlich der Kosten für den Kauf und den Verkauf von Vermögenswerten, Zinsen, Bank- und Courtagegebühren, Versandkosten, Telefon- und Telexgebühren. Die Gesellschaft kann die Verwaltungskosten und sonstige regelmäßig wiederkehrende Kosten im Voraus für ein Jahr oder jede andere Periode veranschlagen und diese gleichmäßig über diese Zeitspanne verteilen.

C. Für jede Aktienkategorie wird eine Vermögensmasse wie folgt gebildet:

(a) der Erlös aus der Emission jeder Aktienkategorie wird in den Gesellschaftsbüchern der für diese Kategorie von Aktien gebildeten Masse zugeteilt und die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie die Einkünfte und Ausgaben werden gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Artikels der entsprechenden Masse zugeordnet;

(b) falls sich ein Vermögenswert aus einem anderen Vermögenswert ableitet, so wird dieser abgeleitete Vermögenswert in den Gesellschaftsbüchern derselben Masse zugeordnet wie die Vermögenswerte, aus dem sie sich ableiten; bei jeder Neubewertung eines Vermögenswertes wird die Werterhöhung oder die Wertminderung der entsprechenden Masse zugeordnet;

(c) sofern die Gesellschaft eine Verbindlichkeit eingeht, die in Verbindung mit einem Vermögenswert einer bestimmten Masse oder mit irgendeiner Handlung im Zusammenhang mit einem Vermögenswert einer bestimmten Masse steht, so wird die betreffende Verbindlichkeit der entsprechenden Masse zugeordnet;

(d) wenn ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit der Gesellschaft keiner bestimmten Masse zugeordnet werden kann, so wird der betreffende Vermögenswert oder die Verbindlichkeit gleichmäßig auf sämtliche Massen verteilt oder, soweit aufgrund der Betragshöhe gerechtfertigt, der Verbindlichkeit, anteilmäßig zum Nettoinventarwert der entsprechenden Masse verteilt.

(e) nach dem Tag, der für die Bestimmung der Personen maßgeblich ist, die hinsichtlich der für eine Kategorie erklärten Ausschüttungen berechtigt sind, vermindert sich der Nettoinventarwert der jeweiligen Aktienkategorie um den entsprechenden Dividendenbetrag.

D. Jede Masse von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten besteht aus einem Portfolio von übertragbaren Wertpapieren und anderen Vermögenswerten, in welche die Gesellschaft investieren darf und der Anspruch jeder von der Gesellschaft ausgegebenen Aktienkategorie in Verbindung mit dieser Masse wird sich entsprechend der unten erwähnten Regeln ändern.

Darüber hinaus können in einer Masse kategoriespezifische Vermögenswerte für eine oder mehrere spezifischen Aktienkategorien gehalten werden; diese werden vom gemeinsamen Portfolio aller Aktienkategorien einer solchen Masse getrennt gehalten wobei spezifische Verbindlichkeiten für jede Aktienkategorie oder Aktienkategorien eingetragen werden.

Der einer Aktienkategorie zugewiesene Anteil im gemeinsamen Portfolio aller Aktienkategorien einer gleichen Masse, wird durch Berücksichtigung der Ausgaben, Rückkäufen, Ausschüttungen, als auch Zahlungen von kategoriespezifischen Ausgaben, Einkommensbeiträgen oder Verkaufserlösen von kategoriespezifischen Vermögenswerten, wobei die unten aufgeführten Bewertungsregeln mutatis mutandis angewendet werden.

Der Prozentsatz des Nettoinventarwertes des gemeinsamen Portfolios einer solchen Masse, die jeder Aktienkategorie zugewiesen wird, wird wie folgt bestimmt:

1) Zunächst einmal steht zum Zeitpunkt der ersten Emission von Aktien einer neuen Kategorie der jeder Aktienkategorie zugewiesene Prozentsatz der Nettoinventarwerte des gemeinsamen Portfolios im Verhältnis zu der entsprechenden Anzahl von Aktien einer Kategorie;

2) Der nach der Emission einer spezifischen Aktienkategorie erhaltene Emissionserlös, wird dem gemeinsamen Portfolio zugewiesen und führt zu einer Vergrößerung des Anteiles im gemeinsamen Portfolio der betreffenden Aktienkategorie;

3) Sofern die Gesellschaft für eine bestimmte Aktienkategorie spezifische Vermögenswerte erwirbt oder kategoriespezifische Ausgaben tätigt (aber die von den anderen Aktienkategorien zu tätigen Ausgaben hinaus) oder spezifische Ausschüttungen vornimmt oder den Rückkaufpreis von Aktien einer spezifischen Kategorie bezahlt, so wird der Anteil dieser Kategorie am gemeinsamen Portfolio um die Kosten kategoriespezifischen Vermögenswerte, die Zahlung kategoriespezifischer Ausgaben, die betreffend die Aktien einer solchen Kategorie vorgenommenen Ausschüttungen oder die Zahlung des Rückkaufpreises nach Rückkauf von Aktien einer solchen Kategorie reduziert.

4) Der Wert kategoriespezifischer Vermögenswerte und die Summe kategoriespezifischer Verbindlichkeiten werden lediglich derjenigen Aktienkategorien zugewiesen, die in Verbindung mit solchen Vermögenswerten oder Schulden stehen; dementsprechend wird der Nettoinventarwert pro Aktie einer solchen spezifischen Aktienkategorie oder Aktienkategorien erhöht oder gemindert

E. Zum Zwecke des vorliegenden Artikels gilt folgendes:

- a) die gemäß Artikel 21 der vorliegenden Satzung zurückzukaufenden Aktien gelten bis unmittelbar nach Geschäftsschluss an dem im vorliegenden Artikel bezeichneten Bewertungsstichtag als bestehend und werden als solche berücksichtigt; ab diesem Tag und bis zur Zahlung des Preises gelten sie als Verbindlichkeit der Gesellschaft;
- b) aufgrund von erhaltenen Zeichnungsanträgen auszugebende Aktien der Gesellschaft gelten ab Geschäftsschluss des Bewertungsstichtages, an dem der Ausgabepreis errechnet wurde, als ausgegeben; dieser Preis wird, bis er von der Gesellschaft erhalten worden ist, als Forderung der Gesellschaft angesehen;
- c) sämtliche Anlagen, flüssige Mittel und sonstige Vermögenswerte der Gesellschaft, welche nicht in der Währung des Nettoinventarwertes der entsprechenden Kategorie ausgedrückt sind, werden unter Berücksichtigung des am Bewertungsstichtag des Nettoinventarwertes der Aktien geltenden Wechselkurses bewertet, wobei
- d) die an einem Bewertungsstichtag von der Gesellschaft an diesem Bewertungsstichtag abgeschlossenen Käufe oder Verkäufe von Wertpapieren, soweit durchführbar, berücksichtigt werden.

Art. 23 bis.

1) Der Verwaltungsrat kann die für jede Aktienkategorie gemäß Absatz C des Artikels 23 gebildeten Vermögensmassen (nachstehend eine "Teilnehmende Vermögensmasse") auf der Basis eines Pools ganz oder teilweise anlegen und verwalten. Eine solche erweiterte Vermögensmasse (eine "Erweiterte Vermögensmasse") wird dadurch gebildet, indem Barbeträge oder (vorbehaltlich der unten erwähnten Beschränkungen) andere Vermögenswerte durch jede Teilnehmende Vermögensmasse an sie überwiesen werden. Danach kann der Verwaltungsrat jederzeit weitere Überweisungen an die Erweiterte Vermögensmasse tätigen. Der Verwaltungsrat kann ebenfalls Vermögenswerte von der Erweiterten Vermögensmasse an eine Teilnehmende Vermögensmasse überweisen; eine solche Überweisung ist jedoch auf die Höhe der Beteiligung der betreffenden Teilnehmenden Vermögensmasse an der Erweiterten Vermögensmasse begrenzt. Andere Vermögenswerte, außer Bargeld, können an eine Erweiterte Vermögensmasse nur überwiesen werden, wenn diese Vermögenswerte für den Anlagebereich der betreffenden Erweiterten Vermögensmasse geeignet sind.

2) Die Vermögenswerte der Erweiterten Vermögensmasse, zu denen jede Teilnehmende Vermögensmasse berechtigt ist, werden nach den Vermögenszuweisungen und -entnahmen durch diese Teilnehmenden Vermögensmasse und den Zuweisungen und Entnahmen zugunsten der anderen Teilnehmenden Vermögensmassen bestimmt.

3) Die aufgrund der Vermögenswerte in einer Erweiterten Vermögensmasse erhaltenen Dividenden, Zinsen und anderen den Einnahmen ähnlichen Ausschüttungen werden bei Erhalt der Teilnehmenden Vermögensmassen im Verhältnis zu ihren jeweiligen Anspruchsrechten am Vermögen der Erweiterten Vermögensmasse gutgeschrieben.

Art. 24. Sobald die Gesellschaft Aktien zur Zeichnung anbietet, entspricht der Preis pro Aktie, zu welchem diese Aktien angeboten und verkauft werden, dem vorbezeichneten Nettoinventarwert für die entsprechende Aktienkategorie, zusätzlich einer vom Verwaltungsrat festgelegten Gebühr für Steuern und Kosten (inklusive Stempel und andere Steuern, Taxen, behördliche Kosten, Maklerkosten, Bankkosten, Überweisungskosten, Eintragungs- und Zertifikatskosten und andere ähnliche Kosten) ("Handelskosten"), welche anfallen würden, wenn das sich im Besitz der Gesellschaft befindliche Vermögen, zu den in einer Schätzung angenommenen Preisen und unter der zusätzlichen Berücksichtigung aller anderen Faktoren, die nach Meinung des Verwaltungsrates berücksichtigt werden müssen, zuzüglich der in den Verkaufsdokumenten festgelegten Verkaufsgebühr. Dieser Preis ist dann aufzurunden zu der nächsten ganzen Einheit der Währung, in welcher der Nettoinventarwert dieser Aktie berechnet wird. Die Vergütung jedes mit dem Verkauf dieser Aktien beauftragten Agenten wird aus dieser Gebühr bezahlt. Die Zahlung des Ausgabepreises muss während der jeweiligen Erstzeichnungsfrist einer Aktienkategorie / Aktienklasse innerhalb von sieben Bankgeschäftstagen nach dem Lancierungsdatum der Aktienkategorie / Aktienklasse bei der Gesellschaft eingehen. Für Zeichnungen, die nach Ablauf der Erstzeichnungsfrist erfolgen, muss die jeweilige Zahlung ebenfalls innerhalb von sieben Bankgeschäftstagen nach dem entsprechenden Bewertungsstichtag bei der Gesellschaft eingehen, jedoch kann vom Verwaltungsrat von Zeit zu Zeit eine kürzere Zeitspanne bestimmt werden.

31. Neufassung der Artikel 26 (vormals 27) bis 30 (vormals 31):

Art. 26. Die Verteilung der jährlichen Gewinne sowie sämtliche sonstige Ausschüttungen werden von der jährlichen Hauptversammlung auf Vorschlag des Verwaltungsrates festgelegt.

Jeder Beschluss einer Hauptversammlung der Aktionäre betreffend die Ausschüttung von Dividenden oder andere Ausschüttungen an die Aktionäre einer Aktienkategorie, unterliegt darüber hinaus der vorherigen Abstimmung, gemäß dem oben erwähnten Mehrheitsprinzip der Aktionäre dieser Aktienkategorie.

Auf Beschluss des Verwaltungsrates und in Übereinstimmung mit den Gesetzen können aus den Vermögenswerten einer Aktienkategorie Zwischendividenden auf Aktien dieser Kategorie gezahlt werden. Auf thesaurierende Aktien erfolgt keine Ausschüttung. Die Halter thesaurierender Aktien nehmen ebenso an den Gewinnen und Verlusten der Gesellschaft teil, da ihre Anteile am Ergebnis der Gesellschaft jeweils in ihrem Nettoinventarwert widerspiegelt werden.

Es wird keine Ausschüttung von Dividenden getätigt, wenn diese Ausschüttung das Kapital der Gesellschaft unter das vom Gesetz von 2002 festgelegte Minimum fallen lassen würde. Es werden keine Ausschüttungen auf den Thesaurierungsanteilen vorgenommen. Die Inhaber dieser Aktien nehmen im gleichen Maße an dem Ergebnis der Gesellschaft teil, da sich ihr prorata-Anteil an den Ergebnissen in ihrem Nettoinventarwert widerspiegelt.

Festgesetzte Dividenden werden in den vom Verwaltungsrat festgesetzten Währungen und an dem festgesetzten Ort und Zeitpunkt ausgezahlt.

Die Dividenden einer jeden Aktienkategorie können gegebenenfalls eine Zuteilung auf ein Ausgleichskonto, welches für jede Aktienkategorie eingerichtet wird, mit sich bringen; in diesem Falle wird diese Zuteilung bei der Emission von Aktien der entsprechenden Aktienkategorie gutgeschrieben und im Falle des Aktienrückkaufs der entsprechenden Aktienkategorie belastet; die Zuteilung wird dabei unter Hinweis auf die bisher hinsichtlich dieser Aktien aufgelaufenen Dividenden berechnet.

Art. 27. Die Gesellschaft kann mit einer gemäß Kapitel 13 des Gesetzes von 2002 zugelassenen Verwaltungsgesellschaft einen Verwaltungsdienstleistungsvertrag eingehen, um der Gesellschaft Dienstleistungen betreffend Anlageverwaltung, administrative Tätigkeiten und Vertrieb zur Verfügung zu stellen.

Die Gesellschaft wird einen Vertrag mit einer gemäß dem luxemburgischen Gesetz von 2002, zur Ausübung von Bankgeschäften berechtigten Bank ("die Depotbank"), eingehen. Sämtliche Barbestände und Wertpapiere der Gesellschaft werden von der Depotbank oder zu ihren Gunsten verwahrt, welche gemäß der Gesetzgebung gegenüber der Gesellschaft und den Aktionären haftet.

Wünscht die Depotbank vom Vertrag zurückzutreten, so hat sich der Verwaltungsrat um eine neue Gesellschaft zu bemühen, die die Funktion der Depotbank übernehmen wird. Die Verwaltungsratsmitglieder dürfen die Depotbank nicht ihres Amtes entheben, bevor eine Nachfolgebank gemäß dieser Vorschrift ernannt wurde, um deren Amt zu übernehmen.

Art. 28. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erfolgt die Liquidation durch einen oder mehrere Liquidator(en) (welche natürliche oder juristische Personen sein können) und von der diese Auflösung beschließenden Versammlung der Aktionäre ernannt werden, die ebenso seine/ihre Befugnisse und ihre Vergütung festlegt. Der Nettoerlös der Auflösung bezüglich jeder Aktienkategorie wird durch die Liquidatoren an den Halter dieser Aktien proportional zu seinem Eigentum in der entsprechenden Aktienkategorie gezahlt.

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft kann entscheiden eine Aktienkategorie zu liquidieren falls der Gesamtinventarwert einer solchen Kategorie unter 10 Millionen Euro fallen oder falls eine die Aktienkategorie betreffende Änderung der wirtschaftlichen oder politischen Lage eine Liquidation rechtfertigt. Diese Entscheidung wird vor dem wirksamen Datum der Liquidation von der Gesellschaft veröffentlicht und die Veröffentlichung wird die Gründe und die Vorgehensweise der Liquidation beschreiben. Die Aktionäre der betreffenden Kategorie können weiterhin den Rückkauf oder den Umtausch ihrer Aktien verlangen, es sei denn, der Verwaltungsrat entscheidet im Interesse der Aktionäre oder um die Gleichbehandlung der Aktionäre zu gewährleisten, dass dies nicht erlaubt ist. Vermögenswerte, welche bei Abschluss der Liquidation der betreffenden Kategorie nicht ausgeschüttet werden konnten, werden bei der "Caisse de Consignation" im Namen der Berechtigten hinterlegt.

Die vorgenannten Bestimmungen finden auf Aktienklassen entsprechende Anwendung.

Unter denselben Umständen wie im vorhergehenden Abschnitt angeführt, kann der Verwaltungsrat entscheiden, eine Aktienkategorie oder -klasse durch Einbringen in eine andere Aktienkategorie oder -klasse aufzulösen. Außerdem kann ein solcher Zusammenschluss durch den Verwaltungsrat entschieden werden, wenn dies im Interesse der Aktionäre der betreffenden Aktienkategorien oder -klassen ist. Diese Entscheidung wird, wie im vorhergehenden Abschnitt vorgesehen, veröffentlicht und die Veröffentlichung wird außerdem Informationen über die neue Aktienkategorie/Aktienklasse beinhalten. Diese Veröffentlichung wird mindestens einen Monat vor dem Tag des Inkrafttretens des Zusammenschlusses erfolgen, um den Aktionären zu ermöglichen, den kostenlosen Rückkauf ihrer Aktien vor diesem Inkrafttreten zu verlangen.

Unter denselben Umständen wie oben angeführt, kann der Verwaltungsrat ebenfalls entscheiden, eine Aktienkategorie durch Einbringen in andere Organismen für gemeinsame Anlagen, die durch die Gesetze des Großherzogtums Luxemburg geregelt sind, aufzulösen. Darüber hinaus kann ein solcher Zusammenschluss durch den Verwaltungsrat entschieden werden, wenn dies im Interesse der Aktionäre der betreffenden Kategorie ist. Diese Entscheidung wird, wie oben angeführt, veröffentlicht und die Veröffentlichung wird außerdem Informationen über den betreffenden Organismus für gemeinsame Anlagen beinhalten. Diese Veröffentlichung wird mindestens einen Monat vor dem Tag des Inkrafttretens des Zusammenschlusses erfolgen, um den Aktionären zu ermöglichen den kostenlosen Rückkauf ihrer Aktien vor diesem Inkrafttreten zu verlangen. Im Fall einer Fusion mit einem Organismus für gemeinsame Anlagen, welcher die Form eines "fonds commun de placement" hat, wird die Fusion nur für die Aktionäre der betreffenden Kategorie bindend, welche der Fusion ausdrücklich zustimmen werden.

Die Umgestaltung einer Aktienkategorie durch eine Aufteilung in zwei oder mehrere Kategorien kann vom Verwaltungsrat entschieden werden, falls der Verwaltungsrat feststellt, dass die Interessen der Aktionäre der betreffenden Kategorie dies verlangen oder eine die Aktienkategorie betreffende Änderung der wirtschaftlichen oder politischen Lage dies rechtfertigt. Eine solche Entscheidung wird, wie oben erwähnt, veröffentlicht und die Veröffentlichung wird außerdem Informationen über die zwei oder mehr neuen Kategorien beinhalten. Diese Veröffentlichung wird mindestens einen Monat vor dem Tag des Inkrafttretens der Umgestaltung erfolgen, um den Aktionären den kostenlosen Rückkauf ihrer Aktien vor diesem Inkrafttreten zu ermöglichen.

Sofern eine Fusion, Unterteilung oder Teilung, die Zuteilung von Aktienbruchstücken an Aktionäre zur Folge hat und die betroffenen Aktien zur Abwicklung in einem "Clearing-System" zugelassen sind, welches gemäß seinen Betriebsregeln

die Abwicklung und Glattstellung von Aktienbruchstücken nicht zulässt oder der Verwaltungsrat beschlossen hat, keine Aktienbruchstücke in der betreffenden Kategorie aufzulegen, so ist der Verwaltungsrat ermächtigt, den betreffenden Aktienbruchteil zurückzukaufen. Der Nettoinventarwert des zurückgekauften Bruchteils wird an die jeweiligen Aktionäre ausgeschüttet, es sei denn, er beträgt weniger als 17 Euro oder einen anderen Betrag, der vom Verwaltungsrat festgelegt werden kann (oder den Gegenwert einer anderen Währung der Aktienkategorie). Dieser Betrag wird den Aktiva der betreffenden Aktienkategorie gutgeschrieben.

Die Generalversammlung der Aktionäre einer Aktienkategorie ist auf Vorschlag des Verwaltungsrates berechtigt die Auflösung dieser Aktienkategorie sowie die Einbringung dieser Aktienkategorie in eine andere Aktienkategorie oder einen anderen luxemburgischen Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren unter den Bedingungen des Artikels 29 dieser Satzung zu entscheiden.

Art. 29. Die vorliegende Satzung kann von einer gemäß den luxemburgischen Gesetzen hinsichtlich der Beschlussfähigkeit und der Stimmabgabe ordnungsgemäß einberufenen Aktionärsversammlung von Zeit zu Zeit geändert werden. Jegliche Änderung bezüglich der Rechte der Aktionäre einer bestimmten Kategorie gegenüber Aktien einer anderen Kategorie unterliegt desweiteren den Beschlussfähigkeits- und Stimmabgabenbestimmungen der betreffenden Aktienkategorien.

Art. 30. Sämtliche nicht in der vorliegenden Satzung vorgesehenen Angelegenheiten unterliegen dem Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften sowie dem Gesetz von 2002, jeweils in ihrer gültigen Fassung.

32. Ersetzen der Worte „Klasse“ bzw. „Unterklasse“ durch „Kategorie“ sowie „Nettovermögenswert“ durch „Nettoinventarwert“ in sämtlichen Artikeln.

33. Allgemeine Änderung der Satzung um Rechtschreib-, Grammatik- und Formfehler zu beheben.

Mangels weiterer Tagesordnungspunkte wurde die Hauptversammlung beendet.

Worüber Urkunde, aufgenommen zu Luxemburg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an die Erschienenen, dem beurkundenden Notar nach Namen, gebräuchlichen Vornamen, sowie Stand und Wohnort bekannt, haben die Erschienenen mit dem Sammlungsvorstand und dem beurkundenden Notar gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

Gezeichnet: M. HERMANN-COUTURIER, C. KONIETZKO, G. PIRSCH und H. HELLINCKX.

Enregistré à Luxembourg A.C., le 12 février 2010. Relation: LAC/2010/6865. Reçu soixante-quinze euros (75.- EUR).

Le Receveur (signé): F. SANDT.

- FÜR GLEICHLAUTENDE AUSFERTIGUNG - der Gesellschaft auf Begehrt erteilt.

Luxemburg, den 22 Februar 2010.

Référence de publication: 2010021012/1197.

(100025858) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 février 2010.

First Chemical (Luxembourg) S.à.r.l., Société à responsabilité limitée.

Capital social: EUR 56.708.000,00.

Siège social: L-1940 Luxembourg, 282, route de Longwy.

R.C.S. Luxembourg B 119.046.

Extrait du procès-verbal de la réunion des associés de la Société du 20 janvier 2010

Il résulte du procès-verbal de la réunion des associés de la Société du 20 janvier 2010 que:

- Les associés ont accepté la démission de Monsieur Paul Guilbert, en tant que gérant de la Société, avec effet immédiat;
- Les associés ont nommé Monsieur David Sullivan, né le 6 décembre 1971 à Elmhurst, Illinois, Etats-Unis d'Amérique, ayant son adresse professionnelle à Trafalgar Court, Les Banques, St Peter Port, GY1 3QL, Guernesey, en tant que nouveau gérant, avec effet immédiat et pour une durée indéterminée.

Il en résulte qu'à compter du 20 janvier 2010, le conseil de gérance de la Société est composé comme suit:

- Séverine Michel
- David Sullivan
- Peter Gibbs

Séverine Michel
Gérante

Référence de publication: 2010020147/20.

(100014585) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

Trada Holding SA, Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2330 Luxembourg, 128, boulevard de la Pétrusse.
R.C.S. Luxembourg B 67.858.

—
Procès-verbal de l'assemblée générale extraordinaire du 30 novembre 2009

Il résulte de l'AGE tenue ce 30 novembre 2009 ce qui suit:

- Sont nommés Administrateurs les dénommés:
- Monsieur Louis Geladi, domicilié 18 route de Bigonville à L-8832 Rombach
- Immomagtib sàrl, sise 18 route de Bigonville à L-8832 Rombach représentée par Monsieur Sébastien ELISE domicilié 34-2 Rue Principale à L-8814 BIGONVILLE, représentant permanent de Immomagtib sàrl
- La Fiduciaire Comptable Comptafisc sàrl, sise 18 route de Bigonville à L-8832 Rombach, représentée par Monsieur Sébastien ELISE domicilié 34-2 Rue Principale à L-8814 BIGONVILLE, représentant permanent de La Fiduciaire Comptable Comptafisc sàrl

- / Pour Immomagtib sàrl / Pour Comptafisc sàrl

Louis GELADI / Sébastien ELISE / Sébastien ELISE

Référence de publication: 2010019487/18.

(100014412) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 28 janvier 2010.

Lamar S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Capital social: EUR 12.500,00.

Siège social: L-2146 Luxembourg, 63-65, rue de Merl.

R.C.S. Luxembourg B 110.816.

—
RECTIFICATIF

Extrait

Il est porté à la connaissance des tiers que l'adresse correcte de M. Jorgen Nilsson est la suivante: Suède, 37138 Karlskrona, Vattugatan 2.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 21 janvier 2010.

Pour extrait conforme

Signature

Un mandataire

Référence de publication: 2010020140/17.

(100014723) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

FR Dolphin Lux Holdings S. à r.l., Société à responsabilité limitée.

Capital social: EUR 3.082.695,00.

Siège social: L-1931 Luxembourg, 13-15, avenue de la Liberté.

R.C.S. Luxembourg B 141.853.

—
Extrait des Résolutions de l'associé unique du 7 janvier 2010

L'associé unique de la Société, a décidé comme suit:

- d'accepter la démission de M. Thomas J. Sikorski en tant que gérant de type A, et ce avec effet immédiat;
- de nommer M. Neil Hartley, administrateur, né le 16 septembre 1965 à Coventry (Royaume-Uni), résidant professionnellement au 7th Floor, 25 Victoria Street, London SW1H OEX (Royaume-Uni) en tant que gérant de type A de la Société, et ce avec effet immédiat.

Son mandat est pour une durée indéterminée.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 21 janvier 2010.

R. Brekelmans

Mandataire

Référence de publication: 2010020136/19.

(100014799) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

Vecap S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-9990 Weiswampach, 1, Duarrefstrooss.

R.C.S. Luxembourg B 65.136.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Wiltz, le 15 octobre 2009.

Pour la société

Anja HOLTZ

Le notaire

Référence de publication: 2010019491/13.

(100013933) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 28 janvier 2010.

Greenstock, Société Anonyme.

Siège social: L-5753 Frisange, 43, Parc Lésigny.

R.C.S. Luxembourg B 104.213.

Il résulte d'une lettre de démission adressé en date du 20 janvier 2010 à la société anonyme GREENSTOCK S.A., ayant son siège social au 43, Parc Lésigny, L-5753 Frisange, et inscrite au Registre de Commerce et des Sociétés de Luxembourg sous le numéro B104.213 (la " Société ") que Monsieur Carlo BERTON démissionne avec effet immédiat de son mandat d'administrateur qu'il occupe pour la Société.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 27 janvier 2010.

Pour la société

Signature

Un Mandataire

Référence de publication: 2010019496/16.

(100014349) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 28 janvier 2010.

Parfid S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1510 Luxembourg, 38-40, avenue de la Faïencerie.

R.C.S. Luxembourg B 97.941.

Extrait des résolutions prises lors de l'assemblée générale extraordinaire du 28 janvier 2010

1. L'Assemblée accepte la démission en tant qu'administrateur de Monsieur Gilles Jacquet, employé privé, avec adresse professionnelle 5, rue Eugène Ruppert à L-2453 Luxembourg, de Lux Business Management Sàrl ayant son siège social au 5, rue Eugène Ruppert à L-2453 Luxembourg, et de Lux Konzern Sàrl, ayant son siège social au 5, rue Eugène Ruppert à L-2453 Luxembourg et la démission de Co-Ventures SA., ayant son siège social au 50, route d'Esch à L-1470 Luxembourg en tant que commissaire aux comptes.

2. L'Assemblée nomme en remplacement des administrateurs démissionnaires, Monsieur Riccardo Moraldi employé privé, avec adresse professionnelle 38, avenue de la Faïencerie à L-1510 Luxembourg, Madame Valérie Wesquy, employé privé, avec adresse professionnelle 3, rue Belle-Vue à L-1227 Luxembourg et Madame Annalisa Ciampoli, avec adresse professionnelle 38, avenue de la Faïencerie à L-1510 Luxembourg. Ser.Com Sàrl, ayant son siège social 3, rue Belle-Vue à L-1227 Luxembourg est nommé commissaire aux comptes. Ces mandats se termineront lors de l'assemblée qui statuera sur les comptes de l'exercice 2009.

3. L'Assemblée décide de transférer le siège social de la société du 5, rue Eugène Ruppert, L-2453 Luxembourg au 38/40, avenue de la Faïencerie, L-1510 Luxembourg.

Luxembourg, le 28 janvier 2010.

Pour la société

Un mandataire

Référence de publication: 2010019891/24.

(100015212) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

Bali Funding Luxembourg Limited, Société à responsabilité limitée.

Capital social: USD 1.000.000,00.

Siège social: L-1246 Luxembourg, 4, rue Albert Borschette.
R.C.S. Luxembourg B 124.299.

Extrait de la résolution du Conseil de Gérance en date du 21 janvier 2010

En date du 21 janvier 2010, le conseil de gérance de la Société a décidé de transférer le siège social de la Société du 69, rue de Merl, L-2146 Luxembourg au 4, rue Albert Borschette, L-1246 Luxembourg.

Changement d'adresse

Mademoiselle Christel Damaso, gérante de classe B de la Société, demeure désormais à l'adresse suivante:
4, rue de Hédange, L-3840 Schifflange, Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 28 janvier 2010.

Bana Swiss Funding S.à r.l. Limited

Signature

Référence de publication: 2010019883/18.

(100014470) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

BANA Swiss Funding S.à r.l. Limited, Société à responsabilité limitée.

Capital social: USD 4.020.000,00.

Siège de direction effectif: L-1246 Luxembourg, 4, rue Albert Borschette.
R.C.S. Luxembourg B 135.185.

Extrait de la résolution du Conseil de Gérance en date du 21 janvier 2010

En date du 21 janvier 2010, le conseil de gérance de la Société a décidé de transférer le siège social de la Société du 69, rue de Merl, L-2146 Luxembourg au 4, rue Albert Borschette, L-1246 Luxembourg.

Changement d'adresse

Mademoiselle Christel Damaso, gérante de classe B de la Société, demeure désormais à l'adresse suivante:
4, rue de Hédange, L-3840 Schifflange, Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 28 janvier 2010.

Bana Swiss Funding S.à r.l. Limited

Signature

Référence de publication: 2010019884/18.

(100014469) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

Joost Holdings S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1469 Luxembourg, 67, rue Ermesinde.
R.C.S. Luxembourg B 124.972.

Extrait des résolutions prises par l'associé unique en date du 16 novembre 2009

Première résolution

L'Associé Unique accepte la démission de M. Alain HEINZ, gérant B de la Société avec effet au 16 novembre 2009.

Deuxième résolution

L'Associé Unique nomme M. Christophe DAVEZAC, né le 14 février 1964 à Cahors (France), résidant professionnellement au 67, rue Ermesinde, L-1469 Luxembourg en tant que gérant B de la société pour une durée indéterminée.

Pour extrait

Pour la Société

Signature

Référence de publication: 2010019503/16.

(100013991) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 28 janvier 2010.

Tethys S. à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-3425 Dudelange, 90, rue Nic Bieber.
R.C.S. Luxembourg B 137.426.

—
Extrait de l'assemblée générale du 4 janvier 2010

L'Assemblée Générale des associés a autorisé la cession de parts sociales suivante qui a eu lieu en date du 6 Janvier 2010.

- Monsieur Franck JACOB, a cédé 25 parts sociales qu'il détenait à Monsieur Eric JACOB.

Au terme de cette cession de parts sociales, la répartition du capital de la société TETHYS S.à.r.l. est la suivante:

- La société anonyme DEMETER S.A. ayant son siège social à L-2311 Luxembourg, 55-57 Avenue Pasteur,	375 parts sociales
- Monsieur Franck JACOB, né à CHANTILLY (France) le 28 mars 1967, de nationalité française, demeurant à F-57510 LOUPERSHOUSE, 132, rue principale,	75 parts sociales
- Monsieur Stéphane JACOB, né à MEDON-LA-FORET (France) le 10 novembre 1970, de nationalité française, demeurant à F-57510 REMERING-LES-PUTELANGE, 85, rue Principale, . . .	25 parts sociales
- Monsieur Eric JACOB, né à Meudon (France) le 24 avril 1969, de nationalité française, demeurant à F-57450 Theding (France), 7, rue de la Sitterswies,	<u>25 parts sociales</u>
Total: 500 parts présentes ou représentées	500

Luxembourg, le 18 janvier 2010.

Signature.

Référence de publication: 2010020009/22.

(100014802) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

Lux-World Fund Advisory S.A. Holding, Société Anonyme.

Siège social: L-1930 Luxembourg, 1, place de Metz.
R.C.S. Luxembourg B 46.535.

—
Extrait des résolutions prises lors de l'Assemblée Générale Ordinaire du 20 janvier 2010

I. Nominations statutaires

L'Assemblée constate que lors de l'Assemblée Générale Ordinaire du 21 janvier 2009, le terme du mandat des Administrateurs a été fixé à un an, c'est-à-dire jusqu'à la présente Assemblée Générale.

L'Assemblée prend acte de la démission de Monsieur Jean-Paul KRAUS en tant que membre du Conseil d'Administration avec effet au 17 juillet 2009 et approuve la cooptation de Monsieur Rodolphe BELLI à partir de la même date.

Le mandat des Administrateurs venant ainsi à échéance, l'Assemblée procède à la nomination des membres suivants au Conseil d'Administration pour un terme d'un an jusqu'à l'Assemblée Générale Ordinaire qui se tiendra en janvier 2011:

M. Jean-Claude FINCK, président
M. Ernest CRAVATTE, vice-président
M. Rodolphe BELLI, administrateur
M. Michel BIREL, administrateur
M. Gilbert ERNST, administrateur
M. Guy HOFFMANN, administrateur
M. Guy ROSSELJONG, administrateur
Mme Françoise THOMA, administrateur

II. NOMINATION DU COMMISSAIRE AUX COMPTES

L'Assemblée constate que le mandat du Commissaire aux Comptes, Monsieur Frank MOSAR, a été fixé jusqu'à la présente Assemblée Générale.

Le mandat venant ainsi à échéance, l'Assemblée procède à la nomination du Commissaire aux Comptes, Monsieur Frank MOSAR, pour un terme d'un an jusqu'à l'Assemblée Générale Ordinaire qui se tiendra en janvier 2011.

Luxembourg, le 20 janvier 2010.

Certifié sincère et conforme

BANQUE ET CAISSE D'EPARGNE DE L'ETAT, LUXEMBOURG

Signatures

Référence de publication: 2010020081/32.

(100014941) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

Lux-Investment Advisors, Société Anonyme.

Siège social: L-1637 Luxembourg, 6A, rue Goethe.
R.C.S. Luxembourg B 98.746.

—
Confirmation de la résolution du Conseil d'Administration du 21 janvier 2010

1. Démission d'un administrateur

Le Conseil prend note de la démission de M. Ernest CRAVATTE de son poste d'administrateur du Conseil avec effet au 31 décembre 2009.

2. Cooptation d'un administrateur

Le Conseil coopte à l'unanimité M. Gilbert ERNST (adresse professionnelle: 1, Place de Metz, L-2954 Luxembourg) au poste d'administrateur à partir du 21 janvier 2010, jusqu'à la prochaine Assemblée Générale qui se tiendra en mai 2010.

Luxembourg, le 25 janvier 2010.

Certifié conforme et sincère

BANQUE ET CAISSE D'EPARGNE DE L'ETAT, LUXEMBOURG

Signatures

Référence de publication: 2010020082/19.

(100014914) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

Emera Sicav, Société Anonyme sous la forme d'une SICAV - Fonds d'Investissement Spécialisé.

Siège social: L-2520 Luxembourg, 5, allée Scheffer.

R.C.S. Luxembourg B 130.979.

—
Extrait des résolutions prises lors de l'Assemblée Générale Ordinaire du 18 Juin 2009

En date du 18 juin 2009, l'Assemblée Générale Ordinaire a décidé:

- de nommer, avec effet au 18 juin 2009, Mme Alessandra Patera, Feidos S.p.A., Via San Nicola da Tolentino 18,1 - 00187 Rome, en qualité d'Administrateur jusqu'à la prochaine Assemblée Générale Ordinaire en 2010
- de renouveler les mandats de Monsieur Alberto Carpani, Monsieur Cristiano Carraroli et Monsieur Ofer Arbib en qualité d'Administrateur pour une durée d'un an jusqu'à la prochaine Assemblée Générale Ordinaire en 2010.

Luxembourg, le 25 janvier 2010.

Pour extrait sincère et conforme

Le Conseil d'Administration

Signatures

Référence de publication: 2010020083/17.

(100014880) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

StaGe Mezzanine, Société à responsabilité limitée.

Capital social: EUR 12.500,00.

Siège social: L-1371 Luxembourg, 7, Val Sainte Croix.

R.C.S. Luxembourg B 114.636.

—
EXTRAIT

Madame Bettina Helling a démissionné de ses fonctions de gérant de catégorie A de la Société avec effet au 31 décembre 2009.

Les gérants sont dorénavant les suivants:

- Madame Danielle Caviglia: gérant de catégorie A
- Monsieur Alexis Kamarowsky: gérant de catégorie B

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 27 janvier 2010.

Pour la Société

Signature

Référence de publication: 2010020141/18.

(100014649) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

Lion/Rally Lux 4, Société à responsabilité limitée.**Capital social: USD 25.000,00.**

Siège social: L-1931 Luxembourg, 13-15, avenue de la Liberté.

R.C.S. Luxembourg B 140.362.

Extrait des Résolutions de l'associé unique du 20 janvier 2010

L'associé unique de la Société, a décidé comme suit:

- d'accepter la démission de Mademoiselle Janet Mary Dunlop en tant que gérant A, et ce avec effet immédiat;
- d'accepter la démission de Monsieur James Cocker en tant que gérant A, et ce avec effet immédiat;
- de nommer Monsieur William V. Carey, Economiste, né le 25 octobre 1964 à Tampa en Floride, Etats-Unis d'Amérique, résidant professionnellement à ul. Bokserska 66A, Varsovie, 02-690, Pologne, en tant que gérant A de la Société, et ce avec effet immédiat et pour une durée indéterminée;
- de nommer Monsieur Christopher Biedermann, Economiste, né le 14 mai 1967 à Oradell au New Jersey, Etats-Unis d'Amérique, résidant professionnellement à ul. Bokserska 66A, Varsovie, 02-690, Pologne, en tant que gérant A de la Société, et ce avec effet immédiat et pour une durée indéterminée.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 22 janvier 2010.

Richard Brekelmans

Mandataire

Référence de publication: 2010020137/22.

(100014793) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

Lion/Rally Lux 3, Société à responsabilité limitée.**Capital social: USD 5.330.805,00.**

Siège social: L-1931 Luxembourg, 13-15, avenue de la Liberté.

R.C.S. Luxembourg B 139.054.

Extrait des Résolutions de l'associé unique du 20 janvier 2010

L'associé unique de la Société, a décidé comme suit:

- d'accepter la démission de Mademoiselle Janet Mary Dunlop en tant que gérant A, et ce avec effet immédiat;
- d'accepter la démission de Monsieur James Cocker en tant que gérant A, et ce avec effet immédiat;
- de nommer Monsieur William V. Carey, Economiste, né le 25 octobre 1964 à Tampa en Floride, Etats-Unis d'Amérique, résidant professionnellement à ul. Bokserska 66A, Varsovie, 02-690, Pologne, en tant que gérant A de la Société, et ce avec effet immédiat et pour une durée indéterminée;
- de nommer Monsieur Christopher Biedermann, Economiste, né le 14 mai 1967 à Oradell au New Jersey, Etats-Unis d'Amérique, résidant professionnellement à ul. Bokserska 66A, Varsovie, 02-690, Pologne, en tant que gérant A de la Société, et ce avec effet immédiat et pour une durée indéterminée.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 22 janvier 2010.

Richard Brekelmans

Mandataire

Référence de publication: 2010020138/22.

(100014785) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

International Paper Investments (Luxembourg) S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 46A, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 90.703.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 29 janvier 2010.

Référence de publication: 2010020230/10.

(100015184) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

PW Gestion Immobilière S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2134 Luxembourg, 54, rue Charles Martel.
R.C.S. Luxembourg B 148.297.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Junglinster, le 29 janvier 2010.

Pour copie conforme
Pour la société
Maître Jean SECKLER
Notaire

Référence de publication: 2010020227/14.

(100015318) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

Claudas Investments S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 26B, boulevard Royal.
R.C.S. Luxembourg B 131.368.

Statuts coordonnés, suite à une Assemblée Générale Extraordinaire reçue par Maître Carlo WERSANDT, notaire de résidence à Luxembourg, en date du 22 décembre 2009, déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 29 janvier 2010.

C. WERSANDT
Notaire

Référence de publication: 2010020233/13.

(100015304) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

Vicolux, Société Anonyme.

Siège social: L-1653 Luxembourg, 2, avenue Charles de Gaulle.
R.C.S. Luxembourg B 49.882.

Extrait des résolutions prises par le conseil d'administration en date du 18 janvier 2010

La démission de Monsieur Claude ZIMMER comme administrateur de la Société est acceptée avec effet immédiat.

Est nommé administrateur avec effet immédiat, son mandat prenant fin lors de l'assemblée générale ordinaire statuant sur les comptes annuels au 31 décembre 2014:

- Monsieur Guy HORNICK, maître en sciences économiques, né le 29 mars 1951 à Luxembourg, demeurant professionnellement au 2, avenue Charles de Gaulle, L-1653 Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 25 janvier 2010.

Référence de publication: 2010020517/15.

(100015618) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

L'Equerre, Société Civile.

Siège social: L-6960 Senningen, 8, Um Kiem.
R.C.S. Luxembourg E 1.425.

DISSOLUTION

Extrait de l'assemblée générale du 31 décembre 2009

L'assemblée générale décide à l'unanimité de dissoudre la société conformément à l'article 14 des statuts. Elle constate que tous les actifs et passifs sont liquidés, clôture la liquidation et mandate les administrateurs d'effectuer toutes les formalités administratives afin de faire radier la société auprès du RCS Luxembourg.

Référence de publication: 2010020753/12.

(100015365) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

DEXIA Insurance Services Finance, Société Anonyme.

Siège social: L-1253 Luxembourg, 2, rue Nicolas Bové.

R.C.S. Luxembourg B 37.631.

—
Extrait du conseil d'administration du 20 novembre 2009

1. Le Conseil prend acte de la démission de la société Dexia Epargne Pension SA représentée par Monsieur Yves Bidel et décide de ne pas pourvoir à son remplacement par cooptation, ni de proposer un remplaçant lors de la prochaine assemblée générale des actionnaires.

Rudy PARIDAENS

Directeur général

Référence de publication: 2010020620/13.

(100015692) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Avery Dennison Management GmbH, Société à responsabilité limitée.**Capital social: EUR 12.500,00.**

Siège social: L-4801 Rodange, Zone Industrielle P.E.D..

R.C.S. Luxembourg B 99.412.

—
EXTRAIT

Par contrat de cession daté du 19 décembre 2009, Avery Dennison Group Danmark ApS, une société régie par le droit danois, avec siège social au Baldersbuen 61-63, 2640 Hedehusene, Hoje Taastrup, Danemark, et inscrite sous le numéro 26363780, a cédé toutes les 500 parts sociales de la société Avery Dennison Management GmbH à Avery Dennison Netherlands Investment VII B.V., une société régie par le droit néerlandais, avec siège social au Lammenschansweg 140, 2321JX Leiden, Pays-Bas, et inscrite sous le numéro 33291499.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour Avery Dennison Management GmbH

Signature

Référence de publication: 2010020621/17.

(100015837) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Multi Units Luxembourg, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 16, boulevard Royal.

R.C.S. Luxembourg B 115.129.

—
Extrait de la résolution prise lors du conseil d'administration du 12 novembre 2009:

1. Démission de Monsieur Xavier SAUDREAU en tant qu'Administrateur.

Le Conseil d'administration prend note de la démission de Monsieur Xavier SAUDREAU, résidant professionnellement au 17, Cours Valmy, F-92 987 Paris - La Défense, France, de ses fonctions d'Administrateur et de Président du Conseil d'administration avec effet au 12 novembre 2009.

2. Cooptation de Madame Thouraya JARRAY en tant qu'Administrateur en remplacement de Monsieur Xavier SAUDREAU.

Conformément aux prescriptions des articles 21 et 22 des Statuts coordonnés du 5 octobre 2009, le Conseil d'administration décide de coopter, Madame Thouraya JARRAY, résidant professionnellement au 17, Cours Valmy, F-92 987 Paris-La Défense, France, aux fonctions d'Administrateur et de Président du Conseil d'administration, en remplacement de Monsieur Xavier SAUDREAU, avec effet au 12 novembre 2009 jusqu'à la prochaine Assemblée Générale Annuelle des Actionnaires.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Société Générale Securities Services Luxembourg

Corporate and Domiciliary Agent

MJ. FERNANDES

Référence de publication: 2010020623/23.

(100015845) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Sasa S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1219 Luxembourg, 18, rue Beaumont.

R.C.S. Luxembourg B 32.808.

EXTRAIT

Il est porté à la connaissance des tiers que Monsieur Marcello Scipi a démissionné de son mandat d'administrateur-délégué et administrateur avec effet au 31 décembre 2007.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 30 novembre 2009.

Signature

Le mandataire de la société

Référence de publication: 2010020619/14.

(100015680) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Canadian Inter-Trust Equities S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**Capital social: EUR 12.500,00.**

Siège social: L-1130 Luxembourg, 37, rue d'Anvers.

R.C.S. Luxembourg B 128.431.

Il résulte de courriers datés du 19 mai 2009 que:

- Monsieur François BROUXEL, né le 16 septembre 1966 à Metz (France) demeurant professionnellement au 69, boulevard de la Pétrusse, L-2320 Luxembourg; et

- Monsieur Georges GUDENBURG, né le 25 novembre 1964 à Luxembourg (Luxembourg) demeurant professionnellement au 69, boulevard de la Pétrusse, L-2320 Luxembourg

ont démissionné de leur fonction de gérant de la Société, avec effet à la même date.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 27 janvier 2010.

Signatures.

Référence de publication: 2010020622/16.

(100015840) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

EFG Thema Advisory Company S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2520 Luxembourg, 5, allée Scheffer.

R.C.S. Luxembourg B 67.752.

Extrait des décisions prises par voie de résolution circulaire en date du 14 janvier 2010

En date du 14 janvier 2010, le Conseil d'Administration a décidé:

- d'accepter la démission, avec effet au 14 janvier 2010, de Monsieur Philippe Bens en qualité d'Administrateur et de Président du Conseil d'Administration

- d'accepter la démission, avec effet au 14 janvier 2010, de Monsieur Jan Bertil Norinder en qualité d'Administrateur

- de coopter, avec effet au 14 janvier 2010, Madame Hélène Dupuy, EFG Investment (Luxembourg) SA, 14, allée Marconi, L - 2013 Luxembourg en qualité d'Administrateur jusqu'à la prochaine Assemblée Générale Ordinaire en 2010, en remplacement de Monsieur Philippe Bens, démissionnaire

- de coopter, avec effet au 14 janvier 2010, Monsieur Ian Cookson, EFG Bank AG, Bahnhofstrasse 16, CH - 8022 Zurich, en qualité d'Administrateur jusqu'à la prochaine Assemblée Générale Ordinaire en 2010, en remplacement de Monsieur Jan Bertil Norinder, démissionnaire

Luxembourg, le 25 janvier 2010.

Pour extrait sincère et conforme

Signature

Le Conseil d'Administration

Référence de publication: 2010020628/22.

(100015922) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Nord Européenne d'Investissement S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1471 Luxembourg, 412F, route d'Esch.

R.C.S. Luxembourg B 50.020.

—
CLÔTURE DE LIQUIDATION

Extrait des résolutions à l'Assemblée Générale Extraordinaire du 15 décembre 2009

1. La liquidation de la société NORD EUROPEENNE D'INVESTISSEMENT S.A. est clôturée.
2. Décharge est accordée au liquidateur et au commissaire à la liquidation pour l'exécution de leurs mandats.
3. Les livres et documents sociaux sont déposés à l'adresse, 412F, route d'Esch, Luxembourg, et y seront conservés pendant cinq ans au moins.

Extrait certifié sincère et conforme

FIN-CONTROLE S.A.

Signatures

Liquidateur

Référence de publication: 2010020751/17.

(100015727) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

LU PC II S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1471 Luxembourg, 203, route d'Esch.

R.C.S. Luxembourg B 140.742.

—
Extrait des décisions prises par le gérant unique en date du 28 janvier 2010

Le siège social de la société sera transféré de L-2449 Luxembourg, 26, boulevard Royal à L-1471 Luxembourg, 203, route d'Esch, avec effet au 31 janvier 2010.

Luxembourg, le 29 janvier 2010.

LU PC II S.à r.l.

Olivier Marbaise

Référence de publication: 2010020757/13.

(100016082) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Satisfactory, Société Anonyme.

Siège social: L-1628 Luxembourg, 7A, rue des Glacis.

R.C.S. Luxembourg B 41.603.

—
EXTRAIT

Il résulte du procès-verbal de l'assemblée des actionnaires tenue en date du 23 décembre 2009 que:

L'assemblée a réélu aux postes d'administrateurs et de commissaire aux comptes pour une durée allant jusqu'à l'assemblée des actionnaires qui se tiendra en 2010:

Madame Ulla MATTILA, née le 27/08/1959, à Vaasa (Finlande), demeurant à B-1180 Bruxelles, 15/9, avenue Château de Walzin,

Monsieur Tevfik BULDUK, né le 10/03/1961 à Dereköy (Turquie), demeurant à L-2453 Luxembourg, 5 rue Eugène Ruppert,

Monsieur Patrick WEINACHT, juriste, né le 19/12/1953 à Neuilly sur Seine (France), demeurant à L-1628 Luxembourg, 7a, rue des Glacis,

BS Consulting S.A., établie et ayant son siège social au 84, Grand-Rue à L-1660 Luxembourg, inscrite auprès du Registre de Commerce et des Sociétés sous le numéro B 45 486.

Pour la société

Signature

Un mandataire

Référence de publication: 2010020633/22.

(100015999) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

MSCGL Finance Company S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**Capital social: EUR 12.500,00.**

Siège social: L-2449 Luxembourg, 25C, boulevard Royal.
R.C.S. Luxembourg B 106.975.

CLÔTURE DE LIQUIDATION

Extrait de l'assemblée générale de l'associé unique de la Société du 31 décembre 2009

L'associé unique:

- approuve le rapport du commissaire à la liquidation au 31 décembre 2009,
- prononce la clôture de la liquidation et constate que la Société a définitivement cessé d'exister,
- décide que les livres et documents sociaux de la Société seront déposés et conservés pendant une durée de cinq ans au 64, avenue de la Liberté, L-1930 Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 19 janvier 2010.

MSCGL Finance Company S.à r.l., en liquidation volontaire

Signature

Référence de publication: 2010020767/19.

(100015459) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Terra Nomis S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**Capital social: EUR 12.500,00.**

Siège social: L-4240 Esch-sur-Alzette, 36, rue Emile Mayrisch.
R.C.S. Luxembourg B 110.429.

Extrait du procès-verbal de l'assemblée générale extraordinaire du 14 janvier 2010

L'associé unique prend les résolutions suivantes:

1. Révocation du mandat de gérante de Madame Christine SIMON
2. Nomination de Monsieur Norbert MEISCH, demeurant professionnellement à L-4240 Esch-sur-Alzette 36, rue Emile Mayrisch, pour une durée illimitée.
3. Transfert du siège à L-4240 Esch-sur-Alzette 36, rue Emile Mayrisch avec effet immédiat.

FLETCHER INVESTMENT S.A.

L'associé unique

Norbert MEISCH

Administrateur délégué

Référence de publication: 2010020774/18.

(100015719) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Choucas S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2132 Luxembourg, 22, avenue Marie-Thérèse.
R.C.S. Luxembourg B 110.896.

Extrait des résolutions prises par l'Assemblée Générale Annuelle des Actionnaires tenue à Luxembourg le 26 janvier 2010

L'Assemblée a décidé

- De renouveler le mandat de la société VGD EXPERTS-COMPTABLES S.à r.l., une société à responsabilité limitée, ayant son siège social à L-1258 Luxembourg, 6, rue Jean-Pierre Brasseur, sous le numéro RCS Luxembourg Section B 53.981 en qualité de commissaire aux comptes de la société.

Son mandat viendra à échéance lors de l'Assemblée Générale Ordinaire qui se tiendra en 2010.

Pour la Société

Signature

Référence de publication: 2010019500/15.

(100014290) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 28 janvier 2010.

Torno Global Contracting S.A., Société Anonyme.**Capital social: EUR 1.031.000,00.**

R.C.S. Luxembourg B 133.381.

Conformément à l'Article 3 de la loi du 12 mai 1999 régissant la domiciliation des sociétés, nous vous informons de la dénonciation de la convention de domiciliation conclue le 20 mars 2008 pour une durée indéterminée entre les sociétés:

Equity Trust Co. (Luxembourg) S.A.

Luxembourg, R.C. B 15302

Siège social:

46A, avenue J.F. Kennedy

L-1855 LUXEMBOURG

Et

Torno Global Contracting S.A.

Luxembourg, R.C.S. B 133.381

Siège social:

46A, avenue J.F. Kennedy

L-1855 Luxembourg

Capital social: EUR 1,031,000

Equity Trust Co. (Luxembourg) S.A.

Signatures

Référence de publication: 2010020775/23.

(100015741) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.**Presco Investments II S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-1469 Luxembourg, 67, rue Ermesinde.

R.C.S. Luxembourg B 133.853.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Référence de publication: 2010020914/10.

(100015455) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.**Tugata Investments S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-1331 Luxembourg, 65, boulevard Grande-Duchesse Charlotte.

R.C.S. Luxembourg B 112.477.

Les statuts coordonnés de la société ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Référence de publication: 2010020907/10.

(100016097) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.**Skype Technologies, Société Anonyme.**

Siège social: L-2449 Luxembourg, 22-24, boulevard Royal.

R.C.S. Luxembourg B 96.677.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Référence de publication: 2010020910/10.

(100015766) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Springboard Finance Holdco S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Capital social: USD 2.098.428.144,00.

Siège social: L-1331 Luxembourg, 65, boulevard Grande-Duchesse Charlotte.
R.C.S. Luxembourg B 149.196.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Référence de publication: 2010020908/11.

(100015759) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Springboard Finance S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Capital social: EUR 2.003.316.035,00.

Siège social: L-1331 Luxembourg, 65, boulevard Grande-Duchesse Charlotte.
R.C.S. Luxembourg B 148.309.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Référence de publication: 2010020909/11.

(100015762) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Skype Communications, Société à responsabilité limitée.

Capital social: EUR 17.644.676,25.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 22-24, boulevard Royal.
R.C.S. Luxembourg B 100.468.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Référence de publication: 2010020911/11.

(100015776) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Pomelos S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Capital social: EUR 12.500,00.

Siège social: L-1469 Luxembourg, 67, rue Ermesinde.
R.C.S. Luxembourg B 130.076.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Référence de publication: 2010020912/11.

(100015474) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Thistle S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1882 Luxembourg, 5, rue Guillaume Kroll.
R.C.S. Luxembourg B 117.651.

Les comptes annuels au 31 décembre 2008 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 26 janvier 2010.

Signature.

Référence de publication: 2010020944/10.

(100016105) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} février 2010.

Waste Eco Oil S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1449 Luxembourg, 18, rue de l'Eau.

R.C.S. Luxembourg B 85.961.

L'an deux mille neuf le vingt-deux décembre.

Pardevant Maître Martine SCHAEFFER, notaire de résidence à Luxembourg.

S'est tenue une Assemblée Générale Extraordinaire de la société anonyme établie à Luxembourg sous la dénomination de "WASTE ECO OIL S.A.." R.C.S. LUXEMBOURG Numéro B 85961 ayant son siège social à Luxembourg au 18, rue de l'Eau, constituée par acte de Maître Joseph ELVINGER, notaire de résidence à Luxembourg en date du 25 janvier 2002 publié au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations C numéro 792 du 24 mai 2002. Les statuts de la société n'ont pas été modifiés depuis.

La séance est ouverte sous la présidence de Monsieur Stéphane SABELLA, juriste, domicilié professionnellement au 18, rue de l'Eau, L - 1449 Luxembourg.

Monsieur le Président désigne comme secrétaire, Madame Isabel DIAS, juriste, domiciliée professionnellement au 74, avenue Victor Hugo, L-1750 Luxembourg

L'assemblée élit comme scrutateur, Monsieur Raymond THILL, juriste, domicilié professionnellement au 74, avenue Victor Hugo, L-1750 Luxembourg Monsieur le Président expose ensuite:

I.- Qu'il résulte d'une liste de présence dressée et certifiée par les membres du bureau que les trois cent dix (310) actions d'une valeur nominale de cent euros (EUR 100,-) chacune, représentant l'intégralité du capital social de trente et un mille euros (EUR 31.000,-) sont dûment représentées à la présente assemblée qui en conséquence est régulièrement constituée et peut délibérer ainsi que décider valablement sur les points figurant à l'ordre du jour, ci-après reproduits, tous les actionnaires représentés ayant accepté de se réunir sans convocations préalables.

Ladite liste de présence, portant les signatures des actionnaires tous représentés, restera annexée au présent procès-verbal ensemble avec les procurations pour être soumise en même temps aux formalités de l'enregistrement.

II.- Que l'ordre du jour de la présente Assemblée est conçu comme suit:

1. Approbation du bilan de clôture de la société luxembourgeoise;
2. Transfert du siège social de Luxembourg vers l'Italie, et adoption de la forme juridique d'une société à responsabilité limitée selon le droit Italien.
3. Fixation du siège social à via Alberto Mario, 37, 20149 Milan, Italie
4. Modification de la dénomination sociale en "WASTE ECO OIL S.R.L".
5. Démission de quatre administrateurs en place et décharge à leur donner pour l'exécution de leur mandat jusqu'à ce jour.
6. Démission du commissaire aux comptes en place, décharge à lui donner pour l'exécution de son mandat jusqu'à ce jour.
7. Refonte complète des statuts pour les adapter au droit Italien.
8. Nomination d'un gérant unique;
9. Mandat à donner aux fins d'opérer toutes formalités nécessaires à la radiation de la société au Registre du Commerce et des Sociétés de Luxembourg.
10. Effet juridique relative aux résolutions prises.
11. Mandat à donner à Monsieur Gino ROBOTTI aux fins de procéder à toutes formalités nécessaires à l'inscription de la société au Registre du Commerce italien et aux fins de convoquer une assemblée générale extraordinaire en Italie afin de confirmer le transfert de siège et d'adapter les statuts de la société à la législation italienne.
12. Divers.

L'Assemblée, après avoir approuvé l'exposé de Monsieur le Président et après s'être reconnue régulièrement constituée, a abordé l'ordre du jour et, après en avoir délibéré, a pris à l'unanimité des voix les résolutions suivantes:

Première résolution

L'assemblée générale approuve le bilan de clôture au 22 décembre 2009 de la société au Luxembourg, lequel bilan après avoir été signé ne varietur par le mandataire et le notaire instrumentaire, restera annexé au présent acte pour être enregistré en même temps.

Deuxième résolution

L'Assemblée décide de transférer le siège social de la société en Italie, sans dissolution préalable de la Société, laquelle continuera l'activité avec tous les actifs et passifs existants de la Société, et continuera son existence sous la forme juridique d'une société à responsabilité limitée selon le droit italien.

Troisième résolution

L'Assemblée décide d'établir le siège social de la société en Italie à Via Alberto Mario 37, 20149, Milan, Italie
La Société ne maintiendra pas de succursale ou d'autre entité juridique au Luxembourg.

Quatrième résolution

L'Assemblée décide de changer la dénomination sociale en "WASTE ECO OIL S.R.L."

Cinquième résolution

Il est pris acte de la démission de quatre administrateurs en place:

- Monsieur Marc KOEUNE, économiste, domicilié professionnellement au 18, rue de l'Eau, L-1449 Luxembourg,
 - Madame Andréa DANY, employée privée, domiciliée professionnellement au 18, rue de l'Eau, L- 1449 Luxembourg,
 - Madame Nicole THOMMES, employée privée, domiciliée professionnellement au 18, rue de l'Eau, L- 1449 Luxembourg.
 - Monsieur Jean-Yves NICOLAS, employé privé, domicilié professionnellement au 18, rue de l'Eau, L-1449 Luxembourg
- Par vote spécial, il leur est donné décharge pour l'exécution de leur mandat jusqu'à ce jour.

Sixième résolution

Il est pris acte de la démission du commissaire aux comptes en place: la société CeDerLux-Services S.à r.l., ayant son siège social au 18, rue de l'Eau, L-1449 Luxembourg.

Par vote spécial, il lui est donné décharge pour l'exécution de son mandat jusqu'à ce jour.

Septième résolution

Les statuts, complètement refondus afin d'être adaptés à la législation italienne, auront désormais le teneur suivante:

STATUTO DI SOCIETÀ' A RESPONSABILITA' LIMITATA

Art. 1. Denominazione. La società è denominata: "WASTE ECO OIL S.R.L."

Art. 2. Oggetto. La società ha per oggetto:

1. l'assunzione in proprio di partecipazioni in aziende, imprese, società od enti italiani ed esteri qualunque sia l'oggetto ed il carattere dell'attività esercitata;
2. il finanziamento ed il coordinamento organizzativo, tecnico e finanziario delle aziende, imprese, società od enti in cui partecipa direttamente od indirettamente, ivi compresa la prestazione di servizi in genere;
3. la compravendita, il possesso e la gestione in proprio di titoli di capitale e di debito sia pubblici che privati, con espressa esclusione di qualsiasi attività di raccolta o collocamento del risparmio nei confronti del pubblico;
4. l'acquisto, la vendita, la permuta la costruzione e la locazione di beni immobili ad uso civile, commerciale o industriale;
5. l'assistenza in materia economica, organizzativa, commerciale e gestionale ad imprese, enti, aziende, associazioni;
6. la prestazione di servizi di organizzazione e gestione aziendale, di addestramento formazione manageriale o professionale, la predisposizione di ricerche di mercato, la identificazione di assetti organizzativi e sistemi direzionali in imprese, enti, aziende associazioni;

E' comunque espressamente esclusa dall'oggetto sociale l'attività fiduciaria o di revisione, lo svolgimento di ogni attività professionale riservata per legge ad iscritti in appositi albi o elenchi, nonché ogni altra attività vietata in base al tipo alla struttura organizzativa e al capitale della società'.

La società' può inoltre in via strumentale, non in via prevalente e comunque non nei confronti del pubblico:

- compiere tutte le operazioni immobiliari, mobiliari e commerciali utili o necessarie al raggiungimento dello scopo sociale;
- concedere fidejussioni, prestare avalli e altre forme di garanzia e consentire iscrizioni ipotecarie sugli immobili sociali a garanzia di debiti ed obbligazioni anche di terzi, anche a favore di istituti di credito in genere.

Art. 3. Sede. La società ha sede in MILANO.

La società potrà istituire altrove sedi secondarie, filiali, uffici, rappresentanze.

Art. 4. Durata. La durata della società è stabilita sino al 2050.

Art. 5. Capitale. Il capitale sociale è di euro 31.000,00.

Le partecipazioni dei soci possono essere determinate anche in misura non proporzionale ai rispettivi conferimenti, sia in sede di costituzione che di modifiche del capitale sociale.

La società potrà acquisire dai soci versamenti e finanziamenti, a titolo oneroso o gratuito, con o senza obbligo di rimborso, nel rispetto delle normative vigenti.

Le quote sociali sono divisibili e possono essere oggetto di intestazione fiduciaria esclusivamente in capo a società italiane operanti ai sensi della Legge 1966/1939 e successive modifiche e integrazioni. In tali casi, i soci prendono atto che

l'esercizio dei diritti sociali da parte della società fiduciaria avviene per conto e nell'esclusivo interesse del fiduciante al quale solo, pertanto, saranno imputabili gli effetti giuridici e le responsabilità discendenti da tale esercizio.

E' attribuita alla competenza dei soci l'emissione dei titoli di debito di cui all'articolo 2483 c.c.

La deliberazione di emissione dei titoli di debito deve essere in ogni caso verbalizzata da notaio, ed iscritta a cura degli amministratori nel Registro delle imprese.

Art. 6. Domiciliazione. Il domicilio dei soci, degli amministratori, dei sindaci e del revisore, se nominati, per i loro rapporti con la società, è quello che risulta dai libri sociali.

A tal fine la società potrà istituire apposito libro, con obbligo per l'organo amministrativo di tempestivo aggiornamento.

Art. 7. Trasferimento delle partecipazioni per atto tra vivi. Le partecipazioni sono divisibili e liberamente trasferibili per atto tra vivi.

Il socio che intende vendere o comunque trasferire la propria partecipazione dovrà darne comunicazione a tutti i soci risultanti dal libro dei soci mediante lettera raccomandata inviata al domicilio di ciascuno di essi indicato nello stesso libro; la comunicazione deve contenere le generalità del cessionario e le condizioni della cessione, fra le quali, in particolare, il prezzo e le modalità di pagamento. I soci destinatari delle comunicazioni di cui sopra devono esercitare il diritto di prelazione per l'acquisto della partecipazione cui la comunicazione si riferisce facendo pervenire al socio offerente la dichiarazione di esercizio della prelazione con lettera raccomandata consegnata alle poste non oltre 30 giorni dalla data di spedizione (risultante dal timbro postale) della offerta di prelazione.

Il diritto di prelazione degli altri soci è escluso nell'evenienza che il socio intenda trasferire in tutto o in parte a società dallo stesso controllata ex art. 2359 c.c. comma 1.1. la propria partecipazione.

In caso di partecipazioni sociali intestate a società fiduciarie italiane operanti ai sensi della Legge 1996/1939 e successive modificazioni e integrazioni, il gradimento rilasciato alla fiduciaria si considera rilasciato ora per allora al/i suo/i fiduciante/i. Pertanto, l'eventuale atto con il quale la fiduciaria provveda alla reintestazione della partecipazione in capo al/i suo/i sfiduciante/i non soggiace ad eventuali autorizzazioni preventive, fermo restando la facoltà della società di valutare il gradimento del soggetto reintestatarario secondo le previsioni statutarie e regolare direttamente con quest'ultimo le conseguenze dell'eventuale mancato gradimento.

L'intestazione di partecipazioni sociali a società fiduciarie operanti ai sensi della legge 1966/1939 e successive modificazioni e integrazioni, o la reintestazione da parte di società fiduciarie in capo al/ai proprio/i fiduciante/i, non configura un trasferimento della proprietà delle partecipazioni sociali e, pertanto, non rileva ai fini della prelazione spettante ai soci e non è soggetto alle limitazioni previste in caso di trasferimento di quote.

Art. 8. Morte del socio. Le partecipazioni sono divisibili e liberamente trasferibili per successione a causa di morte.

Il trasferimento della partecipazione mortis causa, sia a titolo particolare che universale, è disciplinato dagli articoli 2284 - 2289 c.c.

Art. 9. Recesso. Hanno diritto di recedere i soci che non hanno concorso all'approvazione delle decisioni riguardanti:

- a. il cambiamento dell'oggetto della società;
- b. il cambiamento del tipo della società;
- c. la fusione e la scissione della società;
- d. la revoca dello stato di liquidazione;
- e. il trasferimento della sede della società all'estero;
- f. l'eliminazione di una o più cause di recesso indicate al punto 9;
- g. il compimento di operazioni che comportino una sostanziale modifica dell'oggetto della società;
- h. il compimento di operazioni che determinino una rilevante modificazione dei diritti attribuiti ai soci ai sensi dell'articolo 2468, quarto comma c.c.;
- i. l'aumento del capitale sociale mediante offerta di quote di nuova emissione a terzi;
- j. la modifica dei diritti individuali dei soci di cui all'art. 2468 c.c., qualora la delibera non sia assunta all'unanimità e il presente statuto lo consenta.

Il diritto di recesso spetta in tutti gli altri casi previsti dalla legge.

In caso di partecipazioni sociali intestate a società fiduciarie operanti ai sensi della Legge 1966/1939 e successive modificazioni ed integrazioni, il diritto di recesso potrà essere esercitato anche solo per parte della partecipazione intestata, in esecuzione di istruzioni provenienti da differenti fiduciari.

Qualora la società sia soggetta ad attività di direzione e coordinamento ai sensi degli articoli 2497 e seguenti c.c., spetterà ai soci il diritto di recesso nelle ipotesi previste dall'articolo 2497-quater c.c.

I soci hanno altresì diritto di recedere dalla società, in relazione al disposto dell'articolo 2469, comma secondo c.c.

Il socio che intende recedere dalla società deve darne comunicazione all'organo amministrativo mediante lettera inviata con raccomandata con ricevuta di ritorno.

La raccomandata deve essere inviata entro 30 giorni dall'iscrizione nel registro imprese o, se non prevista, dalla trascrizione nel libro delle decisioni dei soci della decisione che lo legittima, con l'indicazione delle generalità del socio recedente, del domicilio per le comunicazioni inerenti al procedimento.

Se il fatto che legittima il recesso è diverso da una decisione, esso può essere esercitato non oltre trenta giorni dalla sua conoscenza da parte del socio.

Il recesso si intende esercitato il giorno in cui la comunicazione è pervenuta alla sede della società.

Dell'esercizio del diritto di recesso deve essere fatta annotazione nel libro dei soci.

Il recesso non può essere esercitato e, se già esercitato, è privo di efficacia se, entro novanta giorni dall'esercizio del recesso, la società revoca la delibera che lo legittima ovvero se è deliberato lo scioglimento della società.

Art. 10. Esclusione. Non sono previste specifiche ipotesi di esclusione del socio per giusta causa.

L'esclusione deve risultare da decisione dei soci. Nel calcolo delle maggioranze non sarà computata la partecipazione del socio la cui esclusione deve essere decisa.

L'organo amministrativo provvederà ai conseguenti adempimenti.

Per la liquidazione della partecipazione del socio escluso si applicano le disposizioni del successivo articolo 11.

È esclusa la possibilità di liquidazione mediante riduzione del capitale sociale e pertanto, nel caso in cui risulti impossibile procedere altrimenti alla liquidazione della partecipazione, l'esclusione perderà ogni effetto.

Qualora la società sia composta di due soci si applica l'ultimo comma dell'art. 2287 c.c.

Art. 11. Liquidazione delle partecipazioni. Nelle ipotesi previste dagli articoli 8, 9 e 10, le partecipazioni saranno rimborsate al socio o ai suoi eredi in proporzione del patrimonio sociale.

Il patrimonio della società è determinato dall'organo amministrativo, sentito il parere dei sindaci e del revisore, se nominati, tenendo conto del valore di mercato della partecipazione riferito al giorno della morte del socio, ovvero al momento di efficacia del recesso determinato ai sensi del precedente articolo 9, ovvero al momento in cui si è verificata o è stata decisa l'esclusione.

Ai fini della determinazione del valore di mercato occorre aver riguardo alla consistenza patrimoniale della società e alle sue prospettive reddituali.

In caso di disaccordo, la valutazione delle partecipazioni, secondo i criteri sopra indicati, è effettuata, tramite relazione giurata, da un esperto nominato dal Tribunale nella cui circoscrizione si trova la sede della società, che provvede anche sulle spese, su istanza della parte più diligente.

Si applica il primo comma dell'articolo 1349 c.c..

Il rimborso delle partecipazioni deve essere eseguito entro sei mesi dall'evento dal quale consegue la liquidazione.

Il rimborso può avvenire mediante acquisto da parte degli altri soci proporzionalmente alle loro partecipazioni o da parte di un terzo concordemente individuato dai soci medesimi.

Qualora ciò non avvenga, il rimborso è effettuato utilizzando riserve disponibili o in mancanza riducendo il capitale sociale corrispondentemente, fermo quanto previsto al precedente punto 10 per l'ipotesi di esclusione. In questo ultimo caso si applica l'articolo 2482 c.c., e qualora sulla base di esso non risulti possibile il rimborso della partecipazione del socio receduto, la società si scioglie ai sensi dell'articolo 2484, comma primo n. 5 c.c.

Art. 12. Unico socio. Quando l'intera partecipazione appartiene ad un solo socio o muta la persona dell'unico socio, gli amministratori devono effettuare gli adempimenti previsti ai sensi dell'articolo 2470 c.c..

Quando si costituisce o ricostituisce la pluralità dei soci, gli amministratori devono depositare la relativa dichiarazione per l'iscrizione nel registro delle imprese.

L'unico socio o colui che cessa di essere tale può provvedere alla pubblicità prevista nei commi precedenti.

Le dichiarazioni degli amministratori devono essere riportate, entro trenta giorni dall'iscrizione, nel libro dei soci e devono indicare la data di tale iscrizione.

Art. 13. Soggezione ad attività di direzione e controllo. La società deve indicare l'eventuale propria soggezione all'altrui attività di direzione e coordinamento negli atti e nella corrispondenza, nonché mediante iscrizione, a cura degli amministratori, presso la sezione del registro delle imprese di cui all'articolo 2497-bis, comma secondo c.c.

Art. 14. Amministratori. La società può essere amministrata, alternativamente, su decisione dei soci in sede della nomina:

- a. da un amministratore unico;
- b. da un consiglio di amministrazione composto da due a sette amministratori, secondo il numero determinato dai soci al momento della nomina;
- c. da due o più amministratori con poteri congiunti, disgiunti o da esercitarsi a maggioranza.

Qualora vengano nominati due o più amministratori senza alcuna indicazione relativa alle modalità di esercizio dei poteri di amministrazione, si intende costituito un consiglio di amministrazione.

Per organo amministrativo si intende l'amministratore unico, oppure il consiglio di amministrazione, oppure l'insieme di amministratori cui sia affidata congiuntamente o disgiuntamente l'amministrazione.

Gli amministratori possono essere anche non soci.

Non si applica agli amministratori il divieto di concorrenza di cui all'articolo 2390 c.c.

Art. 15. Durata della carica, Revoca, Cessazione. Gli amministratori restano in carica fino a revoca o dimissioni o per il periodo determinato dai soci al momento della nomina.

Gli amministratori sono rieleggibili.

La cessazione degli amministratori per scadenza del termine ha effetto dal momento in cui il nuovo organo amministrativo è stato ricostituito.

Salvo quanto previsto al successivo comma, se nel corso dell'esercizio vengono a mancare uno o più amministratori (purché non rappresentino la metà degli amministratori in caso di numero pari o la maggioranza degli stessi, in caso di numero dispari) gli altri provvedono a sostituirli; gli amministratori così nominati restano in carica sino alla prossima assemblea.

Nel caso di nomina del consiglio di amministrazione, se per qualsiasi causa viene meno la metà dei consiglieri, in caso di numero pari, o la maggioranza degli stessi, in caso di numero dispari, si applica l'articolo 2386 c.c.

Art. 16. Consiglio di amministrazione. Qualora non vi abbiano provveduto i soci al momento della nomina, il consiglio di amministrazione elegge fra i suoi membri un presidente.

Le decisioni del consiglio di amministrazione, salvo quanto previsto al successivo articolo 17, possono essere adottate mediante consultazione scritta, ovvero sulla base del consenso espresso per iscritto.

La procedura di consultazione scritta, o di acquisizione del consenso espresso per iscritto non è soggetta a particolari vincoli purché sia assicurato a ciascun amministratore il diritto di partecipare alla decisione e sia assicurata a tutti gli aventi diritto adeguata informazione.

La decisione è adottata mediante approvazione per iscritto di un unico documento ovvero di più documenti che contengano il medesimo testo di decisione da parte della maggioranza degli amministratori.

Il procedimento deve concludersi entro 10 giorni dal suo inizio o nel diverso termine indicato nel testo della decisione.

Le decisioni del consiglio di amministrazione sono prese con il voto favorevole della maggioranza degli amministratori in carica, non computandosi le astensioni.

Le decisioni assumono la data dell'ultima dichiarazione pervenuta nel termine prescritto.

Le decisioni degli amministratori devono essere trascritte senza indugio nel libro delle decisioni degli amministratori. La relativa documentazione è conservata dalla società.

Art. 17. Adunanze del consiglio di amministrazione. Il consiglio di amministrazione deve deliberare in adunanza collegiale nei casi previsti dalla legge.

In questo caso il presidente convoca il consiglio di amministrazione, ne fissa l'ordine del giorno, ne coordina i lavori e provvede affinché tutti gli amministratori siano adeguatamente informati sulle materie da trattare.

La convocazione avviene mediante avviso spedito a tutti gli amministratori, sindaci effettivi e revisore, se nominati, con qualsiasi mezzo idoneo ad assicurare la prova dell'avvenuto ricevimento, almeno tre giorni prima dell'adunanza e, in caso di urgenza, almeno un giorno prima.

Nell'avviso vengono fissati la data, il luogo e l'ora della riunione, nonché l'ordine del giorno.

Il consiglio si raduna presso la sede sociale o anche altrove, purché in Italia, o nel territorio di un altro stato membro dell'Unione Europea.

Le adunanze del consiglio e le sue deliberazioni sono valide, anche senza convocazione formale, quando intervengono tutti i consiglieri in carica, i sindaci effettivi e il revisore se nominati.

Le riunioni del consiglio di amministrazione si possono svolgere anche per audioconferenza o videoconferenza, alle seguenti condizioni di cui si darà atto nei relativi verbali:

a. che sia consentito al presidente della riunione di accertare l'identità degli intervenuti, regolare lo svolgimento della riunione, constatare e proclamare i risultati della votazione;

b. che sia consentito al soggetto verbalizzante di percepire adeguatamente gli eventi della riunione oggetto di verbalizzazione;

c. che sia consentito agli intervenuti di partecipare alla discussione ed alla votazione simultanea sugli argomenti all'ordine del giorno, nonché di visionare, ricevere o trasmettere documenti.

Per la validità delle deliberazioni del consiglio di amministrazione, assunte con adunanza dello stesso, si richiede la presenza effettiva della maggioranza dei suoi membri in carica; le deliberazioni sono prese con la maggioranza assoluta dei voti dei presenti. In caso di parità di voti, la proposta si intende respinta.

Delle deliberazioni della seduta si redigerà un verbale firmato dal presidente e dal segretario se nominato che dovrà essere trascritto nel libro delle decisioni degli amministratori.

Art. 18. Poteri dell'organo amministrativo. L'organo amministrativo ha tutti i poteri per l'amministrazione ordinaria e straordinaria della società.

In sede di nomina possono tuttavia essere indicati limiti ai poteri degli amministratori.

Nel caso di nomina del consiglio di amministrazione, questo può delegare tutti o parte dei suoi poteri ad un comitato esecutivo composto da alcuni dei suoi componenti, ovvero ad uno o più dei suoi componenti, anche disgiuntamente. In questo caso si applicano le disposizioni contenute nei commi terzo, quinto e sesto dell'articolo 2381 c.c. Non possono essere delegate le attribuzioni indicate nell'articolo 2475, comma quinto c.c.

Nel caso di consiglio di amministrazione formato da due membri, qualora gli amministratori non siano d'accordo circa la eventuale revoca di uno degli amministratori delegati, entrambi i membri del consiglio decadono dalla carica e devono entro 15 giorni sottoporre alla decisione dei soci la nomina di un nuovo organo amministrativo.

Nel caso di nomina di più amministratori, al momento della nomina i poteri di amministrazione possono essere attribuiti agli stessi congiuntamente, disgiuntamente o a maggioranza, ovvero alcuni poteri di amministrazione possono essere attribuiti in via disgiunta e altri in via congiunta. In mancanza di qualsiasi precisazione nell'atto di nomina, in ordine alle modalità di esercizio dei poteri di amministrazione, detti poteri si intendono attribuiti agli amministratori congiuntamente / disgiuntamente tra loro.

Nel caso di amministrazione congiunta, i singoli amministratori non possono compiere alcuna operazione, salvi i casi in cui si renda necessario agire con urgenza per evitare un danno alla società.

Possono essere nominati direttori, institori o procuratori per il compimento di determinati atti o categorie di atti, determinandone i poteri nonché i compensi.

Qualora l'amministrazione sia affidata disgiuntamente a più amministratori, in caso di opposizione di un amministratore all'operazione che un altro intende compiere, competenti a decidere sull'opposizione sono i soci.

Art. 19. Rappresentanza. L'amministratore unico ha la rappresentanza della società.

In caso di nomina del consiglio di amministrazione, la rappresentanza della società spetta al presidente del consiglio di amministrazione ed ai singoli consiglieri delegati, se nominati.

Nel caso di nomina di più amministratori, la rappresentanza della società spetta agli stessi congiuntamente o disgiuntamente, allo stesso modo in cui sono stati attribuiti in sede di nomina i poteri di amministrazione.

La rappresentanza della società spetta anche ai direttori, agli institori e ai procuratori, nei limiti dei poteri loro conferiti nell'atto di nomina.

La rappresentanza della società in liquidazione spetta al liquidatore o al presidente del collegio dei liquidatori e agli eventuali altri componenti il collegio di liquidazione con le modalità e i limiti stabiliti in sede di nomina.

Art. 20. Compensi degli amministratori. Agli amministratori spetta il rimborso delle spese sostenute per ragioni del loro ufficio.

I soci possono inoltre assegnare agli amministratori un'indennità annuale in misura fissa, ovvero un compenso proporzionale agli utili netti di esercizio, nonché determinare un'indennità per la cessazione dalla carica e deliberare l'accantonamento per il relativo fondo di quiescenza con modalità stabilite con decisione dei soci.

In caso di nomina di un comitato esecutivo o di consiglieri delegati, il loro compenso è stabilito dal consiglio di amministrazione al momento della nomina.

Con riferimento all'art. 11, comma 6, D.Lgs. 18 dicembre 1997, n.472, la società assume a proprio carico, anche nei confronti delle pubbliche amministrazioni o degli enti che gestiscono i tributi, il debito per sanzioni conseguenti a violazioni che i rappresentanti della società commettano nello svolgimento delle loro mansioni e nei limiti dei loro poteri.

L'assunzione vale nei casi in cui il rappresentante abbia commesso la violazione senza dolo ed è in ogni caso esclusa quando chi ha commesso la violazione abbia agito volontariamente in danno della società.

È altresì esclusa nei casi in cui la colpa abbia quelle connotazioni di particolare gravità definite dall'art. 5, comma 3, D.Lgs. n. 472/1997.

La particolare gravità della colpa si intende provata quando i giudici tributari, investiti della controversia, si saranno pronunciati in senso analogo o quando venga riconosciuto dallo stesso autore della violazione che le prove fornite dall'ufficio o dall'ente accertatore sono tali da rendere evidente ed indiscutibile la macroscopica inosservanza di elementari obblighi tributari.

Non è consentita la rinuncia o la transazione da parte della società all'azione di responsabilità contro gli amministratori.

Art. 21. Organo di controllo. La società può nominare il collegio sindacale o il revisore.

Nei casi previsti dal secondo e terzo comma dell'articolo 2477 c.c., la nomina del collegio sindacale è obbligatoria.

Art. 22. Composizione e durata. Il collegio sindacale si compone di tre membri effettivi e di due supplenti. Il presidente del collegio sindacale è nominato dai soci, in occasione della nomina dello stesso collegio.

Nei casi di obbligatorietà della nomina, tutti i sindaci devono essere revisori contabili, iscritti nel registro istituito presso il Ministero di Giustizia.

Qualora la nomina del collegio sindacale non sia obbligatoria per legge, si applica il secondo comma dell'articolo 2397 c.c..

I sindaci sono nominati dai soci. Essi restano in carica per tre esercizi e scadono alla data della decisione dei soci di approvazione del bilancio relativo al terzo esercizio della carica.

La cessazione dei sindaci per scadenza del termine ha effetto nel momento in cui il collegio è stato ricostituito.

I sindaci sono rieleggibili.

Il compenso dei sindaci è determinato dai soci all'atto della nomina, per l'intero periodo della durata del loro ufficio.

Art. 23. Cause di ineleggibilità e di decadenza. Nei casi di obbligatorietà della nomina, non possono essere nominati alla carica di sindaco, e se nominati decadono dall'ufficio, coloro che si trovano nelle condizioni previste dall'articolo 2399 c.c.

Art. 24. Cessazione dalla carica. I sindaci possono essere revocati solo per giusta causa e con decisione dei soci. La decisione di revoca deve essere approvata con decreto del Tribunale, sentito l'interessato.

Art. 25. Competenze e doveri del collegio sindacale. Il collegio sindacale ha i doveri e i poteri di cui agli articoli 2403 e 2403 - bis c.c. ed esercita il controllo contabile sulla società.

Si applicano le disposizioni di cui agli articoli 2406, 2407 e 2408, primo comma c.c.

Delle riunioni del collegio deve redigersi verbale, che deve essere trascritto nel libro delle decisioni del collegio sindacale e sottoscritto dagli intervenuti; le deliberazioni del collegio sindacale devono essere prese a maggioranza assoluta dei presenti.

Il sindaco dissenziente ha diritto di far iscrivere a verbale i motivi del proprio dissenso.

I sindaci devono assistere alle adunanze delle assemblee dei soci, alle adunanze del consiglio di amministrazione e del comitato esecutivo.

Il collegio dei sindaci deve riunirsi almeno ogni novanta giorni. La riunione potrà tenersi anche per audioconferenza o videoconferenza; in tal caso si applicano le disposizioni sopra previste al precedente articolo 18 sesto comma per le adunanze del consiglio di amministrazione.

Art. 26. Revisore. Qualora, in alternativa al collegio sindacale e fuori dei casi di obbligatorietà dello stesso, la società nomini per il controllo contabile un revisore, questi deve essere iscritto al registro istituito presso il Ministero di Giustizia.

Si applicano al revisore tutte le norme previste per lo stesso in materia di società per azioni.

Art. 27. Decisioni dei soci. I soci decidono sulle materie riservate alla loro competenza dalla legge, dal presente statuto, nonché sugli argomenti che uno o più amministratori o tanti soci che rappresentano almeno un terzo del capitale sociale sottopongono alla loro approvazione.

In ogni caso sono riservate alla competenza dei soci:

- a. l'approvazione del bilancio e la distribuzione degli utili;
- b. la nomina degli amministratori e la struttura dell'organo amministrativo;
- c. la nomina dei sindaci e del presidente del collegio sindacale o del revisore;
- d. le modificazioni dello statuto;

e. la decisione di compiere operazioni che comportano una sostanziale modificazione dell'oggetto sociale o una rilevante modificazione dei diritti dei soci, nonché l'assunzione di partecipazioni da cui derivi responsabilità illimitata per le obbligazioni della società partecipata;

f. le decisioni in ordine all'anticipato scioglimento della società e alla sua revoca, la nomina; la revoca e la sostituzione dei liquidatori e i criteri di svolgimento della liquidazione; le decisioni che modificano le deliberazioni assunte ai sensi dell'art. 2487 primo comma c.c.;

g. il trasferimento di indirizzo della società all'interno dello stesso comune;

h. la decisione in ordine all'esclusione di un socio.

Non è necessaria la decisione dei soci che autorizzi l'acquisto da parte della società, per un corrispettivo pari o superiore al decimo del capitale sociale, di beni o di crediti dei soci fondatori, dei soci e degli amministratori, nei due anni dalla iscrizione della società nel registro delle imprese.

Art. 28. Diritto di voto. Hanno diritto di voto i soci iscritti nel libro dei soci.

In ogni caso il voto compete a ciascun socio in misura proporzionale alla sua partecipazione.

Il socio moroso (o il socio la cui polizza assicurativa o la cui garanzia bancaria siano scadute o divenute inefficaci, ove prestate ai sensi dell'articolo 2466, comma quinto c.c..) non può partecipare alle decisioni dei soci.

Art. 29. Consultazione scritta e consenso espresso per iscritto. Salvo quanto previsto al primo comma del successivo articolo 31, le decisioni dei soci possono essere adottate mediante consultazione scritta ovvero sulla base del consenso espresso per iscritto.

L'individuazione dei soci legittimati a partecipare alle decisioni in forma non assembleare è effettuata con riferimento alle risultanze del libro soci alla data dell'inizio della procedura; qualora nel frattempo intervengano mutamenti nella compagine sociale, il nuovo socio potrà sottoscrivere la decisione in luogo del socio cedente allegando estratto autentico del libro soci ovvero attestazione degli amministratori da cui risulti la sua regolare iscrizione in detto libro.

La procedura di consultazione scritta o di acquisizione del consenso espresso per iscritto non è soggetta a particolari vincoli, purché sia assicurato a ciascun socio il diritto di partecipare alla decisione e sia assicurata a tutti gli aventi diritto adeguata informazione.

La decisione è adottata mediante approvazione per iscritto di un unico documento, ovvero di più documenti che contengano il medesimo testo di decisione, da parte di tanti soci che rappresentino la maggioranza del capitale sociale come previsto al successivo articolo 34 del presente statuto.

Il procedimento deve concludersi entro 30 giorni dal suo inizio o nel diverso termine indicato nel testo della decisione.

Le decisioni assumono la data dell'ultima dichiarazione pervenuta nel termine prescelto.

Le decisioni dei soci adottate ai sensi del presente articolo devono essere trascritte senza indugio nel libro delle decisioni dei soci.

Art. 30. Assemblea. Nel caso le decisioni abbiano ad oggetto le materie indicate nel precedente articolo 27 lettere d), e) ed f), nonché in tutti gli altri casi espressamente previsti dalla legge o dal presente statuto, oppure quando lo richiedono uno o più amministratori o un numero di soci che rappresentano almeno un terzo capitale sociale, le decisioni dei soci devono essere adottate mediante deliberazione assembleare.

L'assemblea deve essere convocata dall'organo amministrativo anche fuori dalla sede sociale, purché in Italia o nel territorio di un altro stato membro dell'Unione Europea.

In caso di impossibilità di tutti gli amministratori o di loro inattività, l'assemblea può essere convocata dal collegio sindacale, se nominato, o anche da un socio.

L'assemblea per l'approvazione del bilancio deve essere convocata almeno una volta all'anno entro 120 giorni dalla chiusura dell'esercizio sociale.

Quando particolari esigenze lo richiedano, e comunque con i limiti e le condizioni previsti dalla legge, l'assemblea per l'approvazione del bilancio potrà essere convocata entro il maggior termine previsto dalla legge medesima.

L'assemblea viene convocata con avviso spedito otto giorni o, se spedito successivamente, ricevuto almeno cinque giorni prima di quello fissato per l'adunanza, con lettera raccomandata, fax o messaggio di posta elettronica, fatto pervenire agli aventi diritto al domicilio risultante dai libri sociali.

Nell'avviso di convocazione devono essere indicati il giorno, il luogo, l'ora dell'adunanza e l'elenco delle materie da trattare.

Anche in mancanza di formale convocazione l'assemblea si reputa regolarmente costituita quando ad essa partecipa l'intero capitale sociale e tutti gli amministratori e i sindaci, se nominati, sono presenti o informati e nessuno si oppone alla trattazione dell'argomento. Se gli amministratori o i sindaci, se nominati, non partecipano personalmente all'assemblea, dovranno rilasciare apposita dichiarazione scritta, da conservarsi agli atti della società, nella quale dichiarano di essere informati su tutti gli argomenti posti all'ordine del giorno e di non opporsi alla trattazione degli stessi.

Art. 31. Svolgimento dell'assemblea. L'assemblea è presieduta dall'amministratore unico, dal presidente del consiglio di amministrazione (nel caso di nomina del consiglio di amministrazione) o dall'amministratore più anziano di età (nel caso di nomina di più amministratori con poteri disgiunti o congiunti). In caso di assenza o di impedimento di questi, l'assemblea è presieduta dalla persona designata dagli intervenuti.

Spetta al presidente dell'assemblea constatare la regolare costituzione della stessa, accertare l'identità e la legittimazione dei presenti, dirigere e regolare lo svolgimento dell'assemblea ed accertare e proclamare i risultati delle votazioni.

L'assemblea dei soci può svolgersi anche in più luoghi, audio e o video collegati, e ciò alle seguenti condizioni, delle quali deve essere dato atto nei relativi verbali:

- che sia consentito al presidente dell'assemblea di accertare l'identità e la legittimazione degli intervenuti, regolare lo svolgimento dell'adunanza, constatare e proclamare i risultati della votazione;
- che sia consentito al soggetto verbalizzante di percepire adeguatamente gli eventi assembleari oggetto di verbalizzazione;
- che sia consentito agli intervenuti di partecipare alla discussione ed alla votazione simultanea sugli argomenti all'ordine del giorno, nonché di visionare, ricevere o trasmettere documenti.

In tutti i luoghi audio e o video collegati in cui si tiene la riunione dovrà essere predisposto il foglio delle presenze.

Art. 32. Deleghe. Ogni socio che abbia diritto di intervenire all'assemblea può farsi rappresentare anche da soggetto non socio per delega scritta, che deve essere conservata dalla società. Nella delega deve essere specificato il nome del rappresentante con l'indicazione di eventuali facoltà e limiti di subdelega.

La rappresentanza non può essere conferita ad amministratori, ai sindaci o al revisore, se nominati.

Art. 33. Verbale dell'assemblea. Le deliberazioni dell'assemblea devono constare da verbale sottoscritto dal presidente e dal segretario se nominato o dal notaio.

Il verbale deve indicare la data dell'assemblea e, anche in allegato, l'identità dei partecipanti e il capitale rappresentato da ciascuno; deve altresì indicare le modalità e il risultato delle votazioni e deve consentire, anche per allegato, l'identificazione dei soci favorevoli, astenuti o dissenzienti.

Il verbale deve riportare gli esiti degli accertamenti fatti dal presidente a norma del precedente articolo 32.2. Nel verbale devono essere riassunte, su richiesta dei soci, le loro dichiarazioni pertinenti all'ordine del giorno.

Il verbale dell'assemblea, anche se redatto per atto pubblico, deve essere trascritto, senza indugio, nel libro delle decisioni dei soci.

Art. 34. Quorum costitutivi e deliberativi. L'assemblea è regolarmente costituita con la presenza di tanti soci che rappresentino almeno il 51% degli aventi diritto del capitale sociale e delibera a maggioranza assoluta. Nei casi previsti dal precedente articolo 27 lettere b), d), e) ,ed f) è comunque richiesto il voto favorevole di tanti soci che rappresentino almeno il 71% degli aventi diritto.

Nel caso di decisione dei soci assunta con consultazione scritta o sulla base del consenso espresso per iscritto, le decisioni sono prese con il voto favorevole dei soci che rappresentino la maggioranza del capitale sociale.

Per introdurre, modificare o sopprimere i diritti attribuiti ai singoli soci ai sensi del terzo comma dell'articolo 2468 c.c. (articoli 15 e 35 del presente statuto), è necessario il consenso di tutti i soci.

Restano comunque salve le altre disposizioni di legge o del presente statuto che, per particolari decisioni, richiedono diverse specifiche maggioranze.

Art. 35. Bilancio e utili. Gli esercizi sociali si chiudono il 31 dicembre di ogni anno.

Gli utili netti risultanti dal bilancio, dedotto almeno il 5% (cinque per cento) da destinare a riserva legale fino a che questa non abbia raggiunto il quinto del capitale, verranno ripartiti tra i soci in misura proporzionale alla partecipazione da ciascuno posseduta, salvo diversa decisione dei soci.

Art. 36. Scioglimento e liquidazione. La società si scioglie per le cause previste dalla legge e pertanto:

- a. per il decorso del termine;
- b. per il conseguimento dell'oggetto sociale o per la sopravvenuta impossibilità a conseguirlo;
- c. per l'impossibilità di funzionamento o per la continuata inattività dell'assemblea;
- d. per la riduzione del capitale al di sotto del minimo legale, salvo quanto è disposto dall'articolo 2482-ter c.c.;
- e. nell'ipotesi prevista dall'articolo 2473 c.c.;
- f. per deliberazione dell'assemblea;
- g. per le altre cause previste dalla legge.

In tutte le ipotesi di scioglimento, l'organo amministrativo deve effettuare gli adempimenti pubblicitari previsti dalla legge nel termine di 30 giorni dal loro verificarsi.

L'assemblea, se del caso convocata dall'organo amministrativo, nominerà uno o più liquidatori determinando:

- il numero dei liquidatori;
- in caso di pluralità di liquidatori, le regole di funzionamento del collegio, anche mediante rinvio al funzionamento del consiglio di amministrazione, in quanto compatibile;
- a chi spetta la rappresentanza della società;
- i criteri in base ai quali deve svolgersi la liquidazione;
- gli eventuali limiti ai poteri dell'organo liquidativo.

Art. 37. Clausola compromissoria. Qualsiasi controversia dovesse insorgere tra i soci ovvero tra i soci e la società che abbia ad oggetto diritti disponibili relativi al rapporto sociale, ad eccezione di quelle nelle quali la legge prevede l'intervento obbligatorio del pubblico ministero, dovrà essere risolta da un arbitro nominato da soggetti estranei alla società, i quali dovranno provvedere alla nomina entro 30 giorni dalla richiesta fatta dalla parte più diligente. Nel caso in cui il soggetto designato non vi provveda nel termine previsto, la nomina sarà richiesta, dalla parte più diligente, al Presidente del Tribunale del luogo in cui ha sede la società.

La sede dell'arbitrato sarà presso il domicilio dell'arbitro.

L'arbitro determinerà come ripartire le spese dell'arbitrato tra le parti.

Per quanto non previsto, si applicano le disposizioni del decreto legislativo 17 gennaio 2003, n. 5.

La soppressione della presente clausola compromissoria deve essere approvata con delibera dei soci con la maggioranza di almeno i due terzi del capitale sociale. I soci assenti o dissenzienti possono, entro i successivi novanta giorni, esercitare il diritto di recesso ai sensi dell'articolo 9.

Le modifiche del contenuto della presente clausola compromissoria devono essere approvate con delibera dei soci con la maggioranza prevista per l'assemblea straordinaria.

Art. 38. Disposizioni applicabili. Per tutto quanto non previsto dal presente statuto si fa riferimento alle norme previste dal codice civile anche per le società a responsabilità limitata e qualora nulla le stesse prevedano, a quelle dettate per le società per azioni.

Huitième résolution

En remplacement des administrateurs démissionnaires la personne suivante est nommée en qualité de gérant unique de la Société:

- Monsieur Gino ROBOTTI, né le 3 juillet 1947 à Milan, Italie et résident à Milan, Via Alberto Mario n° 37, Italie, code fiscal RBT GNI 47L03 F205D

lequel mandat prendra fin à l'issue de l'assemblée générale annuelle statuant sur les comptes de l'exercice social de l'an 2012.

Neuvième résolution

Mandat est donné à FIDUCENTER S.A., aux fins:

- D'opérer toutes formalités nécessaires à la radiation de la société au Registre du Commerce de Luxembourg dès réception de la preuve de l'inscription de la société au Registre du Commerce Italien;

- De procéder la clôture du/des compte(s) bancaire(s) de la société.

- De procéder au transfert des soldes desdits comptes bancaires sur un compte à ouvrir au nom de la société désormais de nationalité italienne.

Effet juridique:

Les résolutions prises aux points 1 à 9 prendront effet à la date d'inscription de la société au Registre de Commerce en Italie.

Dixième résolution

L'assemblée confère tous pouvoirs à Monsieur Gino ROBOTTI, préqualifié, aux fins d'opérer toutes formalités nécessaires à l'inscription de la société au Registre du Commerce italien, avec faculté d'apporter toutes les modifications et signer individuellement tout document nécessaire et utile pour procéder à cette inscription.

Confirmation

Le notaire instrumentaire certifie sur la base de l'état patrimonial susvisé que le capital social d'un montant de trente et un mille euros (EUR 31.000,-) était intégralement souscrit et entièrement libéré lors du transfert de la société vers l'Italie.

Plus rien ne figurant à l'ordre du jour et personne ne demandant la parole, l'assemblée s'est terminée.

DONT ACTE, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, ils ont signé Nous notaire la présente minute.

Signé: S. Sabella, I. Dias, R. Thill et M. Schaeffer.

Enregistré à Luxembourg A.C., le 28 décembre 2009. LAC/2009/57373. Reçu soixante-quinze euros (75.- €).

Le Receveur (signé): Francis SANDT.

POUR EXPEDITION CONFORME, délivrée à la demande de la prédite société, sur papier libre, aux fins de publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 20 janvier 2010.

Martine SCHAEFFER.

Référence de publication: 2010018597/524.

(100012769) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 janvier 2010.

Société Générale de Couverture des Risques Financiers S.A., Société Anonyme de Titrisation.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 8, boulevard Royal.

R.C.S. Luxembourg B 131.574.

—
DISSOLUTION

L'an deux mille neuf, le dix-huit décembre.

Par devant Maître Joseph ELVINGER, notaire de résidence à Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg, soussigné.

A comparu:

Madame Katia ROTI, employée, demeurant professionnellement à Luxembourg;

"la mandataire"

agissant en sa qualité de mandataire spéciale de Monsieur Romano RHEINBERGER, demeurant à Felbaweg 10 Postfach 943, FL-9494 Schaan, Liechtenstein;

"le mandant"

en vertu d'une procuration sous seing privé lui délivrée, laquelle, après avoir été signée ne varietur par la mandataire comparante et le notaire instrumentant, restera annexée au présent acte pour être formalisée avec lui.

Laquelle comparante, agissant ès-dites qualités, a requis le notaire instrumentant de documenter ainsi qu'il suit ses déclarations et constatations:

I.- Que la société anonyme "SOCIETE GENERALE DE COUVERTURE DES RISQUES FINANCIERS S.A.", ayant son siège social à L-2449 Luxembourg, 8, Boulevard Royal, inscrite au Registre de Commerce et des Sociétés à Luxembourg, section B sous le numéro 131.574, a été constituée suivant acte reçu le 5 septembre 2007, publié au Mémorial C numéro 2310 du 15 octobre 2007.

II.- Que le capital social de la société anonyme "SOCIETE GENERALE DE COUVERTURE DES RISQUES FINANCIERS S.A.", prédésignée, s'élève actuellement à EUR 31.000,- (trente et un mille Euros), représenté par 310 (trois cent dix) actions de EUR 100,- (cent euros) chacune de valeur nominale.

III.- Que son mandant déclare avoir parfaite connaissance des statuts et de la situation financière de la susdite société "SOCIETE GENERALE DE COUVERTURE DES RISQUES FINANCIERS S.A."

IV.- Que son mandant est devenu propriétaire de toutes les actions de la susdite société et qu'en tant qu'actionnaire unique il déclare expressément procéder à la dissolution de la susdite société.

V.- Que son mandant, en tant que liquidateur, prend à sa charge toutes les obligations connues ou inconnues, la liquidation du passif et les engagements financiers, connus ou inconnus, toutes les dettes connues et actuellement inconnues de la société, le tout devra être terminé avant toute appropriation de quelque manière que ce soit des actifs de la société en tant qu'actionnaire unique.

VI.- Qu'il a été procédé à l'annulation du registre des actionnaires et des actions de la société dissoute.

VII.- Que décharge pleine et entière est accordée à tous les administrateurs et commissaire aux comptes de la société dissoute pour l'exécution de leurs mandats jusqu'à ce jour.

VIII.- Que les livres et documents de la société dissoute seront conservés pendant cinq ans au siège de la société dissoute.

Dont acte, passé à Luxembourg, les jour, mois et an qu'en tête des présentes.

Et après lecture, la mandataire prémentionnée a signé avec le notaire instrumentant le présent acte.

Signé: K. ROTI, J. ELVINGER.

Enregistré à Luxembourg A.C. le 21 décembre 2009. Relation: LAC/2009/55516. Reçu soixante-quinze euros (75.- €).

Le Receveur (signé): Francis SANDT.

POUR EXPEDITION CONFORME, délivrée aux fins de publication au Mémorial C, Recueil Spécial des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 8 JAN. 2010.

Joseph ELVINGER.

Référence de publication: 2010019665/48.

(100014109) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 28 janvier 2010.

Restaurant-Pizzeria B.M.P. S.à.r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1857 Luxembourg, 2, rue du Kiem.

R.C.S. Luxembourg B 97.220.

L'an deux mille dix, le vingt deux janvier,

L'associée unique de la société à responsabilité limitée RESTAURANT-PIZZERIA B.M.P. SARL R.C. B N° 97 220 - 2 Rue du Kiem L-1857 LUXEMBOURG, a tenu une assemblée générale extraordinaire:

Ordre du jour;

- Démission de la gérante administrative
- Démission du gérant technique
- Nomination d'un nouveau gérant administratif
- Nomination d'un nouveau gérant technique
- Cession de parts sociales
- Pouvoir de signature

Première résolution:

Madame BUSSOLOTTO Maria Anna - commerçante - demeurant 159 Route d'Esch L-4380 EHLERANGE démissionne de son poste de gérante administrative de la société RESTAURANT-PIZZERIA B.M.P. SARL.

Deuxième résolution:

Monsieur DEHLINGER Richard - commerçant - demeurant 167 avenue Charlotte L-4531 OBERKORN démissionne de son poste de gérant technique.

21215

Troisième résolution:

Monsieur LOCOROTONDO Luca - commerçant - demeurant 159 Route d'Esch L-4380 EHLERANGE est nommé gérant administratif.

Quatrième résolution:

Monsieur DA SILVA Fernando - commerçant - demeurant 55 Rue Léonard Schroeder L-4778 PETANGE est nommé gérant technique.

Cinquième résolution:

Madame BUSSOLOTTO Maria Anna cède ses parts sociales à Monsieur LOCOROTONDO Luca.

Sixième résolution:

Signature conjointe du gérant technique et du gérant administratif.

Plus rien ne figurant à l'ordre du jour et personne ne demandant la parole la séance est levée à 16 heures.

Fait à ESCH/ALZETTE, le 22 janvier 2010.

BUSSOLOTTO Maria Anna.

Référence de publication: 2010018887/35.

(100013631) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 janvier 2010.

HAWK Group S.A., Société Anonyme de Titrisation.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 43, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 108.359.

Extrait de procès-verbal de l'assemblée générale ordinaire tenue le 28 janvier 2010

«Il résulte de deux lettres adressées aux actionnaires que

- L'Assemblée accepte la démission de Mr Egbert Diehl, Elbechaussee 435, D-22609 Hamburg du poste d'administrateur.

- L'Assemblée accepte la démission de la société T.F.I. GROUPE S.A.S., rue Saint-Augustin 29-31, F-75002 Paris représentée par Mr Richard Weiss du poste d'administrateur.

- L'Assemblée nomme comme nouvel administrateur de catégorie B de la société Mr Xavier Lang-Claes, né le 02 octobre 1972, de nationalité française, demeurant rue Jean-Pierre Brasseur 28, L-1258 Luxembourg avec effet au 28 janvier 2010 jusqu'à l'Assemblée Générale tenue en 2016.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Nathalie Crahay

Directeur financier, par procurations reçues des actionnaires et consultable sur demande

Référence de publication: 2010020010/19.

(100014778) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2010.

Baltic Enviro S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1371 Luxembourg, 31, Val Sainte Croix.

R.C.S. Luxembourg B 114.384.

Il résulte d'une lettre de démission adressé en date du 20 janvier 2010 à la société anonyme BALTIC ENVIRO S.A., ayant son siège social au 31, Val de Sainte Croix, L-1371 Luxembourg, et inscrite au Registre de Commerce et des Sociétés de Luxembourg sous le numéro B114.384 (la " Société ") que Monsieur Carlo BERTON démissionne avec effet immédiat de son mandat d'administrateur qu'il occupe pour la Société.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 27 janvier 2010.

Pour la société

Signature

Un mandataire

Référence de publication: 2010019497/16.

(100014344) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 28 janvier 2010.

Transport BD S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-4732 Pétange, 18, rue de l'Eglise.

R.C.S. Luxembourg B 138.211.

—
Assemblée générale ordinaire du 01/12/2009

Deuxième résolution

L'assemblée générale décide de nommer:

- Melle Sophie HUBERT, employée, née le 01/04/1975 à St LEGER en Belgique, demeurant 24 grand rue F-54260 CHARENZY VEZIN, en tant qu'administrateur de la société. Son mandat viendra à expiration en 2014.

- Mme Chantal SCHROEDER, employée, née le 22/01/1963 à Messancy en Belgique, demeurant F-54260 CHARENZY VEZIN, ferme de la presle, en tant qu'administrateur de la société et en tant qu'administrateur délégué. Son mandat viendra à expiration en 2014. L'assemblée décide de révoquer:

- Monsieur Jacques DEWIG, employé, né à Algrange (France) le 13 mai 1958, demeurant à L-4884 Lamadelaine, 5, rue Neuve, de son poste d'administrateur.

- Monsieur Christophe DELSEMME, transporteur, né à Huy (Belgique), le 12 décembre 1971, demeurant à B-4020 Liège, rue des Champs, 5, de son poste d'administrateur et de son poste d'administrateur délégué.

Cette résolution, mise aux voix, est adoptée à l'unanimité.

Troisième résolution

L'assemblée décide la révocation de La société anonyme "NG WEB BUSINESS S.A.", en abrégé "N.W.B. S.A.", avec siège social à L-4710 Pétange, 38, rue d'Athus, inscrite au R.C.S.L. sous le numéro B 79.347 de son poste de commissaire aux comptes.

L'assemblée décide de nommer pour le poste de commissaire aux comptes, la société CODEJA SARL ayant son siège social au 20, rue Michel Rodange L-2430 Luxembourg, immatriculée au RCS sous le N° B71 771.

Cette résolution, mise aux voix, est adoptée à l'unanimité. Son mandat viendra à expiration en 2014.

Signature

L'administrateur délégué

Référence de publication: 2010019493/29.

(100014375) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 28 janvier 2010.

JEB Consulting & Investment S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2334 Luxembourg, 11, place Saint Pierre et Paul.

R.C.S. Luxembourg B 103.830.

—
Extrait du procès-verbal de l'assemblée générale extraordinaire du 28 janvier 2010

Il résulte du procès-verbal de l'Assemblée Générale Extraordinaire tenue en date du 28 janvier 2010 au 2a, boulevard Joseph II, L-1840 Luxembourg que:

Première résolution:

L'assemblée prend note de la lettre de démission de Monsieur David MOSKOWITZ datée du 11 janvier 2010 et l'accepte à compter de la date de sa signature.

Deuxième résolution:

L'assemblée décide de nommer, avec effet au 11 janvier 2010, en remplacement de Monsieur David MOSKOWITZ, administrateur démissionnaire, Monsieur Richard LENERTZ, né le 1^{er} octobre 1952 à Luxembourg, de nationalité luxembourgeoise et demeurant professionnellement à L-1840 Luxembourg, 2a boulevard Joseph II. Le mandat de ce dernier prendra fin lors de l'assemblée générale des actionnaires qui se tiendra en 2010.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 28 janvier 2010.

Pour la société

Signature

Un mandataire

Référence de publication: 2010019495/23.

(100014354) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 28 janvier 2010.